

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 3 / März 1988

19. Jg.

3,- DM

SÜDAFRIKA
ANC - Strategie
Gewerkschaften
Rolle Buthelezi

Rebellion



Palästina

Inhalt

Kommentar	
Strauß' Reise ins südliche Afrika	3
Palästina	
Rebellion in den besetzten Gebieten	5
Westbank, Gaza, Ost-Jerusalem. Ein Überblick	7
Erklärungen der Vereinigten Nationalen Führung der besetzten Gebiete	8
Welche Rolle spielen die moslemischen Kräfte?	10
Komitees gegen den israelischen Landraub	12
Der Fall Vanunu. Israels Atombomben „im Keller“	14
Südafrika	
„People's Power“ und die Perspektive des Widerstands	18
Botschaft von ANC-Präsident Oliver Tambo:	
Vereinigtes Handeln für die Volksmacht!	20
Nationales Exekutivkomitee des ANC zur Frage von Verhandlungen	22
Ramaphosas Lehren aus den Streiks '87: Die Bergarbeiter rücken in eine Vorhutposition	24
Interview mit COSATU-Generalsekretär Jay Naidoo:	
Bilanz und Ausblick der Gewerkschaftsbewegung	26
Inkatha und andere. Die Bedeutung der Marionettenpolitik für Pretoria	28
Simbabwe	
Die Vereinigung von ZANU und ZAPU	31
Lateinamerika	
Die Verschuldungskrise nach Acapulco	33
Nicaragua	
Dämpfer für Reagan	35
Kuba	
„Rectificación“. Die Berichtigung von Fehlern (I)	38
Reiseeindrücke – zwischen Revolution und Massentourismus	40
Ökologie	
Die Vernichtung des Amazonas-Regenwaldes aufhalten!	46
Ausländerpolitik	
Verschärfung des Ausländerrechts geplant	43
Kultur	
Torkan. Westöstlicher Diwan in Prosa	44
Infos zur Solidarität: U-Boot-Affäre, Mosambik-Kampagne, El-Salvador-Weihnachtskonvoi, Bonner Gefälligkeiten für Chile	48
Kurzinformationen: Südkoreawahlen, Kamputschas Rückzieher Sihanouks, Iran-Sanktionen der UNO, Konflikt Kenia-Uganda, Tod des taiwanesischen Staatshochschuls, 6-Staaten-Initiative für weitere Abrüstung, Haitiwahlfrage boykottiert, Angoladiplomatie und Kriegseskalation; Terminkalender	49



Südafrika

S. 18

Mit einer verfeinerten Repression, einem sog. Nationalen Verfassungsrat und der Marionettenpolitik der Homeland-Regierungen will das Regime in Pretoria den Apartheidgegnern den Wind aus den Segeln nehmen.

Wie stellt sich die Befreiungsbewegung ANC auf das Taktieren Pretorias ein? Was meint sie zu Verhandlungen? Wo steht die Gewerkschaftsbewegung?



Nicaragua

S. 35

Nur durch weitere einseitige Zugeständnisse konnte Nicaragua den Zusammenbruch des mittelamerikanischen Friedensprozesses verhindern. Der US-Kongreß lehnte daraufhin eine weitere Hilfe für die Contra ab.

Wird damit der Contrakrieg beendet oder findet die Reagan-Administration neue Wege, die Aggression fortzusetzen?

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Asia Ebteha, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Andreas Krajczek, Julia Kühnert, Ulrich Rupp, Petra Sittig

Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, U. Kampmann, Doris Knabe, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Paull, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning

Weitere Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Aleks J. Arndt, Wolfram Geier, Georg Hanecke, Thomas Hax, Peter Hofmann, Monika Mauter, Karin Retzlaff, Heike Schiebeck, Bernd Schulte, Ingeborg Wick.

Redaktionsschluß: 5. Februar 1988.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0

Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

Kündigungen spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes.

Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 0221/3600247

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 10050), Stadtsparkasse Köln 10652238 (BLZ 37050198)

Anzeigen: ANC, atom, Dialog, ÖFSE, päd extra & demokratische erziehung, Sahara-Info, MERIP

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotonaachweis: perspol, AFRAPIX, The Sunday Times, South. AFP, Stern, Werner Maier, Afrique-Asie, AIB-Archiv, NACLA, Kommentar, Newsweek

Strauß im Südlichen Afrika „Vermittler“ für die Apartheid

Bernd Schulte



Kein anderer Politiker von internationaler Beachtung hätte es gewagt, so offen wesentliche Bestandteile der Apartheidpolitik Südafrikas für gut zu heißen wie Franz-Josef Strauß auf seiner jüngsten Reise ins Südliche Afrika.

Durch überaus dürftige Anti-Apartheid-Einsprengsel in seinem Besuchsprogramm versucht Strauß, die heftige Kritik im In- und Ausland an seiner Kumpanei mit dem Rassistenstaat abzufangen: Schließlich hätte er z.B. die Abschaffung der Gesetze über die Rasseneinteilung und getrennte Wohngebiete angeregt, sich für die Freilassung politischer Gefangener und Entwicklungshilfe für Mosambik eingesetzt.

Während jedoch die politische Auseinandersetzung um diese Variante bundesdeutscher Kollaborationspolitik noch ausgetragen wird, kann F.J. Strauß auf einem anderen Felde bereits Erfolge verbuchen. Der Wirtschaftsführer und Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Airbus GmbH konnte nach der Rückkehr von seiner Südafrikareise einen ansehnlichen Geschäftsabschluß vorweisen: Zwei Airbusflugzeuge vom Typ 320 hat er für 340 Mio DM an Südafrika verkauft, fünf weitere sollen folgen.

Bereits im Jahre 1967 forderte Franz-Josef Strauß öffentlich die Lieferung von bundesdeutschen Waffen an das Rassistenregime. So trat er in Mißachtung des völkerrechtlich bindenden Rüstungsembargos des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 4.11.1977 für den illegalen Transfer von U-Boot-Blaupausen nach Südafrika ein. Wenn sich die Opfer der Apartheidpolitik in den Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO gegen staatliche Unterdrückung zur Wehr setzen, kämpfen sie in, so O-Ton Strauß, „terroristischen Bewegungen“. Prinzip und Anwendung der Demokratie will Strauß der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika und Namibia jedoch vorenthalten: Die Verwirklichung des Prinzips „one man – one vote“ (ein Mann – eine Stimme; d. Red.) werde zum Zusammenbruch am Kap führen, sagte Strauß zum wiederholten Male am 16.1.1988 in Bremen.

Während seiner in Absprache mit dem Bundeskanzler vom 19.-30. Januar 1988 durchgeführten Reise ins Südliche Afrika

hat Strauß Grundpositionen der Bonner Afrikapolitik verlassen:

- Strauß, der bei seinem Besuch von Staatssekretär Lengl (CSU) aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) begleitet wurde, traf mit den „Präsidenten“ der „Homelands“ Kwa zulu, Transkei und Bophutatswana zusammen. Für letzteres forderte Strauß am 25.1.1988 in Kapstadt die völkerrechtliche Anerkennung;
- Strauß reiste ins illegal von Südafrika besetzte Namibia. Willkommen geheißen wurde er vom südafrikanischen Generaladministrator und von der unrechtmäßigen Interimsregierung. Strauß forderte verstärkte Wirtschaftshilfe für das Marionettenregime. Nach seiner Rückkehr trat Strauß vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine Abkehr von der UNO-Sicherheitsratsresolution 435 (1978; d. Red.) ein, die den Weg in die Unabhängigkeit Namibias völkerrechtlich verbindlich vorschreibt.

- FJS traf heimlich in der Kalahari-Wüste mit dem Anführer der angolischen Terrorbande UNITA zusammen, die massive militärische Unterstützung aus Südafrika und den USA erhält und z.B. von der der CSU-nahestehenden Hanns-Seidel-Stiftung unterstützt wird. Bei seinem letzten Besuch in Mosambik setzte sich Strauß für die von Kohl zugesagte Mittelfreigabe von 70 Mio DM für den Ausbau des traditionell von Südafrika stark genutzten Hafens in Maputo sowie für die Wiederherstellung der von der RNM zerstörten Strom- und Eisenbahnverbindung nach Südafrika ein. Es ist nicht erkenntlich, daß diese Projekte

in erster Linie dem Ziel einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit Mosambiks von Südafrika dienen.

Strauß hat in Südafrika die Freilassung von 113 politischen Gefangenen erreicht. Aber mußte Strauß deshalb erst nach Südafrika fahren? Warum bedurfte es dazu einer Reise ins Südliche Afrika, wo doch die Weltöffentlichkeit seit Verhängung des ersten Ausnahmezustands 1985 beinahe täglich von Tausenden verhafteter Oppositioneller und Kinder informiert wurde? Die Opposition in Südafrika und Namibia weigerte sich, mit Strauß zu sprechen, da sie in Apartheidbefürworter Strauß keinen ehrlichen Anwalt ihrer Sache erkennen konnte.

Was hat Kohl bewogen, den absehbaren erheblichen außenpolitischen Schaden, den innenpolitischen Aufruhr und den koalitionsinternen Streit in Kauf zu nehmen?

Der an Schärfe zunehmende Apartheidkonflikt ruft auch in der Bundesrepublik immer deutlichere Polarisierungen hervor. Einige Kräfte im Regierungslager wollen sich nicht länger gegen den Druck der Sanktionsforderungen stemmen.

Nach neuen Tönen in der Afrikapolitik seitens der FDP-Politiker Schäfer, Genscher, Baum und Hirsch, Blüm (CDU), – ja sogar Kohl, war es für die „Ultras“ im Bonner Regierungslager Zeit, sich auch zu Wort zu melden. Kräfte wie BMZ-Minister Klein, Staatssekretär Lengl und Strauß arbeiten weiter für eine offene Unterstützung der sog. Reformpolitik auch gegen EG-Beschlüsse und Völkerrecht. Diese „Ultras“ sehen das Pendel im Apartheidstaat noch weit ausgeschlagen zugunsten der Rassisten.

Die wachsende Isolierung Pretorias ist jedoch eine unbestreitbare Tatsache. Die internationale Boykottkampagne trifft den Nerv des Apartheidsystems und seine politischen Handlanger in der Bundesrepublik. Ohne deren Kollaboration könnte das Apartheidregime nicht aufrechterhalten werden.

Die Durchsetzung von umfassenden und bindenden Sanktionen ist das wirksamste Mittel der Solidaritätsbewegung, zum Sturz des südafrikanischen Unrechtsregimes beizutragen.

Bernd Schulte ist Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Anti-Apartheidbewegung, Bonn.

Mein Herd für Äthiopien

TAKALIGN



Erneut sieht sich Äthiopien einer Hungerkrise gegenüber (siehe Titelstory in AIB 1-2/88). Internationale Sonderhilfsmaßnahmen sind angelaufen. Doch es bleibt die bange Frage, ob die Wiederholung der Hungerkatastrophe von 1984/85 abzuwenden ist.

Wir meinen, die aktuellen Nothilfemaßnahmen für die äthiopischen Notstandsgebiete sind unverzichtbar, reichen aber nicht hin. Was flankierend gebraucht wird, sind Schritte, die den Entwaldungs- bzw. Erosionsprozeß des ostafrikanischen Landes aufhalten.

Der Boden Äthiopiens ist ökologisch schwerstens geschädigt. In manchen Teilen des Landes gibt es kein Leben mehr, hat die Erosion ganze Landstriche in gespenstische zerrissene Schluchten verwandelt.

Die Holzressourcen – Holz ist der Hauptenergieträger der Äthiopier – sind erschöpft. Nur mehr 4% des gesamten äthiopischen Territoriums sind bewaldet.

Der Brennholzverbrauch aber kann gesenkt werden – durch einen den Bedingungen der Bevölkerung angepaßten Kochherdtyp. Die Energieausbeute beträgt am offenen Feuer nur 5%. Im geschlossenen Behälter kann der Grad der Energieausnutzung drastisch erhöht werden.

Der Herd wird mit Ernteabfällen gestopft – nicht mit Holz.

Eine Gruppe Äthiopier hat diesen Herd konstruiert. Äthiopische Schmiede stellen ihn in einer Bauernkooperative in Taddelle, Westshoa, auf traditionelle Weise her. Wir unterstützen die Verbreitung dieses Herdes.

Wir rufen zur Teilnahme an der Kampagne „Mein Herd für Äthiopien – TAKALIGN“ auf.

Helfen Sie mit!

Eine Spendenkampagne der Gesellschaft Österreich-Äthiopien und der äthiopischen Relief and Rehabilitation Commission, unterstützt vom AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift

Österreichische Postsparkasse,
Gesellschaft Österreich – Äthiopien
Konto-Nummer 72 11 548
Marburger Volksbank, Nico Biver
Konto-Nummer 436577
BLZ 533 900 00
Stichwort: Herd für Äthiopien

Ivesa Lübben-Pistofidis

Rebellion in den besetzten Gebieten

Alles begann am 8. Dezember letzten Jahres mit einem in den von Israel besetzten Gebieten schon beinahe alltäglichen Vorfall.

An einem Checkpoint der israelischen Armee, der den Gazastreifen von Israel trennt, rammte ein israelischer Panzertransporter einen in einer Schlange wartenden PKW. Vier Menschen starben, sieben wurden verletzt.

Sie alle waren palästinensische Tagelöhner auf dem Rückweg von ihrer Arbeit in Israel in ihre ärmlichen Behausungen im Gazastreifen. Das, was die israelische Presse einen Unfall nannte, war in den Augen der Palästinenser ein willkürlicher Racheakt für den Tod eines israelischen Siedlers, der zwei Tage zuvor in Gaza von Palästinensern ermordet worden war. Die Beerdigung der vier Toten in dem in der Nähe der Unglücksstelle liegenden Lager Jabalia wurde zu einer Massendemonstration gegen die Besetzung. Jugendliche griffen israelische Militärpatrouillen mit Steinen und selbstgebastelten Benzinbomben an. Die Besatzungssoldaten riegelten das Lager ab, warfen Tränengaskanister in die Menschenmenge und schossen auf Demonstranten. Das Ergebnis: Ein neues Todesopfer, neue Verletzte und neue Proteste im ganzen Gazastreifen.

Erneut versuchte die Besatzungsmacht, den Unruhen mit starker Munition und einer großangelegten Verhaftungswelle Herr zu werden. Aber das Gegenteil trat ein.

Bald sprang der Funke des Aufstandes auf die ebenfalls 1967 besetzte Westbank über. Jeden Tag gehen die gleichen Bilder um die Welt: Kinder und Jugendliche greifen die Besatzungssoldaten mit Steinen, Schleudern, Messern und Molotow-Cocktails an. Händler schließen ihre Läden. Schüler und Studenten bleiben dem Unterricht fern und demonstrieren gegen die Besetzung. Die Pendler, Palästinenser, die gezwungen sind, unter unwürdigsten Bedingungen in Israel ihr Geld zu verdienen, bleiben der Arbeit fern.

Die Proteste entwickeln sich bald zum größten Volksaufstand, seit die Westbank und der Gazastreifen 1967 von israelischen Truppen besetzt wurden. Auch die in Israel¹ lebenden Araber erklären ihre Solidarität in einem dreitägigen Solidaritätsstreik.

Die Besatzungsmacht reagiert mit äußerster Härte: Deportation von Rädelsführern, Ausgangssperren, Massenverhaftungen, wahlloser Einsatz von Schusswaffen, inklusive der international geächteten Dum-Dum-Geschosse.

Der Gazastreifen und die Westbank gleichen riesigen Militärlagern. Allein im Gazastreifen sind heute mehr israelische Soldaten stationiert, als 1967 zur Eroberung der gesamten Gebiete benötigt wurden: 120.000.

Das bisherige Ergebnis: 85 Tote, Hunderte, wenn nicht gar Tausende von Verletzten – über 3.000 Festnahmen. Inzwischen ist die Besatzungsmacht zu Maßnahmen übergegangen, die sich nur noch unter dem Wort Massenfolter zusammenfassen lassen. Besonders die Bewohner der Flüchtlingslager haben darunter zu leiden.

Die Lager wurden mit hohen Stacheldrahtzäunen und Betonmauern eingekreist und faktisch von der Außenwelt abgeriegelt, während drinnen Razzien stattfanden und immer noch stattfinden. Wahllos werden Kinder, Frauen und Jugendliche

aus den Häusern gezerrt und krankenhaushausreif geschlagen, Tränengasbomben und andere Giftgase in geschlossene Häuser geworfen. Mehrere Frauen haben dadurch Fehlgeburten erlitten und Kleinkinder sind erstickt. Häuser werden wahllos in die Luft gesprengt und das Mobiliar der Flüchtlinge zertrümmert.

Verteidigungsminister Rabin untersagte die Auslieferung von Lebensmittellieferungen, die die UN-Hilfsorganisation UNRWA, Palästinenser in Israel oder selbst die syrischen Bewohner des Ende 1981 annektierten Golan und Beduinen der Negev-Wüste nach Gaza sandten. „Solange die Händler ihren Streik nicht beenden, werden wir eine Unterstützung von außen nicht zulassen“, erklärte er bei der Inspektion palästinensischer Geschäfte in Ramallah, die gewaltsam von der israelischen Armee aufgebrochen worden waren. Durch Aus Hungern will die „Regierung der Nationalen Einheit“ den Aufstand in die Knie zwingen.

Am 19. Januar d.J. wies Rabin die Streitkräfte an, jeden Versuch einer Demonstration mit „Gewalt, Entschlossenheit und Schlägen“ in die Knie zu zwingen. Die Folge sind brutale Einsätze mit Eisenschlagstöcken. Hunderte von palästinensischen Jugendlichen werden mit Schädel-, Arm- und Beinbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert.

Jugendlichen, die bei Razzien festgenommen werden, bricht man systematisch Arme und Beine. Die israelische Jerusalem Times rechtfertigt Rabins Knochenbrechererlaß: „Ein Verhafteter werde in der Regel nach 18 Tagen wieder entlassen und kann dann mit dem Steinwerfen wieder anfangen. Aber wenn ihm die Soldaten die Hand brechen, kann er erst nach eineinhalb Monaten wieder einen Stein werfen.“²

Die Weltöffentlichkeit war überrascht von dem spontanen Aufstand. Aber kam die Bewegung tatsächlich so unerwartet? Der ehemalige stellvertretende Bürgermeister von Jerusalem und heutige Kritiker der israelischen Besatzungspolitik, Meron Benvenisti, warnte schon im Sommer 1987 im Jahresbericht des West-Bank-Data-Projects (siehe Kasten mit Datenüberblick) vor einer neuen Phase des Widerstandes in den besetzten Gebieten. Ursache ist für ihn die forcierte Kolonisierungspolitik, durch die die Bevölkerung direkt oder indirekt zur Auswanderung getrieben würde. Im Verlauf des Jahres 1987

Junge Palästinenser – furchtlos gegenüber israelischen Besatzungstruppen



wurden zusätzliche 70.000 Dunum Land in der Westbank beschlagnahmt und der Bau von vier Siedlungen in Angriff genommen.

Die israelische Wasserbaugesellschaft kündigte den Bau eines Tiefbrunnens an. Ein solcher Brunnen würde der palästinensischen Landwirtschaft 15% ihres Wasserbedarfs entziehen, Ackerflächen austrocknen und die Existenz der Bauern in Frage stellen. Ihnen bliebe dann nur noch die Alternative, sich als Tagelöhner in Israel zu verdienen oder auszuwandern.

Die Schließung der Ost-Jerusalemener Elektrizitätswerke, des größten Betriebes, der ausschließlich in palästinensischer Hand war, kostete nicht nur 200 palästinensische Arbeitsplätze, sondern war zugleich symbolträchtiger Angriff auf den Rest

zwischen von sehr gut organisierten Kräften getragen wird. In der Westbank konnten seit Mitte der 70er Jahre vor allem die Linken, der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) angehörigen Organisationen, die Demokratische Front (DFLP), die Volksfront (PFLP) und die Palästinensische Kommunistische Partei (PCP), ihren Einfluß beträchtlich ausbauen.

Auch der Organisationsgrad der Bevölkerung war im letzten Jahrzehnt beträchtlich angewachsen. Hatten die Gewerkschaften in den 70er Jahren nur ca. 4.000 Mitglieder, so wuchs deren Zahl bis 1980 auf 20.000. Heute gibt es ca. 50.000 in Gewerkschaften organisierte Arbeiter. Ähnliches gilt auch für andere Berufs- und Massenorganisationen. In den Frauenorganisationen, die 1980 noch weniger als 2.000 Mitglieder hatten, arbeiten heute 15.000 palästinensische Frauen.

Inzwischen hat sich eine „Vereinigte Nationale Führung“ des Aufstands mehrmals zu Wort gemeldet. Diese Führung im „Inneren“ versteht sich explizit als Teil der PLO. Und sie soll sich aus führenden Mitgliedern der in der PLO zusammengeschlossenen Organisationen, die in der Westbank und im Gazastreifen verankert sind, rekrutieren: DFLP, PCP, PFLP, Fatah und zusätzlich Jihad Islami.

Die Geschlossenheit und Disziplin, mit der die Bevölkerung der Westbank und des Gazastreifens den oft detaillierten Anweisungen dieser Führung folgt, sind Indizien dafür, daß diese Führung fest in der palästinensischen Bevölkerung verankert ist und über entwickelte Organisations- und Kommunikationsstrukturen verfügt. Ein anderes Indiz ist die Tatsache, daß auf die Forderung der Nationalen Führung hin Anfang Februar d.J. alle von Israel eingesetzten Stadtverwaltungen zurückgetreten sind.

Dadurch gelang es ihr, das ganze Volk in kürzester Zeit zu organisieren. Inzwischen gibt es in jedem Dorf, in jedem Stadtteil, ja in jeder Straße Revolutionskomitees. Die ersten Ortschaften, in die sich israelische Soldaten nicht mehr hineintrauen, haben sich zu „befreiten Zonen“ erklärt.

Zudem hat die Führung ein klares politisches Programm, das realistische Zwischenschritte auf dem Weg zu einem unabhängigen palästinensischen Staat angibt. Dies ist umso bedeutender, als Aufstände in der Vergangenheit eher defensiven Charakter hatten.

Die Forderung nach Ersetzung der Besatzungstruppen durch UN-Truppen, wie sie die Nationale Führung in ihrer an die Weltöffentlichkeit gerichteten Erklärung Nr. 3 verlangt, würde eine Internationalisierung des Konfliktes bedeuten. Die Einlösung dieser Forderung wäre ein schwerer Schlag für die USA, die die UNO gerade aus Verhandlungen über die Zukunft des Nahen Ostens ausbooten wollen und stattdessen auf israelisch-jordanische Separatverhandlungen setzen.

Obwohl heute jeder Palästinenser und jede Palästinenserin auf die Frage, wer die Palästinenser auf einer internationalen Konferenz vertreten sollte, „die PLO natürlich“ antworten, hat der Aufstand dennoch zu einer Verschiebung von „Innen“ (Bevölkerung in den besetzten Gebieten) und „Außen“ (PLO-Führung) geführt. Dies ist eine Tatsache, die Spekulationen darüber hat aufkommen lassen, die „Schebab“, d.h. die Jungs, die mit Steinen auf der Straße gegen die sechstgrößte Atommacht der Welt kämpfen, hätten nichts mehr mit der „Revolution in Cadillac“, den Führern der Befreiungsorganisation, zu tun haben wollen.

Hierbei bleibt allerdings unberücksichtigt, daß die PLO für die Palästinenser mehr ist als eine bloße Organisation mit gewählten Führungsinstanzen, Kongressen, Institutionen und Geschäftsordnungen. Die PLO ist zugleich, in Ermangelung eines eigenen Nationalstaates, Ausdruck der nationalen palästinensischen Identität, „unser Personalausweis“, wie man immer wieder von Palästinensern hört.

In diesem Sinne bekennen sie sich (von einigen traditionellen Führern abgesehen, die ihre Klasseninteressen eher im Bündnis



verbliebener unabhängiger palästinensischer kommunaler Einrichtungen.

Eine besondere Provokation für die Palästinenser war der Umzug des heutigen Wohnungsbauministers Ariel Scharon, der als Verteidigungsminister die direkte Verantwortung trägt für Israels Libanoninvasion 1982 und das anschließende Massaker in den Beiruter Palästinenserlagern Sabra und Schatila, in das Ost-Jerusalem Araberviertel. Scharon machte keinen Hehl aus seiner Absicht, 18.000 Palästinenser aus dem auch den Moslems heiligen Al-Quds vertreiben zu wollen. Er ist der Unterstützung Ministerpräsident Schamirs sicher.

Schon vor dem 8. Dezember 1987 kamen die Bewohner der Westbank in den Vorgesmack der Politik der „Eisernen Faust“. Universitäten waren während des Jahres 1987 regelmäßig geschlossen und von Militärs besetzt worden, um potentiellen Studentenunruhen vorzubeugen. Die Flüchtlingslager wurden mit hohen Betonmauern eingekesselt und regelmäßig zum Sturm für Siedler freigegeben. 54 Häuser von Palästinensern, die man der PLO-Zugehörigkeit verdächtigte, wurden in die Luft gesprengt.

In dieser Situation genügte ein unbedeutender Anlaß, um das Faß zum Überlaufen zu bringen. Die ersten Reaktionen auf die Ereignisse des 8. Dezember waren spontaner Ausdruck der Wut und Hoffnungslosigkeit vor allem der jungen Generation, die aufgewachsen ist unter den permanenten Demütigungen des Besatzungsregimes und die, wenn überhaupt, nur die Perspektive hat, in israelischen Fabriken als Menschen zweiter Klasse zu arbeiten.

Aber Kontinuität, politische Kampforientierung und die Tatsache, daß die übergroße Masse der palästinensischen Bevölkerung inzwischen aktiv am Widerstand gegen die Besatzung teilnimmt, sind einige Hinweise dafür, daß der Aufstand in-

Palästina

Westbank, Gaza, Ost-Jerusalem

Ein Überblick über die Besatzerpolitik

Bevölkerung

In den 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebieten Westbank (Westjordanien), Gaza und Ost-Jerusalem leben 1.502.000 Palästinenser (Ende 1986). Davon wohnen 835.000 in der Westbank, 542.000 in Gaza und 125.000 in Ost-Jerusalem. Seit Juni 1967 wurden ca. 700.000 Palästinenser vertrieben oder wanderten aus, der Großteil davon im Jahr 1967. Der Anteil der Palästinenser in den besetzten Gebieten an der gesamten palästinensischen Bevölkerung von fast 5 Mio ging dadurch von 50% auf 29% zurück. Ein Drittel der Palästinenser der Westbank und zwei Drittel der Bevölkerung des Gaza-Streifens sind Flüchtlinge, die nach dem Krieg von 1948 aus dem heutigen Gebiet Israels vertrieben worden waren. Mit 1.400 Einwohnern pro qkm ist der Gaza-Streifen eine der dichtestbevölkerten Regionen der Welt. Dabei ist nicht berücksichtigt, daß 50% der Fläche von Israel beschlagnahmt wurden. 182.000 Einwohner leben in Flüchtlingslagern.

Rechtlicher Status

Israel erklärt, daß es die Westbank, Ost-Jerusalem und Gaza nicht besetzt halte, sondern verwalte und damit die Bestimmungen der Genfer Konvention nicht auf die Gebiete anwendbar seien. Das Rechtssystem, auf das sich die israelischen Besatzer stützen, besteht aus einer Kombination militärischer Dekrete (allein über 2.000 für die Westbank) und einer Mischung von Gesetzen aus der Zeit vor der Besetzung, die sie für ihre Politik als nützlich betrachten.

Die Internierung und Deportation von Palästinensern wird mit entsprechenden Bestimmungen aus der Zeit der britischen Kolonialherrschaft (1920-48) begründet. Für die Unterdrückung der Gewerkschaften dienen jordanische und ägyptische Gesetze aus der Zeit vor 1967. Die Beschlagnahme von angeblichem „Staatsland“ wird schließlich damit begründet, daß Israel der Nachfolger der ottomaniischen Sultane sei, die vor dem ersten Weltkrieg Palästina beherrschten.

Gestützt auf diese „Gesetze“ wurden seit 1967 rund 500.000 Verhaftungen vorgenommen und bis Mai 1986 genau 15.365 Häuser zerstört. Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, daß ein Drittel der Führung der Gewerkschaftsbewegung eingekerkert wurde. Alle Zeitungen werden zensiert, drei wurden seit 1985 verboten. Verhaftungen von Kindern, Internierung, Deportation, Folter und Ermordung von Demonstranten sind alltäglich.

Landraub

Seit 1967 hat Israel sich 52% des Landes der Westbank und 35% des Gaza-Streifens angeeignet. Dies geschah in vielfältiger Weise: Sog. „Staatsland“ und das Land zur Zeit der Invasion abwesender Palästinenser wird heute von den Besatzern „verwaltet“. Ganze Landstriche wurden zu Sicherheitszonen erklärt und Land, das für nicht genutzt erklärt wurde, übernommen.

Auf diesem Land wurden insgesamt 151.000 Israelis in 167 Niederlassungen angesiedelt (Stand September 1986). Die Siedler werden durch Steuernachlässe und niedrige Häuserpreise angelockt.

Wirtschaft

Die israelische Politik zielt darauf ab, die wirtschaftliche Entwicklung der besetzten Gebiete zu hemmen und die Abhängigkeit von Israel zu

verstärken. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner betrug 1986 1.124 \$ gegenüber 4.950 \$ in Israel.

Der Anteil der Landwirtschaft am BIP der besetzten Gebiete ging von 42% vor der Okkupation auf inzwischen 20% zurück. Die Zahl der Beschäftigten fiel von 58.000 auf 38.000 im Jahr 1983 (40% aller Beschäftigten).

Der industrielle Sektor ist rückständig und traditionell. Landwirtschaftliche Produkte und handwerkliche Erzeugnisse stellen den Großteil der Produktion. Es handelt sich vor allem um handwerkliche Betriebe. Die 350 größten Unternehmen beschäftigen lediglich 5.500 Personen. Der Anteil der Industrie am BIP ging von 9,2% im Jahr 1969 auf 6% 1981 zurück.

Die Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft wird absichtlich durch Israel gehemmt, um über billige Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten und einen Absatzmarkt für die israelischen Industrieprodukte zu verfügen. 70.000 Einwohner des Gaza-Streifens (46,1% aller Beschäftigten) und 95.000 der Westbank (30,7% der Beschäftigten) arbeiten in Israel, vor allem im Bauwesen. Sie stellen 6,5% aller Beschäftigten Israels.

Die besetzten Gebiete beziehen 89,4% ihrer Importe aus Israel. Dies entspricht 10,9% der israelischen Exporte. 73,2% der Exporte gehen nach Israel. Das Handelsbilanzdefizit beläuft sich auf ca. zwei Drittel; insgesamt erzielte Israel von 1968-85 einen Handelsbilanzüberschuß von 4,428 Mrd \$.

Die Entwicklung der Wirtschaft wird mit verschiedenen Mitteln behindert. Die Landwirtschaft leidet besonders unter dem Landraub und Wassermangel. Israel deckt die Hälfte seines Wasserbedarfs aus der Westbank. Palästinenser dürfen lediglich 100 m tiefe Brunnen bohren, während den Siedlern erlaubt ist, bis zu 700 m tief zu bohren. Die Folge davon ist, daß lediglich 6% des palästinensischen Landes bewässert sind. Entsprechend den Erfordernissen des israelischen Marktes und der Siedler werden Anbauflächen und Pflanzenarten durch die Gesetzgebung bestimmt.

Aufgrund hoher Transportkosten, Preiskontrollen und Exportquoten wird der Export landwirtschaftlicher Produkte nach Jordanien behindert. Aber auch auf dem israelischen Markt können landwirtschaftliche Produkte aus den besetzten Gebieten nur schwer konkurrieren, weil israelische Produkte subventioniert werden und Investitionsmittel für eine Modernisierung der Landwirtschaft fehlen. Der Export nach Westeuropa muß zwangsweise über eine israelische Firma abgewickelt werden.

All diese Beschränkungen haben zur Folge, daß der Anteil landwirtschaftlicher Produkte am Export von 49% (1968) auf 29% (1985) zurückgegangen ist. Die landwirtschaftliche Anbaufläche ging im Zeitraum 1966-80 um 22% zurück.

Die Industrie leidet vor allem unter Investitionsmangel. Neugründungen von Betrieben werden oft nicht gestattet, wenn sie mit israelischen Firmen konkurrieren. Eine Vielzahl von Steuern und Zollabgaben führt dazu, daß palästinensische Produkte mit der israelischen Konkurrenz, die diesen Bestimmungen nicht unterliegt, nicht mithalten können.

Ein weiteres Hemmnis sind die geringen öffentlichen Investitionen. Lediglich 20% der Ausgaben der israelischen Verwaltung in Höhe von 250-280 Mio \$ werden für Investitionen verwendet. Diese Ausgaben werden heute vollständig durch Abgaben aus den besetzten Gebieten finanziert. Noch 1987 stammten 18% aus dem israelischen Staatshaushalt. Dies bedeutet jedoch nicht, daß der israelische Staat die besetzten Gebiete bezuschußt.

Die Palästinenser aus den besetzten Gebieten, die in Israel arbeiten, müssen 20% ihres Lohnes als Sozialabgaben an den israelischen Staatshaushalt abführen. Diese werden jedoch nicht wieder ausbezahlt. Palästinensische Arbeiter bekommen weder eine Rente noch Kindergeld, Arbeitslosen- oder Krankengeld.

Der Gesamtnutzen der Besetzung belief sich im Zeitraum 1968-85 für den israelischen Staat auf 31,8 Mrd \$. Diese Zahl setzt sich zusammen aus Steuern, Versicherungsbeiträgen, Handelsbilanzüberschüssen, Gewinnen durch Niedriglöhne u.ä.

Mit Unterstützung Israels soll unter Führung Jordaniens ein sog. Marschall-Plan für die besetzten Gebiete die wirtschaftliche und soziale Entwicklung vorantreiben. Geldgeber für dieses Vorhaben, das Ausgaben von 900 Mio \$ für 1986-90 vorsieht, sind u.a. die USA, Frankreich, Großbritannien, Jordanien und Saudi-Arabien. Die wenigen Investitionen, die eingeplant sind, sollen vor allem in den Privatsektor gehen. Der Großteil fließt in die Landwirtschaft und traditionelle Industrien (vor allem Nahrungsmittel). Ziel ist es, die ländlichen traditionellen Sektoren auf Kosten der Städte und des öffentlichen Sektors zu fördern.

(Quellen: Rapport Benvenisti. Bilan économique et social des territoires occupés en 1986, in: Pour la Palestine, Paris, Nr. 20/4. Quartal 1987; South, London, August 1987, S. 64ff.; MERIP Reports, New York, Nr. 115/Juni 1983)

Dieser Palästinenserfamilie in Dhahiriya ließ die israelische Militärverwaltung die Haustüre zumauern, nachdem ein Jugendlicher inhaftiert wurde.



mit König Hussein gewahrt sehen) zur PLO, wemgleich andererseits nicht zu bestreiten ist, daß gerade die Palästinenser in den besetzten Gebieten in der Vergangenheit oft enttäuscht wurden über Versuche von Teilen der PLO-Führung, die Bewegung im „Innern“ als bloßes Unterstützungspotential für Schachzüge auf dem internationalen diplomatischen Bankett zu instrumentalisieren.

Insofern richtet sich der Aufstand sicherlich auch gegen das traditionelle Übergewicht von „außen“ — aber nicht gegen die PLO als solche. Allerdings haben die Kräfte im „Innern“ ihren Anspruch auf größeres Gewicht innerhalb der Entscheidungsfindungsprozesse der PLO reklamiert. Angesichts der kollektiven Bemühungen des US-Imperialismus, der zionistischen Regierung und der arabischen Reaktion, die PLO aus zukünftigen „Friedensverhandlungen“ auszubooten, bedeutet dies allerdings keine Schwächung, sondern eine Stärkung der Befreiungsorganisation.

„Der Aufstand in den besetzten Gebieten ist nicht allein eine Lektion für unseren Feind, sie ist auch eine ganz entscheidende Lektion für die palästinensische Nationalbewegung“, resümiert beispielsweise das Zentralorgan der Demokratischen Front, Al Hurrieh. „Es ist das auf den Straßen kämpfende Volk, das zur entscheidenden Basis der palästinensischen Revolution und der PLO geworden ist. Es ist dieses Volk, das die Verschwörungen gegen die PLO und die Träume König Husseins zu Fall gebracht hat...“

Es ist richtig, daß ein neues Kräfteverhältnis zwischen 'Innen' und 'Außen' entstanden ist, daß 'Innen' ein neues Gewicht bekommen hat und nicht länger bereit ist, bloße Handlangerdienste zu leisten. Aber es ist genau dieses Kräfteverhältnis, das der PLO neue Kraft gibt und neue Möglichkeiten eröffnet.



Symbole der Rebellion: Siegeszeichen und palästinensische Flagge.

Am 10. Januar d.J. meldete sich zum zweiten Male eine Vereinigte Nationale Führung mit einem Aufruf zu einem dreitägigen Generalstreik zu Wort. Die Erklärung mit der Nummer „2“ umreißt die Sofortforderungen der Aufständischen:

- „1) Verbot der Schändung von Heiligtümern und die Entfernung des Terroristen Sharon aus der Jerusalemer Altstadt;
- 2) Beendigung der Politik der 'Eisernen Faust', Annullierung der Notstandsgesetze und die sofortige Aufhebung der Deportationsverfügungen;
- 3) Rückzug der Armee aus den Städten, Lagern und Dörfern, Verbot von Provokationen, Schluß mit dem Erschießen von Söhnen unseres Volkes;
- 4) Auflösung der Kommunal- und Lagerkomitees, die durch die Besatzungsmacht eingesetzt wurden, Durchführung von demokratischen Kommunalwahlen in der Westbank und im Gazastreifen;
- 5) Freilassung der während des Aufstandes Verhafteten und Schließung der Gefangenenlager Farah, Ansar II und Ansar III;
- 6) Aufhebung der Mehrwertsteuer, die unseren Geschäftsleuten willkürlich auferlegt wurde;
- 7) Stopp der Beschlagnahmung von Boden, Stopp dem Bau von Siedlungen;
- 8) Verbot von Überfällen auf Bildungs-, Gewerkschafts- und andere öffentliche Einrichtungen, Verbot der Einmischung in deren innere Angelegenheiten.“

In einem Aufruf vom 17. Januar d.J. betonte die Vereinigte Nationale Führung ausdrücklich ihre Verbundenheit mit der Palästinensischen

Befreiungsorganisation (PLO):

„Unser Volk wird seinen Aufstand fortsetzen, der jetzt in seine 9. Woche eintritt. Wir haben in den vergangenen Wochen mit Dutzenden von Märtyrern, Verletzten und Tausenden von Verhafteten bezahlen müssen auf unserem Weg zur Revolution und der Befreiung zur Errichtung eines unabhängigen Staates auf nationalem Boden mit der Hauptstadt Jerusalem (gemeint ist das von Palästinensern bewohnte Ost-Jerusalem; d. Red.) unter der Führung der PLO, unseres einzigen und legitimen Vertreters.“

An die Weltöffentlichkeit gewandt, fordert die Nationale Führung in demselben Dokument: „Wir appellieren an die Vereinten Nationen und alle Freiheits- und friedliebenden Völker der Welt..., so schnell wie möglich mit dem Ziel zu intervenieren, die repressiven und willkürlichen Maßnahmen und Praktiken, denen die Söhne unseres Volkes ausgeliefert sind, zu beenden.“

Wir wenden uns an die Völker der freien Welt, denen noch ein Rest Gewissen geblieben ist. Wir wenden uns an alle internationalen Institutionen, allen voran die Vereinten Nationen mit der Aufforderung, schnell zu handeln, um der israelischen Besatzung und der Metzerei ein Ende zu bereiten, um die Belagerung der gesperrten Zonen aufzuheben, um die Politik der 'Eisernen Faust' zu beenden, die Beschlagnahme unseres Bodens zu verhindern und die politischen und Menschenrechte unseres Volkes zu garantieren, indem es internationalem Schutz unterstellt wird, als Auftakt zu einer mit allen Vollmachten ausgestatteten internationalen Konferenz unter der Schirmherr-

schaft der Vereinten Nationen und unter Beteiligung der fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates und aller am Konflikt beteiligten Parteien, darunter der PLO als einziger und legitimer Vertreterin des palästinensischen Volkes.“

In einer Erklärung vom 21. Januar d.J. gibt die Nationale Führung konkrete Anweisungen an die palästinensische Bevölkerung, wie der Aufstand weiterzuführen sei:

„Der Aufstand wird nicht aufhören, bevor der Feind nicht den gerechten Forderungen unseres Volkes nach Rückkehr, Selbstbestimmung und Errichtung eines palästinensischen Staates unter Führung der PLO nachkommt.“

Die Händler werden aufgefordert ihren Streik fortzusetzen, bis die Nationale Führung in zukünftigen Erklärungen aufgrund neu entstandener Situationen neue Schritte festlegen werde. Sie werden aufgefordert, nicht vor ihren geschlossenen Läden sitzenzubleiben, damit die Besatzungssoldaten sie nicht zur Wiedereröffnung zwingen können. Ausgenommen von dem Streik sind lediglich Apotheken und Arztpraxen. Den Händlern, die dem Aufruf nicht folgen, wird gedroht, daß ihre Läden in Zukunft von der gesamten palästinensischen Bevölkerung boykottiert werden.

Die Nationale Führung würdigt die hervorragende Rolle der Schüler und Studenten:

„Ihr seid der Puls des Aufstandes, Ihr seid die kämpferische Vorhut unserer Revolution, die auf großartige Weise zum Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit beiträgt.“

Die Besatzungsmacht meine, durch Schließung der Schulen und Universitäten die Schüler und Studenten am Protest hindern zu können.

Erklärungen der Nationalen



Es macht die PLO zu einem Faktor, an dem niemand vorbeigehen kann."³

Daß der Aufstand die Bemühungen zunichte macht, zwischen „gemäßigten Teilen“ des zionistischen Establishments (Shimon Peres) und „gemäßigten“ Palästinensern/Jordanien einen territorialen Kompromiß unter Ausschluß der PLO zu verhandeln, hat in Amman, Kairo und Washington zunehmend Panik hervorgerufen. „Wir müssen retten, was zu retten ist, bevor die Spirale der Gewalt uns aus der Kontrolle gerät“, warnte Jordaniens König Hussein vor seiner Rundreise in die Hauptstädte der EG am 2. Februar d.J.

Schon eine Woche vor Hussein hatte Mubarak sich nach Bonn, London, Paris und Washington begeben, um den dortigen Autoritäten seine neueste Friedensinitiative zu erläutern. Mubaraks Initiative wurde eng mit König Hussein abgestimmt und vor Bekanntgabe mit der israelischen Arbeiterpartei beraten (vor der Mubarak-Reise traf der persönliche Berater des ägyptischen Präsidenten Osama el-Baz in einer europäischen Hauptstadt mit dem Direktor des israelischen Außenministeriums Abraham Tamer zusammen).

Die Mubarak-Initiative sieht eine Einstellung von Gewaltakten auf beiden Seiten für einen Zeitraum von 6 Monaten vor. Während dieser Zeit sollen keine neuen Siedlungen gebaut und der Schutz der Palästinenser durch geeignete internationale Maßnahmen garantiert werden. Eine „internationale Konferenz zur Beilegung des Nahostkonflikts und für die Rechte der Palästinenser“ solle folgen, wobei Mubaraks Vorschlag weder die Form der Konferenz noch die inhaltliche Grundlage oder deren Ziele näher definiert.

Das Ziel des Vorschlages liegt auf der Hand: Er soll den pro-

Führung der besetzten Gebiete

Darum ist

„jeder Student, jeder Schüler dazu aufgerufen, seinen kämpferischen Beitrag dort fortzusetzen, wo er wohnt – in seinem Dorf, seiner Stadt, seinem Flüchtlingslager.“

Die Kampfkomitees (auf arabisch Schlagkomitees, womit die organisierten Gruppen von Jugendlichen, die israelische Soldaten angreifen, gemeint sind), die Massenorganisationen und die nationalen Institutionen werden von der Führung ermuntert:

„Jeder von Euch kennt seine Aufgabe genau. Dieses Jahr wird das Jahr sein, das uns aus der Sackgasse (arabisch: dunkler Tunnel; d. Red.) herausführt und uns auf dem Weg zu Unabhängigkeit und Freiheit ein ganzes Stück voranbringen wird.“

An die in Lagern von israelischen Soldaten eingekesselten Flüchtlinge gewandt, heißt es: „Ihr dürft jetzt keine Angst haben vor Ausgangssperren, vor den Wasser- und Stromabsperren, vor einem Lebensmittelboykott. Unsere Brüder in den Lagern der Standhaftigkeit im Libanon mußten das Fleisch von Katzen essen, aber sie siegten über die Blockade. Bleibt standhaft, denn Eure Standhaftigkeit ist die Brücke zum Sieg.“

Alle Palästinenser, einschließlich derjenigen in Israel, werden aufgefordert, überall Solidaritätskomitees zu bilden und die Umzingelten politisch und materiell zu unterstützen. Die Nationale Führung fordert die Bevölkerung in der Westbank und im Gazastreifen auf, ihren Kampf mit den bisher angewandten Formen fortzusetzen. Dazu zählt sie Steine und selbstgebastelte Molotowcocktails, Messer, Schleudern, Pfeil und Bogen, Straßensperren aus brennenden Reifen und Fischernetze, die den

Soldaten über den Kopf geworfen werden, so daß man sie auf diese Art gefangennehmen und entwaffnen kann. Die Menschen sind aufgefordert, überall die palästinensischen Fahnen zu hissen, Gedenktafeln dort anzubringen, wo Märtyrer gefallen sind, und auf alle Wände Poster mit den Symbolen des Widerstandes zu kleben. Die Bevölkerung solle die Freitage nutzen, um sich in Moscheen zu versammeln. Kirchenglocken und die Rufe der Muezzins sollen gemeinsam gegen die Politik der Unterdrückung ertönen.

Besondere Bedeutung wird dem Streik der in Israel arbeitenden Tagelöhner beigemessen. Ihm wird jede Unterstützung zugesagt:

„Unser Volk und unsere Revolution werden Euch niemals allein lassen.“

Vorsichtig wird vor der übereilten Anwendung neuer Kampfformen gewarnt, zu denen man „zu ihrer Zeit“ greifen müsse. Das ist zweifelsohne auch eine Anspielung auf den Aufruf des als „gemäßigt“ geltenden Herausgebers der Jerusalemer Al-Fajr zum Boykott israelischer Waren, wofür die materiellen Voraussetzungen bislang überhaupt nicht gegeben sind.

Daß solche Schritte allerdings in Zukunft nicht auszuschließen sind, deutet ein anderer Aufruf der Nationalen Führung vom selben Tag an, in dem die Bevölkerung aufgefordert wird, sich auf die Steigerung der landwirtschaftlichen und häuslichen Produktion zu konzentrieren, um einen erfolgreichen Boykott zu einem späteren Zeitpunkt zu ermöglichen.

Offene Kritik der Nationalen Führung an den arabischen Nachbarstaaten ist ein deutlicher Hinweis dafür, daß die palästinensische Nationalbewegung alle Illusionen aufgegeben hat, mit panarabischen Konzepten zu einem pa-

lästinensischen Staat zu kommen.

Jordanien wird vorgeworfen, die Bewegung im „Inneren“ von der PLO isolieren zu wollen, was jedoch nicht gelungen sei.

„Der Aufstand hat die Pläne Syriens und Jordaniens, die PLO zu zerschlagen, kaputt gemacht. Heute erheben diese Regimes die Parole: 'Unterstützt den Aufstand'. Sie weinen Krokodilstränen über das, was die Bewohner der besetzten Gebiete erleiden. Aber unser Volk hat sich erhoben gegen die Besatzung auf der einen und gegen die Verschwörung der arabischen Regimes auf der anderen Seite.“ (Erklärung vom 23.1.1988)

Kurz vor Beginn des Aufstandes hätten sich israelische und jordanische Regierungsvertreter getroffen, um die Politik in den besetzten Gebieten zu koordinieren. Die israelische Politik der „Eisernen Faust“ entspreche unmittelbar den Interessen Jordaniens. Heute weigere sich das Regime in Amman, Palästinensern Ausweise auszustellen, um sie an der Ausreise in die Westbank zu hindern. Im Gegenteil hat Jordanien in den letzten Wochen dutzende von Palästinensern, die den Widerstandsorganisationen angehören, verhaftet.

„Die eiserne Faust wird nicht nur von Israel gegen unser Volk eingesetzt. Sie wird angewandt von Jordanien, von Syrien und vielen reaktionären arabischen Regierungen. Aber trotz all dieser Verschwörungen wird unser Volk seinen Kampf unter Führung der PLO fortsetzen.“

(Quellen: Al Hurrieh, Beirut, 17.1.1988 und 24.1.1988; Erklärungen der Nationalen Führung, Telefax, Al-Awda, Jerusalem, 23.1.1988)

Welche Rolle spielen die moslemischen Kräfte?

Israels Staatspräsident Herzog warnte die zunehmend kritischer werdenden jüdischen Gemeinden in den USA: „Wir stehen vor einem Scheideweg. Die Alternative, vor der nicht allein Israel, sondern auch unsere arabischen Nachbarländer stehen, heißt nicht 'palästinensische Unruhen' oder Verhandlungen, die Alternative heißt, diese Unruhen zu unterdrücken oder zuzulassen, daß sie zu einem neuen Teheran oder Beirut werden.“ (International Herald Tribune, Paris, 27.1.1988) Auch in bundesdeutschen Medien wird, mittels einer ausgedehnten Berichterstattung über islamische Fundamentalisten, die Angst vor einem palästinensischen Khomeini geschürt. Damit sucht man, die Sympathien für die palästinensischen Aufständischen wieder zu dämpfen.

Welche Rolle spielen islamische Kräfte nun tatsächlich beim Aufstand in der Westbank und im Gazastreifen?

Um dieser Frage nachzugehen, sollte man differenziert unterscheiden zwischen islamischem Fundamentalismus und Islam als Religion sowie zwischen den verschiedenen religiösen Strömungen, im Falle des Aufstandes zwischen den Moslemländern und der Jihad Islami (Islamischer Heiliger Krieg).

Es ist auffällig, daß islamische Strömungen in der Westbank so gut wie überhaupt keine Rolle spielen. Die islamische Bewegung hat ihre Wurzel vor allem im Gazastreifen. Das hat vor allem zwei Ursachen: Die Hoffnungslosigkeit und das Massenelend sowie die Schwäche der palästinensischen Nationalbewegung. Beide Faktoren sind unmittelbares Ergebnis zionistischer Besatzungs- und Vertreibungspolitik. Der Gazastreifen ist das am dichtesten besiedelte Gebiet der Welt. Wenn man noch bedenkt, daß ein 1 km breiter Streifen entlang der Ostgrenze zu Israel und ein 0,5 km Küstenstreifen zu Sicherheitszonen erklärt wurden und sich 18 zionistische Siedlungen den fruchtbarsten Boden unter den Nagel rissen, dann bleiben ganze 165 qkm, auf denen 750.000 Menschen leben. Diese Menschen, die im Gegensatz zu den Palästinensern in der Westbank offiziell „staatenlos“ sind, sind faktisch von der Außenwelt abgeschnitten (siehe

Kasten Überblick zur Westbank, Gaza, Ost-Jerusalem).

Nachdem israelische Truppen 1967 den Gazastreifen besetzten, leistete die Bevölkerung erbitterten Widerstand. Vor allem die Volksfront spielte in diesem Aufstand eine führende Rolle. Erst 1971 gelang es der Besatzungsmacht, den Aufstand niederzuschlagen. Die Führer wurden erschossen, Tausende von Palästinensern deportiert und die Flüchtlingslager „ausgedünnt“, um sie militärisch kontrollierbar zu machen. Jede politische und gewerkschaftliche Aktivität wurde verboten.

Die einzige palästinensische Organisation, der es überhaupt noch erlaubt war, ihre Aktivitäten fortzusetzen, war der palästinensische Rote Halbmond. Er wurde zum Zentrum nationalistischer Aktivitäten, veranstaltete Vortragsreihen, organisierte freiwillige Arbeitseinsätze zur Verbesserung der Infrastruktur, vor allem in den Flüchtlingslagern, veranstaltete Folklorefestivals und eröffnete eine Bibliothek (die einzige in Gaza).

Die Besatzungsmacht behinderte aber auch diese Aktivitäten. Hilfsgelder aus dem Ausland werden seitens der israelischen Banken gesperrt. Seit 1979 darf der Halbmond keine öffentlichen Veranstaltungen mehr durchführen.

So entstand ein politisches Vakuum, in das die Moslemländer hineinstoßen konnten: „Es gab keine politische Organisationen oder Strömungen, die etwas taten. Wir sind keine säkulare (weltliche; d. Red.) Gesellschaft, jeder von uns hat einen religiösen Hintergrund. So waren ihre Ideen schnell angenommen. Die Ursache für die Erfolge der Moslemländer liegt in dem Verlust der Hoffnung auf mögliche Erfolge begründet und im Gefühl von anderen Nationen isoliert zu sein – niemand hilft uns. Die Leute hier sind deprimiert, haben aufgegeben und sich Gott zugewandt“, erklärt ein PLO-Anhänger den Erfolg der Moslemländer in Gaza (zit. nach: MERIP Reports, Washington, Oktober-Dezember 1985).

Die Moslemländer begannen, sich in der Phase 1973-79 zu organisieren – mit Geldern aus Jordanien und Saudi-Arabien, toleriert von der

Besatzungsmacht, die sich von den Fundamentalisten ein Gegengewicht zu PLO-Anhängern versprach. Das Programm der Moslemländer läßt sich so zusammenfassen: Islamischer Staat, Ablehnung der PLO mit ihrem säkularen und demokratischen Programm, Ablehnung jeder Initiative der Vereinten Nationen.

Die Moslemländer gründeten eine „Islamische Vereinigung“, die mit Erlaubnis der Besatzungsmacht Schulen, Moscheen und sogar eine islamische Universität bauen durften und sich durch kulturelle und soziale Aktivitäten einen gewissen Einfluß verschaffen konnten.

Angriffe richteten die Moslemländer vor allem auf nationalistische Kräfte. 1980 stürmten sie das Büro des Roten Halbmondes und verbrannten einen Großteil der Bücherbestände. Sie organisierten Überfälle auf Palästinenser, die des Kommunismus verdächtig waren (wobei schon jeder Kommunist war, der freitags nicht in die Moschee ging), überfielen nationalistische Studenten an der Islamischen Universität und schickten unter den Augen der Israelis Schlägertrupps an die Universität von Bir Zeit in der Westbank.

Die stille Kooperation mit der Besatzungsmacht kostete die Moslemländer allerdings den großen Teil ihres Einflusses.

Nicht zu verwechseln mit den Moslemländern sind die Jihad Islami, die heute im Gazastreifen im Kampf gegen die Besatzungsmacht eine bedeutende Rolle spielen. Die Jihad Islami sind straff organisierte Zellen, die sich meistens um einzelne Moscheen gebildet haben. Sie sind lokale, auf den Gazastreifen begrenzte Gruppen, ohne Beziehungen zu anderen fundamentalistischen Gruppen oder Organisationen mit gleichlautendem Namen außerhalb des Gazastreifens. Sie stehen hinter dem Programm der PLO und kämpfen für einen unabhängigen palästinensischen Staat. Sie gehören heute zu den wagemutigsten Kämpfern gegen die Besatzungsmacht, wobei sie ihren Mut aus dem Glauben an Gott und den Koran schöpfen.

Die Jihad Islami rekrutieren sich zum Teil aus ehemaligen Anhängern der Moslemländer, die sich aus Enttäuschung über deren antinationalistisches Programm von ihnen abgewandt haben. Sie unterhalten enge Beziehungen zu den lokalen Gruppen von Al-Fatah.

Es sei gewarnt davor, den Islam als religiöse Überzeugung und islamischen Fundamentalismus gleichzusetzen. Letzterer ist eine faschistoide Ideologie, mit der die Kompradonbourgeoisien marginalisierte Massen unter der Parole „islamischer Staat“ gegen fortschrittliche Veränderungen zu mobilisieren trachten.

Der Islam als Religion hat schon immer in den nichtsäkularen Gesellschaften des Nahen Ostens eine wichtige Rolle gespielt und ist keineswegs eine neue Erscheinung erst seit Khomeini. Dies, zumal der Islam im Gegensatz zum Christentum keine Trennung zwischen Politik und Glauben, zwischen religiöser Ethik und Alltagsverhalten kennt. So darf es nicht verwundern, wenn Moscheen genauso wie Schulen und Universitäten zu Zentren des Widerstandes werden und wenn der politische Kampf um Befreiung auch seine religiöse Begründung findet.

Inwieweit der Islam als Weltanschauung umschlägt in „islamischen Fundamentalismus“, hängt davon ab, inwieweit nationaldemokratische Kräfte in der Lage sind, dem Volksaufstand eine klare Perspektive zu geben.

Ivesa Lübben-Pistofidis



Palästina-Solidarität

Spenden für ein Soforthilfeprogramm zugunsten von Familien der Opfer und der streikenden Palästinenser, die als Tagelöhner in Israel arbeiten und vom Hunger bedroht sind, werden erbeten vom „Verein zur Förderung sozialer Projekte im Nahen Osten“.

Bitte überweisen an die Stadtkasse Köln (Kulturamt), Konto-Nr. 9302951 bei der Stadtparkasse Köln (BLZ 370 501 98).

Verwendungszweck: Hst. 9715 000 4100 1

jordanischen Persönlichkeiten in den besetzten Gebieten die Möglichkeit zu einem Waffenstillstand geben, bevor diese sich vollständig politisch isoliert haben. Freunde König Husseins vom Schläge eines Elias Freij oder Schawa (Bürgermeister von Gaza) begrüßten die Initiative Mubaraks. Und Hannah Senora, der Anfang Januar d.J. mit seinem Aufruf zum gewalt-

präsentanten des rechten Fatah-Flügels, die als PLO-Delegation in Jordanien weilten, verlangte er die Anerkennung der umstrittenen Resolutionen 242 und 338⁵ als Bedingung für ein gemeinsames Vorgehen bei der Friedenssuche, was von den PLO-Politikern abgelehnt wurde. Sie würden damit jeden Kredit in den eigenen Reihen verspielen. Entgegen allen Beschlüssen des Palästinensischen Nationalrates⁶ hielt sich genau dieselbe Delegation eine Woche zuvor in Ägypten auf, um vor Mubaraks Europa-Tournee mit dem ägyptischen Präsidenten über Auswege aus der Situation in den besetzten Gebieten zu beraten.

Jordanien, Ägypten und rechten Kreisen innerhalb der PLO-Führung ist eines gemeinsam: Sie befürchten bei Fortführung des Aufstands in den besetzten Gebieten, immer mehr an politischem Boden zu verlieren. In den besetzten Gebieten hat die palästinensische Linke (DFLP, PFLP und PCP) ungleich mehr Einfluß als auf der Führungsebene der PLO. Und es ist vor allem die Linke (neben Jihad Islami im Gazastreifen), die den Aufstand führt und ein politisches Programm entwickelt hat.

Mubaraks Initiative ist der Versuch der „Gemäßigten“, zu retten, was zu retten ist, bevor ihnen die „Spirale der Gewalt“ im besetzten Gebiet vollends außer Kontrolle gerät

losen zivilen Ungehorsam eine Alternative zur „Vereinigten Nationalen Führung“ aufbauen wollte, lobte Mubaraks Weisheit.

Allerdings scheint der Zug für diese Personen ein für allemal abgefahren zu sein: Sie sind innerhalb der Bevölkerung in der Westbank und dem Gazastreifen isoliert wie nie zuvor. Zur gleichen Zeit, da Mubarak seinen Vorschlag in den westlichen Hauptstädten erläuterte, befaßte sich auch der UN-Sicherheitsrat mit der Situation in den besetzten Gebieten und beriet einen neuen Resolutionsentwurf. Dieser sieht vor, die Palästinenser unter internationalen Schutz zu stellen, fordert Israel zur Anwendung der Genfer Konvention in den besetzten Gebieten auf und macht sich „für eine umfassende gerechte und dauerhafte Regelung des arabisch-israelischen Konflikts“ stark. Alle Mitglieder des Sicherheitsrates stimmten dem Vorschlag zu – allein die USA legten ihr Veto ein.

Der stellvertretende US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, Herbert Okun, rechtfertigte das amerikanische Abstimmungsverhalten so: „Es bestehe kein Anlaß, Themen zu behandeln, über die auf anderen diplomatischen Kanälen bereits diskutiert würde. Die USA würden seit Beginn des Aufstands mit betroffenen Parteien über eine Lösung auf der Basis von 242 und 338 beraten.“ Der palästinensische Delegierte bei den Vereinten Nationen fragte allerdings, wer denn in den Augen der USA die betroffenen Parteien seien. An die Palästinenser als nun unmittelbar Betroffene hätte sich niemand aus dem Weißen Haus gewandt.⁴

Tatsächlich machte Washington keine inhaltlichen Einwände gegen den Resolutionsentwurf geltend. Es geht der Reagan-Administration vor allem darum, die UNO als Vermittler aus dem Konflikt herauszuhalten, weil das ihre eigene Rolle als „Vermittler“ im Nahostkonflikt untergraben würde.

Die kuwaitische Qabas veröffentlichte Details über eine neue amerikanische Nahostinitiative, die eine Brücke zwischen dem ägyptischen Vorschlag und der starren Haltung Schamirs, der den Palästinensern höchstens kommunale Selbstverwaltung unter israelischer Besatzung zugestehen möchte, schlagen will. Eine Autonomieregelung soll, unter Vermittlung der USA, zwischen Israel und Jordanien unter Hinzuziehung „palästinensischer Persönlichkeiten“ für einen Interimszeitraum von 1-3 Jahren ausgehandelt werden. Eine fühlbare Verbesserung der Lebensbedingungen soll die Rolle der traditionellen Eliten stabilisieren helfen. Nach der Unterzeichnung eines solchen Interimsabkommens könnten Vorbereitungen zur Durchführung einer internationalen Konferenz als Prélude für bilaterale Verhandlungen beginnen.

König Hussein hat diesen Vorschlag zurückgewiesen. Er fordert klare Initiativen der USA und eine deutliche Position Washingtons gegen die Fortsetzung der Besatzung. Hussein meint, angesichts des Sturms des Aufstands mehr für sich herausholen zu können.

Allerdings hat auch er kein Interesse an einem unabhängigen palästinensischen Staat. Gegenüber einer Delegation von Re-

Anmerkungen:

- 1) Eine eingehende Darstellung der Aufstandswirkungen auf die innenpolitische Szenerie Israels (Großdemonstration von „Peace now!“ u.a.) soll in AIB 4/1988 folgen.
- 2) Zit. nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 2.2.1988
- 3) Al Hurrieh, Beirut, 17.1.1988
- 4) Vgl. Al-Qabas, Kuwait, 3.3.1988
- 5) Nahost-Resolutionen des UN-Sicherheitsrates aus den Jahren 1967 bzw. 1973, in welchen die Palästinafrage lediglich als „Flüchtlings“-problem, also nur indirekt, thematisiert worden war.
- 6) Siehe die Bilanz des Wiedervereinigungs-Nationalrats vom April 1987 in: AIB 6/Juni 1987, S. 5-12

&

hier ist sie:



päd.extra & demokratische erziehung

Heft 1/88 enthält: **Aufbruch der Pädagogen** von Ulrich Briefs. Thema: **Hafenstraße: Jugendliche kämpfen um einen Lebensraum**, alternatives Soziotop oder Schickimicki-Park. Ein politisches Lehrstück aus Hamburg. **Endzeit auf den Straßen, an den Wänden:** Wie Schüler die Hafenstraße erleben. Von Jens Mattheyka, Tjark Kunstreich und Nicolai Geißlinger. **Nah dran und doch weit entfernt:** Tagebuch einer Lehrerin aus der benachbarten Hauptschule. Von Christa Günther. **Dazwischen liegt nur die Elbe:** Wie das Mumpitz-Konzept der Azubis von Blohm und Voß mit der Hafenstraße zusammenhängt. Interview mit dem Jugendvertreter Andreas Eke. **Solidarisches Zusammenleben erkämpft:** Interview mit dem „Vater der Hafenstraße“, Udo Hergenröder. **Praxismarkt:** Olaf Bublay: Hafenstraße als politisches Rollenspiel. Unterricht in der Gewerbeschule Hamburg-Farven/Berne. Wilhelm Roer: **Das Ozonloch.** Gerhard Regenthal: **Der neue Mann? Die neue Frau?** Beiträge: **Handelnder Unterricht**, von Christel Manske. Wolfgang Popp zu Christa Wolfs **Störfall**. Außerdem: Kreidestriche, Grauer Markt, Kurzkritiken und Leserbriefe.

Das will ich erst mal sehen:
Senden Sie mir ein kostenloses Probeexemplar

Name/Vorname _____

Straße _____

(PLZ) Wohnort _____

&

mehr als eine gute Idee

Telefonische Bestellung:
Kristina Steenbock
02 21 / 3 60 02-0
In Berlin: Pit Göbel
0 30 / 6 86 00 22

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:
 päd.extra & demokratische erziehung,
 LeserInnen-Service, Postfach 51 08 68,
 5000 Köln 51.



Bericht von Heike Schiebeck

Komitees gegen den Landraub

Ein weitverzweigtes Netz palästinensischer Mediziner-, Frauen- und Landwirtschaftskomitees arbeitet in den Dörfern und Flüchtlingslagern des Westjordanlandes und des Gazastreifens daran, die unter der israelischen Besatzung weitgehend zerstörten Infrastrukturen neu aufzubauen. Der Reisebericht von Heike Schiebeck befaßt sich vor allem mit der Arbeit der Landwirtschaftskomitees.

Wir fahren auf der Straße von Jerusalem nach Jericho. Rechts und links ziehen sich steinübersäte Hügel, auf denen nur hier und da dürres, gelbes Gras wächst. Das Thermometer zeigt 40 Grad an; Schatten gibt es nirgendwo. In einigen Mulden sieht man Beduinen in ärmlichen Unterständen; ihre Ziegen- und Schafherden weiden in kleinen verstreuten Gruppen auf den Hügeln. Ein dreireihiger Stacheldrahtzaun verläuft entlang der Straße.

Als Delegation des Europäischen Komitees zur Verteidigung der Flüchtlinge und Immigranten (CEDRI) hatten wir am 12. Arbeitscamp in Nazareth, der größten arabischen Stadt in Israel, teilgenommen, wo dieses Jahr mehr als 7.000 Menschen, darunter 23 Delegationen aus 17 Ländern, ihre Solidarität mit den Palästinensern durch konkrete Aufbauarbeit zum Ausdruck brachten. Dort lernten wir auch Araber aus dem Westjordanland kennen und folgten ihrer Einladung zu einer Reise durch die 1967 von Israel besetzten Gebiete. Jordeh, der uns jetzt begleitet, ist einer von ihnen.

„Das Land hinter dem Zaun wurde von den Israelis beschlagnahmt und darf von uns nicht mehr betreten werden“, erklärt uns Jordeh. Er ist Agronom und Mitglied des Palästinensischen Landwirtschaftlichen Unterstützungskomitees. Seit der Besetzung des Westjordanlandes im Jahr 1967 haben die israelischen Behörden mehr als 52% des Landes konfisziert. Alles Gemeindeland, auf dem die Dorfbewohner früher gemeinsam ihre Schaf- und Ziegenherden hüteten, Wiesen und Waldgebiete

te oder sog. „brachliegendes“ Weideland wurde kurzerhand zu „Staatsland“ erklärt und enteignet.

Ebenso verfuhr man mit den Grundstücken, deren Besitzer 1967 vor der israelischen Besatzungsarmee geflüchtet waren oder für die keine Besitzurkunden vorlagen. Eine genaue Vermessung des Landes und Eintragung ins Kataster wurde unter dem britischen Mandat (1917-47) zwar begonnen, aber nie richtig zu Ende geführt. Viele Bauern, deren Familien hier seit Jahrhunderten gewirtschaftet hatten, waren plötzlich gezwungen, in den israelischen Fabriken nach Arbeit zu suchen.

Heute fahren mindestens 150.000 Menschen, d.h. mehr als die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung des Westjordanlandes und des Gazastreifens, jeden Morgen in Spezialbussen nach Israel, wo sie zwar arbeiten, aber nicht wohnen dürfen. Sie sind in Fabriken, Hotels, bei der Straßenreinigung und vor allem im Baugewerbe beschäftigt und bilden für die israelische Wirtschaft ein billiges, weitgehend rechtloses Arbeitskräftepotential.

Die ersten Jahre der israelischen Besatzung werden auch als „Honey Moon“ bezeichnet: Die Verdienstmöglichkeiten und die direkte Bezahlung in den israelischen Fabriken waren verlockend für die armen Bauern und die häufig unter den feudalistischen Strukturen leidenden Landarbeiter; die ohnehin schon bestehende Landflucht verstärkte sich. Als jedoch wenige Jahre später die Wirtschaftskrise einsetzte, die Inflation ins Grenzenlose anstieg und man von den Löhnen kaum noch das tägliche Brot kaufen konnte, war der Weg zurück versperrt: Das unbewirtschaftete Land war inzwischen von den Israelis beschlagnahmt worden.

Im Gegensatz zu der Zeit vor 1967 produziert das Westjordanland heute nur noch 15% seines Bedarfs an Ziegenfleisch und 20% seines Verbrauchs an Hühnereiern. 80% der Früchte und 40% des Gemüses müssen aus Israel importiert werden. Mit einer gezielten Politik drängt Israel die Landwirtschaft in den besetzten Gebieten zurück, unterbin-

det jedes eigenständige wirtschaftliche Wachstum und versucht durch alle nur erdenklichen Schikanen, die Bevölkerung zum Auswandern zu bewegen.

Während es den palästinensischen Bauern weitgehend verboten ist, ihre Erzeugnisse nach Israel zu exportieren, werden die besetzten Gebiete mit staatlich gestützten israelischen Produkten überschwemmt. (Sie sind für Israel das zweitwichtigste „Exportland“ nach den USA; Europa folgt erst an dritter Stelle.) Von Arabern aus dem Gazastreifen gefangener Fisch darf zum Beispiel nicht in Israel verkauft werden. Gleichzeitig wird nicht nur israelischer, sondern auch billiger Importfisch nach Gaza eingeführt.

Ein Gewerkschafter erzählt uns, wie die israelischen Behörden die arabischen Bauern im Gazastreifen dazu überredet haben, ihre Produktion auf Erdbeeren umzustellen. Der versprochene Betrag von 3.000 \$ pro Dunum (10 Dunum = 1 ha) wurde in den ersten Jahren auch gezahlt. Nach drei Jahren rodeten auch die anfänglich skeptischen Bauern ihre Zitronen- und Orangenbäume und pflanzten Erdbeeren an. Kurze Zeit darauf fanden die Erdbeeren keinen Absatz mehr. Der Militärgouverneur erließ ein Dekret, das das Anpflanzen neuer Obstbäume verbietet. Die Reihe der Beispiele ließe sich endlos fortsetzen.

Wir kommen ins Jordantal. Die Landschaft wirkt anfangs noch genauso unwirtlich. In der Nähe von Jericho fahren wir an einer riesigen Steinwüste vorbei, die noch die Grundmauern von Häusern erkennen läßt. Es ist ein zerstörtes Flüchtlingslager; seine Bewohner sind 1967 vor der israelischen Armee nach Jordanien geflüchtet. Vorher lebten hier 100.000 Menschen, jetzt sind es nur noch 4.000-5.000.

„Das Land ist zum Teil sehr fruchtbar, aber es muß bewässert werden, sonst wächst hier nichts“, sagt Jordeh. „Große Teile des Landes, die früher bearbeitet wurden, sind heute Wüste, weil die Wassermengen für arabische Bauern beschränkt sind; das meiste Wasser wird zu den israelischen Siedlungen gepumpt.“ In der Ferne sehen wir die strotzenden, saftiggrünen Bananenplantagen der Israelis, während daneben die Palästinenser gezwungen sind, einen Teil ihrer mehrjährigen Pflanzungen aus Wassermangel verdorren zu lassen.

Auf der Fahrt zu einer Quelle kommen wir an israelischen Pumpstationen vorbei. Sie pumpen das Grundwasser 500-2.000 m hoch an die Oberfläche und bringen so die nur 100-200 m tiefen arabischen Brunnen und die Quellen, die noch in der Hand der Palästinenser sind, zum versiegen. Im Gegensatz zu den Israelis, die ständig neue Bohrungen machen, bekommen Araber praktisch nie eine Bewilligung dafür. Man kann sich leicht ausmalen, welche langfristigen ökologischen Folgen dieser Raubbau haben wird.

Um den zahlreichen Problemen entgegenzutreten, hat sich 1983 eine Gruppe von vorwiegend in Jordanien ausgebildeten Landwirtschaftsingenieuren zum Palästinensischen Landwirtschaftlichen Unterstützungskomitee (PARC) zusammengeschlossen. In den besetzten Gebieten gibt es insgesamt 180 arabische Agronomen, von denen 50 keine Arbeit finden. Im PARC arbeiten mittlerweile bereits 60 Landwirtschaftsingenieure mit. Sie üben in ihrer Freizeit – nur fünf sind fest angestellt – eine Beratertätigkeit aus und betreuen verschiedene Projekte.

Eines dieser Projekte, eine Baumschule, besuchen wir im Jordantal. Hier werden u.a. 50.000 Olivenbaumsetzlinge und eine Vielfalt von Obstsorten, wie z.B. Mandel- und Feigenbäume gezogen, die später den Bauern zum Selbstkostenpreis für die Bepflanzung von brachliegendem Land zur Verfügung gestellt werden. Viel Wert wird auf Diversifikation gelegt, die es den Bauern ermöglichen soll, ihre Produkte leichter zu verkaufen und mehr Unabhängigkeit zu erlangen.

Experimente gibt es auch mit Pflanzen, die unter wüstenähnlichen Bedingungen wachsen können und Ziegen als Nahrung dienen. Jordeh berichtet von ersten Erfolgen im Gemüsebau: „Wir haben genau untersucht, in welcher Saison Israel bestimmte Gemüsesorten importieren muß und bemühen uns nun, sie in dieser Zeit selbst zu produzieren. Mit Tomaten, für die wir in der Haupterntezeit nur sehr schlecht bezahlt werden, ist uns im vergangenen Jahr ein Durchbruch gelungen. Wir haben sie unter einem selbsterfundnen 'Stofftunnel' (Ashash) ohne Verwendung von Chemikalien gepflanzt und konnten dadurch im August und im November ernten. Der Ertrag pro Dunum lag bei 3.000-4.000 \$.“

Hauptziel des PARC ist es, die Bauern dazu zu bewegen, möglichst viel Land zu bearbeiten und damit weitere Beschlagnahmungen zu verhindern. Zu diesem Zweck besuchen die Landwirtschaftsingenieure die Leute in den Dörfern, diskutieren mit ihnen über auftretende Probleme und erarbeiten Lösungsmöglichkeiten. In einem nächsten Schritt werden lokale Komitees gebildet, in denen die Bauern Projekte eigenständig verwirklichen. Die Agronomen verstehen sich nur als Berater und auch finanzielle Mittel müssen von den Dorfbewohnern selbst aufgebracht werden, damit sie die Projekte als ihre eigenen betrachten und sie bei den ersten Schwierigkeiten nicht gleich fallenlassen.

In den besetzten Gebieten ist PARC die einzige Organisation, die auf diese Weise in der Landwirtschaft tätig ist. „Wir wollen den Leuten helfen, sich selbst zu helfen“, erklärt Jordeh. „Wir arbeiten vor allem mit den ganz armen Bauern, die 10, 15 oder höchstens 50 Dunums

besitzen; wir helfen Arbeitslosen, Kooperativen zu bilden, damit sie in ihren Dörfern bleiben können.

In Bir-Zeit hat ein aus sieben Familien bestehendes lokales Komitee unter Anleitung des PARC eine 2,5 km lange Zufahrt zu einem schwer zugänglichen hügeligen Gebiet gebaut, die es den Bauern nun erlaubt, ihre Oliven- und Weinpflanzungen mit Maschinen zu bearbeiten und verlassenes Land neu zu erschließen. Bei unserem Besuch ist gerade ein Bauer damit beschäftigt, die zerfallenen Trockensteinmauern der Terrassen wieder aufzubauen.

Streitigkeiten über den Verlauf der Straße und ähnliche Probleme mußten die Bauern zuerst untereinander regeln, bevor ein Vertreter des PARC bei der Durchführung des Projekts half. Durch diese Vorgehensweise sollen auch die in den Dörfern noch stark verwurzelten feudalistischen Strukturen durchbrochen und mit der Zeit durch demokratische ersetzt werden.

Besonderes Gewicht wird auf die Ausbildung weiblicher Agronomen gelegt, die den Frauen beim Wiederaufbau einer bäuerlichen Selbstversorgung helfen. Randa zum Beispiel hat sich auf Kleintierzucht spezialisiert, einen traditionellen Sektor, der fast verschwunden ist.

Im Rahmen eines Kaninchen-Projekts werden immer zwei bis drei Muttertiere gegen wenig Geld an Familien abgegeben, um die Zucht zu fördern, damit auf lange Sicht die Fleischversorgung verbessert werden kann. Eine „Schafsbank“ wurde eingerichtet, durch die eine der Regionen besonders gut angepaßte Schafsrassen verbreitet wird. Die vergebene Tiere müssen erst nach einem Jahr in Form von Jungtieren zurückerstattet werden.

Uns hat die konkrete, fast ausschließlich in der Freizeit geleistete Arbeit und das ernsthafte Engagement der Landwirtschaftsingenieure im PARC zutiefst beeindruckt. Unter den schwierigen Bedingungen der Besatzung leisten sie eine Aufbauarbeit und entwickeln Infrastrukturen, die für einen zukünftigen, eigenständigen palästinensischen Staat unerlässlich sind.

„Für uns sind Kontakte zu Leuten in Europa, die an unserer Entwicklungsarbeit interessiert sind, sehr wichtig“, betont Jordeh am Schluß unserer Reise. „Wir arbeiten unter ungewöhnlichen Voraussetzungen. Wir sind zwar nicht politisch, sondern nur in der Landwirtschaft tätig, aber für die Israelis ist alles Politik. So wurden zum Beispiel letztes Jahr Ärzte, die in ähnlichen Komitees in der Gesundheitsversorgung arbeiten, im Gazastreifen verhaftet und erst auf internationalen Druck hin wieder freigelassen. Deshalb ist Solidarität für uns sehr wichtig.“

Das Palästinensische Landwirtschaftliche Unterstützungskomitee sucht: Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Agronomen, Erfahrungsaustausch über ähnlich funktionierende Entwicklungsprojekte, Möglichkeiten, interessierte Kreise in Europa über seine Arbeit zu informieren.

Weitere Informationen bei: Heike Schiebeck, CEDRI, Hof Stopar, Lobnik 16, A-9135 Eisenkappel, Tel.: 04238/558

M E R I P
MIDDLE EAST REPORT

Human Rights in the Middle East

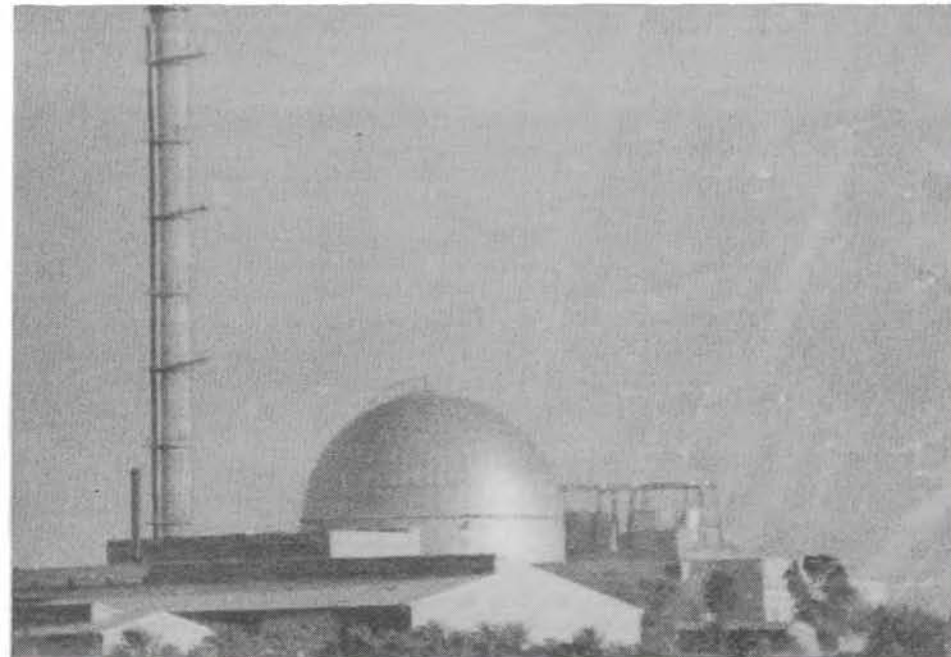
The Middle East and Human Rights
James Paul and Joe Stork

Human Rights in the Arab World
Naseer Aruri

Yes! I want to subscribe to MERIP Middle East Report. Enclosed is \$15.95. Send me my free copy of this issue. (Add \$4 outside of U.S.)
 I would like a copy of this issue. Enclosed is \$4.25.

Name _____
Address _____
City _____ State _____ Zip _____

Send your check or money order in US dollars to: MERIP Middle East Report, (H), Room 518, 475 Riverside Drive, New York, NY 10115



Atomfabrik Dimona (l.) in der Wüste Negev; entführter Atomtechniker Vanunu (r.), dem wegen seiner Enthüllungen der Prozeß in Israel gemacht wird und die Todesstrafe droht.

Ivesa Lübben-Pistofidis

Israels Atombomben „im Keller“

Morchedai Vanunu, vormals Atomtechniker in Dimona, wird der Prozeß gemacht, weil er Einzelheiten über Israels Atomwaffenfähigkeit lüftete.

Inzwischen wurde der „Friedensspion“ als Kandidat für den Friedensnobelpreis 1988 nominiert. Und ihm wurde der alternative Nobelpreis des grünen Europa-Abgeordneten Jakob von Uexkuell verliehen. Nach einem Antrag der Bundestagsfraktion der GRÜNEN soll sich der Bundestag dafür einsetzen, daß das Verfahren gegen Vanunu öffentlich gemacht und seine Isolationshaft beendet wird.

Im Dezember 1987 wurde nach dreimonatiger Vertagung vor dem Kreisgericht in Jerusalem unter strengster Geheimhaltung der Prozeß gegen den israelischen Atomwissenschaftler Mordechai Vanunu wiederaufgenommen. Der wegen Spionage Angeklagte hatte neun Jahre lang in einer geheimgehaltenen Wiederaufbereitungsanlage für Plutonium in der Negev-Wüste gearbeitet.

Nachdem man ihn wegen persönlicher Kontakte zu palästinensischen Studenten in der von Israel besetzten Westbank entlassen hatte, setzte er sich zunächst nach Australien, später Großbritannien ab. Er enthüllte gegenüber britischen Journalisten bisher unbekannt Einzelheiten des israelischen Nuklearprogramms. Zwei Tage bevor am 5. Oktober 1986 die Enthüllungen Vanunus in der „Sunday Times“ unter dem Titel „The Secrets of Israel's Nuclear Arsenal“ erschienen, wurde Vanunu von einem Kommando des israelischen Geheimdienstes aus seinem Londoner Hotel entführt.

Die Enthüllungen Vanunus bestätigten lang gehegte Vermutungen, daß Israel im Besitz eigener Atomwaffen sei.

Schon 1960 entdeckten amerikanische Aufklärungsflugzeuge, daß in der israelischen Negev-Wüste ein Nuklearreaktor gebaut wurde. Mehrere amerikanische Zeitungen äußerten damals unter Berufung auf CIA-Quellen die Befürchtung, daß der zionistische Staat innerhalb von fünf Jahren in der Lage sein werde, eigene Atomwaffen zu produzieren. 1973 entdeckte ein anderes amerikanisches Aufklärungsflugzeug, die Blackbird, Einrichtungen zum Bau von Atomraketen. Zwei israelische Phantomjäger erhielten den Befehl, die Blackbird abzuschießen. Dieser gelang es jedoch zu entkommen.

Israel ist weder dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten, noch läßt es Inspektionen seiner Atomanlagen durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) zu. Die Produktion von Atomwaffen ist das am strengsten gehütete Staatsgeheimnis. Während des 6-Tage-Krieges 1967 schoß die israelische Luftwaffe ein eigenes Mirage-Kampfflugzeug ab, das dem Reaktor in Dimona aus Versehen zu nahe gekommen war. 1973 näherte sich eine libysche Passagiermaschine, die vom Kurs abgekommen war, den Installationen in der Negev-Wüste. Auch sie wurde abgeschossen. Von den Insassen überlebte niemand.

Im Dezember 1977 meldete die amerikanische Zeitschrift „Rolling Stones“, daß Israel im Besitz von mindestens 15 Atombomben sei. Am 22. September 1979 machte der amerikanische Aufklärungssatellit VELA einen Atomtest im Südpazifik aus. CIA und DIA (militärischer Geheimdienst) vermuteten ein israelisch-südafrikanisches Gemeinschaftsunternehmen. In der britischen Fernsehsendung „World in Action“ wurde kurz darauf präzisiert, daß das Projektil tatsächlich von beiden Ländern gemeinsam entwickelt worden und aus einer in Südafrika montierten, aus belgischen und amerikanischen Komponenten zusammengesetzten Haubitze abgefeuert worden sei.

Das ganz Neue an den Enthüllungen Vanunus ist also nicht die Tatsache an sich, daß Israel Atomwaffen besitzt, sondern wie weit Israel in der quantitativen und qualitativen Entwicklung von Atomtechnologie bereits fortgeschritten ist:

- War man bislang davon ausgegangen, daß das israelische Waffenarsenal zwischen 20 und 25 Atomsprenköpfe umfaßt, so konnte Vanunu glaubhaft machen, daß der zionistische Staat zwischen 100 und 200 Atomsprenköpfe besitzt.
- Das israelische Kernwaffenarsenal ist sehr viel weiter gefächert, als bisher angenommen. Es umfaßt Atomsprenköpfe, die auf dem Prinzip der Kernspaltung beruhen (sowohl Uran- wie auch Plutoniumwaffen) wie auch thermonukleare Fusionswaffen nach dem Prinzip der Wasserstoffbombe. Solche Fusionswaffen haben eine 5-10mal so große Sprengkraft wie die herkömmlichen Atomwaffen nach dem Prinzip der Kernspaltung.
- Der israelische Reaktor in Dimona in der Negev-Wüste ist sehr viel größer, als bislang angenommen. Amerikanische

Spezialisten, die den Reaktor zwischen 1963 und 1969 inspierten, waren von einem 26-MGW-Reaktor ausgegangen, der pro Jahr 7-8 kg Plutonium produzieren könne. Nach den Aussagen Vanunus fallen jedoch in Dimona 40 kg Plutonium an. Das ist genug spaltbares Material, um pro Jahr fünf Plutonium-Bomben herzustellen. Nach 1969 muß also eine Reaktorerweiterung stattgefunden haben, wobei über den Zeitpunkt bislang Unklarheit besteht.

- Die israelische Technologie bei der Herstellung von Atombomben ist sehr viel weiter entwickelt, als bislang angenommen. Die Israelis dürften in der Lage sein, Bomben mit erheblich kleineren Mengen Plutonium als der allgemeinen Standardmenge von 8 kg zu produzieren. Diese kleinen Sprengköpfe können auch auf Raketen montiert werden. Früher hatte man vermutet, daß die Israelis nur Bomben haben, die von Flugzeugen abgeworfen werden.

- Die wichtigste Schlußfolgerung aus den Aussagen Vanunus ist jedoch, daß Israel in der Lage ist, das Plutonium wieder aufzubereiten, das in Dimona anfällt. Damit verfügt das zionistische Establishment über eine geschlossene Produktionskette nicht nur für die Produktion von waffentauglichem, angereichertem Uran, sondern auch von Plutonium. Über ein eigenes Verfahren zur Anreicherung von Uran 235 verfügt Israel bekanntermaßen seit 1970. Die Produktion von waffentauglichem Uran soll 1974 angelaufen sein.

Die Wiederaufbereitungsanlage in Dimona ist in einem Gebäudekomplex mit dem Namen MACHON II untergebracht, in dem auch Vanunu beschäftigt war. Nach seinen Schilderungen befinden sich in dem ersten Stockwerk unter der Erde die Kontrollräume, im 2., 3. und 4. Stockwerk die Wiederaufbereitungsanlage selber, im 5. Stockwerk werden Plutoniumwaffen montiert und im 6. Stockwerk radioaktive Abfälle gelagert. Die beiden oberirdischen Stockwerke enthalten einen Empfangsbereich für verbrauchte Brennelemente aus dem benachbarten Reaktor, eine Luftfilteranlage, Büros und Umkleieräume für die Mitarbeiter.

Die unterirdische Wiederaufbereitungsanlage in MACHON II

wurde in den 50er Jahren mit französischer Technologie und technischer Hilfe errichtet. Zwar behauptete de Gaulle in seinen Memoiren, daß der französische Beistand für die Errichtung der israelischen Wiederaufbereitungsanlage 1960 ausgesetzt wurde, jedoch räumten Beamte der französischen Atomenergiekommission ein, daß die französischen Kontraktfirmen unter Wissen der Regierung de Gaulle die Bauarbeiten in Dimona fortsetzten. Die Aussagen Vanunus wurden vom ehemaligen französischen Hochkommissar für Atomenergie, Professor Francois Perrin (1951-1970), gegenüber der „Sunday Times“ bestätigt. „Wir wußten zwar, daß das Plutonium zum Bau der Bombe verwandt werden kann“, räumte Perrin ein, „aber wir gingen davon aus, daß es genauso gut für friedliche Zwecke nutzbar ist.“

Schon der erste israelische Ministerpräsident Ben Gurion optierte für den Aufbau einer israelischen Atomstreitmacht, um die neuen „vollendeten Tatsachen“, die Staatsgründung (1948), unumkehrbar zu machen. Noch im Gründungsjahr Israels wurde die Negev-Wüste systematisch nach Uranvorkommen exploriert. Tatsächlich fand man uranhaltige Phosphorzerze. Jüdische Atomwissenschaftler aus den führenden Atomnationen USA, Großbritannien und Frankreich wurden für die Auswanderung nach Israel angeworben. Junge israelische Nuklearphysiker wurden auf Kosten des Verteidigungsministeriums zu Studien- und Forschungszwecken ins Ausland entsandt.

Neu an Vanunus Enthüllungen ist, wie weit Israel in der Entwicklung von Atomtechnologie bereits fortgeschritten ist

Das Weizmann-Institut errichtete in Tel-Aviv eine Abteilung für Isotopenforschung und 1952 wurde die israelische Atomenergiekommission unter Prof. Ernst Bergmann, einem der eifrigsten Befürworter einer „jüdischen Atombombe“, gegründet. Die Tatsache, daß selbst die Gründung der Atomenergiekommission zwei Jahre vor der israelischen Öffentlichkeit geheimgehalten wurde, ist ein Indiz dafür, daß das israelische Atomprogramm kaum zivilen Zwecken dient.

Aber trotz des hohen Niveaus der israelischen Wissenschaft wäre der Bau von Atomwaffen und die Errichtung einer eigenen Atomindustrie für einen so kleinen Staat mit einer beschränkten industriellen Basis und ohne eigene Produktionsmittelindustrie ohne die Hilfe ausländischer Freunde kaum möglich gewesen.

Zum Bau von Atomwaffen benötigt man entweder auf 90% angereichertes Uran 235 oder Plutonium. Weder angereichertes Uran noch Plutonium kommen in für Waffen verwendbarer Form in der Natur vor. Dies setzt eine relativ komplizierte Produktionskette voraus. Aus Uranerzen mit einem Urangehalt von weniger als 1% wird in einer Uranmühle Uranoxyd-Konzentrat, der sog. „Yellowcake“, produziert. Dieser wird in einer Konversionsanlage zu Uranhexafluoridgas weiterverarbeitet, welches wiederum Rohmaterial für das technisch äußerst komplizierte Anreicherungsverfahren ist. Plutonium fällt als Abfallstoff in verbrauchten Reaktorabfällen an. Das Plutonium muß jedoch in einer Wiederaufbereitungsanlage von anderen Reaktorrückständen getrennt werden.

Die israelischen Behörden setzten von vornherein auf alle nuklearen Optionen gleichzeitig und begannen, sowohl eine Produktionskette für angereichertes Uran wie eine zweite zur Gewinnung von Plutonium zu errichten. Ausländische Freunde stellten in der Anfangsphase spaltbares Material zur Verfügung, halfen bei der Errichtung von heimlichen Waffenfabriken und von Trägersystemen. Wo noch Lücken offen waren,



half der israelische Geheimdienst MOSSAD nach.

1955 wurde ein amerikanisch-israelisches Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Nuklearforschung abgeschlossen. Im selben Jahr begann die Eisenhower-Administration den Bau des kleinen 5-MW-Forschungsreaktors NAHAL SOREQ südlich von Tel-Aviv im Rahmen ihres Programms „Atoms for Peace“. Die USA übernahmen 350.000 \$ der Baukosten und stellten der israelischen Seite 6.500 Forschungstitel aus dem Bereich der Nuklearphysik zur Verfügung. NAHAL SOREQ war unmittelbar in Forschungsvorhaben des Weizmann-Instituts einbezogen, das seinerseits ebenfalls finanzielle Hilfe seitens der US-Air Force und Navy für nukleare Forschungsvorhaben erhielt. An dem Reaktor sollten die zukünftigen Architekten der israelischen Atombomben ausgebildet werden.

Die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der BRD und Israel begann Ende der 50er Jahre. Westdeutsche Atomwissenschaftler nahmen Kontakte zu israelischen Amtskollegen auf. Die Bundesregierung schenkte dem Weizmann-Institut einen 6-MV-Tandem-van-de-Graaf-Beschleuniger für 6 Mio DM. Dadurch geriet das Institut in die Lage, eine Abteilung für experimentelle Nuklearphysik in Rehovot zu schaffen. 1963 wurde die MINERVA-Gesellschaft, eine Niederlassung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Israel, gegründet.

Israels bedeutendster nuklearer Bündnispartner war jedoch zunächst Frankreich. 1953 schlossen Israel und Frankreich ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Nuklearforschung, das den technischen Austausch begründete.

Nachdem sich Israel 1956 auf Druck der UNO, der Sowjetunion und der USA aus dem während der britisch-französisch-israelischen Dreieraggression von 1956 eroberten Gazastreifen und aus der Sinai-Halbinsel wieder zurückziehen mußte, forcierte Ben Gurion den Bau der Atombombe. Mittels der nuklearen Überlegenheit wollte er seinen arabischen Nachbarn in Zukunft den durch die israelischen Eroberungen geschaffenen Status quo aufzwingen können. Eigene Atomwaffen versprachen zudem einen größeren Handlungsspielraum gegenüber den Großmächten.

Nach zähen Verhandlungen, die der heutige Außenminister Shimon Peres, damals Direktor im israelischen Verteidigungsministerium, in Paris führte, erklärten sich die Franzosen in einem 1957 geschlossenen Geheimabkommen bereit, für 75 Mio \$ einen 24-MW-Reaktor in Dimona zu bauen, der pro Jahr 6-8 kg Plutonium erzeugen kann. Offiziell wurde die Baustelle in der Negev-Wüste als Textilfabrik ausgegeben.

Man war allerdings bis heute davon ausgegangen, daß die Israelis das in Dimona anfallende Plutonium nicht zur Verwendung für Atomwaffen aufbereiten konnten. Erst durch die Enthüllungen Vanunus wurde bekannt, daß die Franzosen die dazu notwendige Wiederaufbereitungsanlage gleich mitlieferten.

Im Februar 1960 startete Frankreich eine Testserie von Atombomben über der algerischen Sahara, an der auch israelische Wissenschaftler als Beobachter teilnahmen. Auch 1964 wurden israelische Militärs und Wissenschaftler zu französischen Atombombenversuchen eingeladen. Dabei soll nach Angaben von „Aviation Week and Space Technology“ vom 17.1.1966 auch eine gemeinsam von Franzosen und Israelis entwickelte Boden-Boden-Rakete getestet worden sein, die als Trägersystem für nukleare Sprengköpfe verwandt werden kann. Unter Beteiligung der französischen Firma Dessault wurde diese Testrakete in den Jahren 1965-67 in Israel weiterentwickelt und ging schließlich unter der Bezeichnung Jericho I in Serienproduktion.

Außerdem kooperierte Israel mit Frankreich bei der Entwicklung des Kampfflugzeuges Mirage, das auch für den Abwurf von Atombomben geeignet ist. Ab 1961 lieferte Frankreich der Regierung in Tel-Aviv 72 Mirage-III-C zusätzlich zu ver-



Kontrollraum in Dimona, dem Herzstück des israelischen Atomprogramms.

schiedenen Versionen des Düsenflugzeuges Mystere.

Die französisch-israelische Zusammenarbeit endete nach dem Junikrieg 1967. Die Franzosen versuchten, ihren während des Algerienkrieges im arabischen Lager verlorenen Einfluß wieder zurückzugewinnen und befürchteten, daß eine zu enge Kollaboration mit Israel ein arabisches Ölembargo nach sich ziehen könnte.

Der Reaktor in Dimona nahm 1964 die Arbeit auf, und die Wiederaufbereitungsanlage in MACHON II konnte 1966 in Betrieb gestellt werden. Damit war allerdings der Bedarf an spaltbarem Material für das ehrgeizige israelische Nuklearprogramm noch lange nicht gedeckt. Aber auch hier halfen Freunde. In den 50er Jahren lieferten die USA angereichertes Uran. In den 60er Jahren erhielt Israel eine unbekannte Menge Uran aus Argentinien. Frankreich lieferte Plutonium.

1965 registrierten Beamte der amerikanischen Atomenergiekommission (AEC), daß in einer Firma in Apollo im Bundesstaat Pennsylvania 194 Pfund angereichertes Uran abhanden gekommen waren. Das war nicht das erste und das letzte Mal, daß bei NUMEC (Nuclear Materials and Equipment Corporations) spaltbares Material verschwand. Insgesamt registrierte die AEC in den 60er Jahren 400 kg fehlendes, angereichertes Uran — genug für den Bau von 20 Atombomben.

Die Firma NUMEC wurde 1957 von Zalman Shapiro, einem bekannten Zionisten mit besten Drähten zu Tel-Aviv und zur israelischen Botschaft in Washington gegründet. Shapiro hatte sich bereits dadurch hervorgetan, daß er regelmäßig durch die USA reiste, um jüdische Wissenschaftler für Tätigkeiten in Dimona anzuwerben. Im Auftrag der AEC reicherte NUMEC Uran für die Verwendung als Brennstoffmaterial in amerikanischen Atomreaktoren an und bereitete verbrauchte Brennstäbe wieder auf.

1965 gründete NUMEC eine Tochtergesellschaft in Israel, deren Kapital sich zu 50% in Händen der NUMEC, zu 50% in Händen der israelischen Regierung befand. Der angebliche Zweck dieser NUMEC-Tochter mit dem Namen ISORAD (Isotopes and Radiation Enterprises) war die Verlängerung der Haltbarkeitsdauer von Zitrusfrüchten mittels radioaktiver Bestrahlung.

NUMEC entwickelte einen großen und mehrere kleine Bestrahlungsanlagen für ISORAD und exportierte diese nach Israel. Bei späteren Untersuchungen sagte einer der NUMEC-Mitarbeiter aus, daß es theoretisch möglich sei, in diesen Behältern unentdeckt radioaktives Material wie U 235 zu transportieren und so das Atom Energy Act, das den Export von spaltbarem Material strengen Exportregeln unterwirft, zu umgehen.

NUMEC mußte schließlich an die AEC 1,1 Mio \$ Strafe zahlen, und Shapiro verkaufte die Anlage. Ein Untersuchungsbericht über den in der Geschichte der Nuklearindustrie größten Diebstahl von angereichertem Uran blieb aus. Der damalige Präsident Johnson ordnete eine Informationssperre und die Einstellung des Falls NUMEC an, da der CIA befürchtete, daß bei einer solchen Untersuchung die Rolle, die der CIA in den 50er Jahren bei der Beschaffung von Uran für die Israelis

gespielt hatte, aufgedeckt werden könne.

Nachdem die Quelle in Apollo versiegt war, begann der MOSSAD Kommandos auszubilden, um Uran zu stehlen – zum Teil mit Wissen der betroffenen Regierungen, die aus Furcht vor den politischen Konsequenzen die offene Zusammenarbeit mit Israel auf nuklearem Gebiet scheuten. Erste Coups erfolgten mit Diebstählen in Frankreich und England. Im November 1968 wurde dann der bundesdeutsche Frachter Scheersberg mit 200 t des begehrten Materials an Bord auf dem Weg von Antwerpen nach Italien von israelischen Kommandos im Mittelmeer entführt. Einige Wochen später tauchte das Schiff unter neuem Namen, mit neuer Registrierung und neuer Crew wieder auf. 1969 wurde aus Frankreich Uran gegen Expertise und Bargeld „gestohlen“.

1972 erzielten die israelischen Wissenschaftler Isaiah Nebenzahl und Menachim Levin einen Durchbruch bei der Entwicklung eines Anreicherungsverfahrens auf der Basis von Laserstrahlen. Damit kam Israel in die Lage, Plutonium zu gewinnen und Uran bis zur „Bombenfähigkeit“ anzureichern.

In den 70er Jahren entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit zwischen Israel und dem Apartheidregime Südafrikas. Beide Staaten leben mit ihren Nachbarstaaten im Kriegszustand, drohen mit dem atomaren Knüppel und sind weder dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten noch lassen sie Inspektionen ihrer Atomanlagen durch die Internationale Atomenergiebehörde zu.

1968 trafen sich die Verteidigungsminister beider Länder. Bei diesem und anderen Gesprächen stand die Entwicklung der nuklearen Zusammenarbeit im Vordergrund. Pretoria ist an israelischer Expertise bei der Entwicklung eines eigenen Anreicherungsverfahrens interessiert. Dafür bietet es Uran, Geld, billige Arbeitskräfte und v.a. Testmöglichkeiten für die israelischen Atomsprengeköpfe.

Beim Besuch des Premierministers Vorster 1976 in Israel wurde ein intensiver Wissenschaftleraustausch beschlossen. Das Weizmann-Institut errichtete eine Abteilung für Naturwissenschaften in Südafrika und widmete sich der Organisation einer Nuklearkonferenz im Apartheidstaat. Israelische Nuklearwissenschaftler arbeiten an der Universität von Witwatersrand und am südafrikanischen Atomforschungszentrum in Pelindaba. Beide Länder unterstützen sich auch gegenseitig beim Unterlaufen des UN-Waffenembargos und arbeiten gemeinsam mit Taiwan an der Entwicklung von Trägersystemen für Atomsprengeköpfe.

Der israelisch-südafrikanische Atomsprenkopf, dessen Explosion 1979 von dem amerikanischen Aufklärungssatelliten VELA gesichtet wurde, war auf 155-mm-Projektilen der amerikanisch-kanadischen Firma Space-Research-Corporation von Haubitzen derselben Firma abgeschossen worden. Diese Projektilen wurden in einer Fabrikanlage auf US-amerikanischem Boden produziert, auf Barbados endmontiert und dann an den größten israelischen Rüstungskonzern IMI (Israeli Military Industries) geliefert. In Israel wurden die Projektilen mit elektronischen Steuerungssystemen versehen und dann heimlich nach Südafrika reexportiert.

Die Space-Research-Corporation zeigte sich bei IMI für die Hilfe bei der Umgehung des Waffenembargos gegen Südafrika erkenntlich. IMI erhielt die Lizenz für die 155-mm-Projektilen, die auch als Trägersysteme für taktische Atomwaffen dienen können. Nach verschiedenen Berichten sollen Israel und Südafrika dabei sein, Neutronenbomben zu entwickeln. Gemeinsam mit Taiwan haben beide Staaten Cruise Missiles mit einer Reichweite von 1.500 Meilen entwickelt, die auch von Schiffen oder Flugzeugen abgefeuert werden können.

Dokumenten zufolge, die nach dem Sturz des Schah-Regimes in der amerikanischen Botschaft in Teheran gefunden wurden, planten Israel und der Iran in den 70er Jahren, in Verfeinerung der israelischen Jericho-I-Rakete, die Entwicklung einer

nuklearen Trägerrakete. Nach dem Sturz des Schah-Regimes führten die Israelis das Projekt alleine weiter. Aerospace Daily berichtete im Mai 1985, daß Jericho-II-Raketen mit einer Reichweite von 700 km und nuklearen Sprengköpfen in der Negev-Wüste und auf dem von Israel besetzten Golan stationiert seien.

Israel ist heute im Besitz von herkömmlichen Atombomben auf der Basis von angereichertem Uran, von Plutoniumbomben, von thermonuklearen Fusionswaffen und möglicherweise sogar von Neutronenbomben. Es hat zudem ein reiches Arsenal an Trägersystemen: amerikanische Kampfflugzeuge F-15 und F-16, das in Israel entwickelte Kfir-C2-Düsenflugzeug, drei verschiedene Boden-Boden-Raketen, die Jericho I und II sowie amerikanische Lance-Raketen. Und es ist dabei, Cruise Missiles und ein „nukleares Gewehr“ zu entwickeln. Aufgrund dieses umfangreichen nuklearen Waffenarsenals ist Israel inzwischen nach den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates (USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien und Volksrepublik China) zur 6. Atommacht avanciert, obgleich die nukleare Option bislang nicht Bestandteil der offiziellen Militärdoktrin ist.

Aber durch die Formel des Ex-Verteidigungsministers Dayan „Die Bombe im Keller“ will das zionistische Establishment den arabischen Nachbarländern ihre Formel für die Lösung des Nahostkonflikts aufzwingen. „Entsprechend dieser Formel ist Israel in der Lage, einen Teil der besetzten Gebiete zurückzugeben und kann sein Militärbudget einschränken. Durch die Rückgabe eines Teils der besetzten Gebiete wird die Motivation der Araber, einen Krieg mit Israel vom Zaun zu brechen, verringert. Diese Motivation wird noch geringer, wenn die Araber die israelische nukleare Option kennen.“ So interpretiert der israelische Militärexperte Amos Perlmutter die Dayan'sche Formel.

Daß eine solche Drohung schnell zur realen Gefahr eines nuklearen Desasters werden kann, hat sich schon einmal während des Yom-Kippur-Krieges im Oktober 1973 gezeigt. Als sich zeitweise die militärische Lage zuungunsten der israelischen Seite entwickelte, ordnete Moshe Dayan an, aus schon vorher gefertigten Einzelteilen 13 Atombomben zu montieren, die von der Luftwaffe in Alarmbereitschaft gesetzt wurden. Bevor es zum Einsatz von Atombomben kam, gewannen die israelischen konventionellen Kräfte die Oberhand über die arabischen Armeen.

Die Bomben wurden in die Waffenlager geschickt – für einen möglichen Gebrauch in der Zukunft.

AIB-Vertrieb in Köln

Der Vertrieb und die Abonnentenbetreuung (Rechnungen, Adressenänderungen, Reklamationen usw.) werden seit einiger Zeit nicht mehr vom Sitz der Redaktion aus bzw. über unsere Marburger Adresse, sondern über den Pahl-Rugenstein Verlag in Köln abgewickelt.

Für

- Bestellungen von AIB-Heften
- Abonnements
- Adressenänderungen
- Rechnungsangelegenheiten
- Kündigungen

gilt folgende Adresse:

AIB-Leserservice, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Tel. 0221-36002-0



Rainer Falk

„People's Power“ und die Perspektive des Widerstands

Anfang 1988 ist nicht mehr zu übersehen, daß sich der Befreiungskampf in Südafrika auf eine längerfristige Perspektive einstellen muß, als viele angesichts der Aufbruchstimmung zwischen 1984 und 1986 vermutet hatten. Die revolutionäre Dynamik ist durch die brutale Gegenoffensive des Regimes seit Mitte 1986 spürbar abgebremst, und die Befreiungsbewegung des Landes, der Afrikanische Nationalkongreß (ANC), sieht sich mit der Notwendigkeit konfrontiert, die Aufmerksamkeit auf die „entscheidende Frage“ (Tambo) zu konzentrieren, wie das Kräfteverhältnis in der nächsten Zeitspanne weiter zu ihren Gunsten verschoben werden kann. Rückschläge sind dabei einkalkuliert. Der Weg zu einem neuen Südafrika erweist sich weder als Spaziergang noch als Durchmarsch.

Niemals zuvor in seiner 75jährigen Geschichte, sagte ANC-Präsident Oliver Tambo in seiner Botschaft zum 8. Januar 1988, habe seine Organisation mit einer Repressionskampagne zu tun gehabt, die „so eiskalt kalkuliert und systematisch durchgeführt“ worden sei wie diejenige seit der Verhängung des Ausnahmezustandes am 12. Juni 1986.¹ Die umfangreiche Botschaft zum Jahresbeginn, vorgetragen im Namen der Nationalen Exekutive des ANC (siehe Auszüge im

Kasten), ist traditionell das zentrale „Policy-Dokument“. Sie wird über geheime Radiostationen landesweit in Südafrika verbreitet und enthält die wichtigsten Orientierungspunkte für den Widerstand in den jeweils kommenden 12 Monaten.

Die diesjährige Botschaft ist – wie schon die des Vorjahres – durch Nüchternheit und selbstkritische Töne in der Lageeinschätzung und Realismus bei der Benennung von unmittelbaren Aufgaben und Perspektiven gekennzeichnet. Schon die Tatsache, daß die Orientierung auf den Aufbau von „People's Power“ (Volksmacht) jetzt zum zweiten Mal in den Mittelpunkt gerückt wurde – nachdem die Hauptlosung letztes Jahr „Advance to People's Power!“ (Vorwärts zur Volksmacht!) lautete², wurde 1988 zum Jahr der „United Action for People's Power“ (Vereintes Handeln für die Volksmacht) erklärt –, verweist auf deren strategischen Stellenwert als Aufgabenstellung für einen längeren Zeitabschnitt, die keinesfalls von heute auf morgen zu bewältigen ist.

Schon 1982, also zu einem Zeitpunkt, als sich der Wiederaufschwung der auf den ANC orientierten Widerstandsbewegung erst andeutete, hatte die weiße südafrikanische Schriftstellerin Nadine Gordimer einmal bemerkt, die Situation

in ihrem Land trage mehr und mehr Züge eines Interregnums, in dem das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann.³ Die letzten Jahre vermögen ein plastisches Bild davon zu vermitteln, was mit einer solchen Charakterisierung gemeint sein kann.

Der Ausnahmezustand, der bis heute aufrecht erhalten und fast wöchentlich um neue Unterdrückungsmaßnahmen und Restriktionen vervollkommen wird, ist tatsächlich nicht spurlos an der Widerstandsbewegung vorbeigegangen. Im Mittelpunkt jener seit Mitte 1986 herrschenden neuen Qualität der Repression mit ihren perfektionierteren Formen der Unterdrückung und Verfolgung, in deren Gefolge Tausende von Kadern der (noch) legalen Massenorganisationen im Landesinneren in die Gefängnisse wanderten oder in den Untergrund gezwungen wurden, steht ein neuartiges Spitzel-, Überwachungs- und Verfolgungssystem. In ihm wurden Erfahrungen aus den schlimmsten Diktaturen – von Chile bis nach Südkorea – verarbeitet. Es trägt die scheinbar neutral klingende Bezeichnung „National Security Management System“ (NSMS, etwa: Nationales System zur Bewältigung von Sicherheitsfragen) und zielt in einer ersten Phase auf die systematische „Aussonderung“, sprich: Liquidierung,

Truppen bei der Abriegelung des Townships Sebokeng (l.); Barrikadenbau in einem Vorort von Kapstadt.



„revolutionärer Elemente“ aus der Masse der Bevölkerung.

Der liberale südafrikanische Soziologe James Selfe beschreibt seine Funktionsweise so: „Ein Netz zwölf regionaler 'Security Management Centers' trägt Informationen unmittelbar aus der Bevölkerung zusammen und gibt sie weiter zum Byron-Platz, dem Sicherheits-Hauptquartier in Pretoria. Dort wird das Material von verschiedenen Abteilungen gesichtet und bearbeitet. Eine Zusammenfassung wird sodann dem Staatssicherheitsrat vorgelegt, der seinerseits bei seinen zweimal in der Woche stattfindenden Sitzungen über seine Empfehlungen an das Kabinett entscheidet.“⁴ So kommt es zum Beispiel, daß in jüngster Zeit Protestversammlungen der Opposition regierungsamtlich verboten wurden, noch bevor sie öffentlich angekündigt worden waren.

Eine politische Verhandlungslösung wird nicht abgeschlossen

Ergänzt wird dieses NSMS im Stile moderner Low-Intensive-Warfare- oder Counterinsurgency-Konzepte (Kriegführung niedriger Intensität bzw. Aufstandsbekämpfung; d. Red.) nicht nur durch die Aufstellung von Todesschwadronen, gezielte Morde an prominenten Oppositionellen, rigide Knebelung der Medien und die Ausstattung von Polizei und Armee mit diktatorischen Vollzugsvollmachten, sondern auch durch Komponenten einer „sozialen“, gleichwohl halbherzigen Befriedungsstrategie, die den Boden der Befreiungsbewegung untergraben soll. So wurden in letzter Zeit Millionen von Rand in Townships wie Mamelodi (nahe Pretoria) und Alexandra (nahe Johannesburg) gesteckt, um

durch die Verbesserung des Schulsystems, der Wohnverhältnisse oder öffentlicher Versorgungseinrichtungen „die Herzen“ sog. gemäßigter Schwarzer zu gewinnen.

Dies kann gleichwohl nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Regime mehr denn je in nackter Gewalt die Hauptoption zur Aufrechterhaltung seiner angeschlagenen Machtposition sieht. Gerade dies freilich entpuppt sich in der gegenwärtigen Situation zugleich als die zentrale Schwäche der Regierung. Denn das Kalkül, mittels der physischen Ausschaltung bislang legal arbeitender Widerstandskader zum Beispiel der Vereinigten Demokratischen Front (UDF), Versammlungsverboten, Massenverhaftungen, Belagerung und militärischer Besetzung von Townships usw. Probleme zu lösen, übersieht die Fähigkeit der Widerstandsbewegung, auf andere Konfliktfelder auszuweichen und ihre organisatorischen Strukturen den veränderten Bedingungen anzupassen.

Eben diese Fähigkeit unterscheidet die gegenwärtige Situation sowohl vom Beginn der 60er Jahre (Verbot des ANC und PAC) als auch vom Ende der 70er Jahre (Verbot der Black-Consciousness-Organisationen). Als funktionierende Mobilisierungsebenen während des letzten Jahres erwiesen sich vor allem die Gewerkschaftsbewegung (Bergarbeiterstreik!), die Jugendbewegung (Gründung des SAYCO Anfang 1987) und der bewaffnete Kampf, von dem selbst offizielle Berichte eingestehen mußten, daß er immer besser aus dem Landesinneren heraus geführt wird. Vor allem die Gewerkschaftsbewegung ist in den letzten eininhalb Jahren in den Vordergrund der politischen Arena gedrängt worden, während die organisatorischen Strukturen der UDF durch die Repressionspraxis teilweise ernsthaft lädiert wurden. So scheint denn die differenzierte Einschätzung des ANC durchaus zutreffend: „Es ist richtig, daß wir nicht an allen Fronten unserer allgemeinen Offensive zur Errichtung der Volksmacht mit derselben Geschwindigkeit und dem gleichen Erfolg vorangekommen sind. Es hat eine ungleiche Entwicklung unseres Kampfes gegeben, und zwar genau deshalb, weil der Feind, wie wir es erwartet hatten, seinen Überlebenskampf fortgesetzt hat.“⁵

Vor allem können ANC-Führer zu Recht darauf verweisen, daß es die Gegenoffensive der Regierung nicht vermocht hat, die Infrastruktur der Befreiungsbewegung in ihrem Grundbestand zu treffen. Gleichwohl: „In bestimmten Gegenden sind Straßen- und Gebietskomitees zusammengebrochen, wurden lokale Organisationen zerschlagen und regionale und nationale Führungskollektive durch

Verhaftungen ausgehöhlt... In einigen Townships hat das Regime versucht, mit Hilfe der sog. Joint-Management-Zentren die vom Volk geschaffenen Organe der Volksmacht durch Polizei- und Armee-Verwaltungen zu ersetzen.“ Und dennoch: „Es gibt keinen Zweifel, daß wir in dieses Jahr mit einem Ansehen und einer Autorität von ANC und Umkhonto We Sizwe (bewaffneter Arm des ANC; d. Red.) gehen, die höher als jemals zuvor sind.“⁶

Vor dem Hintergrund solch widersprüchlicher Lagemerkmale konzentriert sich der ANC im Jahre 1988 auf die Konsolidierung und Effektivierung der organisatorischen Strukturen des Widerstands. Alle Anti-Apartheid-Gruppierungen in Südafrika sind aufgerufen, ihre Planungen, ihre Organisationsstrukturen einschließlich der innerorganisatorischen Demokratie und ihre Kampfaktiken zu vervollkommen. Ein besonderes Gewicht wird darüber hinaus auf die Bildung von Selbstverteidigungsstrukturen in den Townships, die Intensivierung des bewaffneten Kampfes und die Verbreiterung der Widerstandsaktivitäten über die bisherigen Kampfbereiche hinaus, z.B. in ländliche Regionen hinein, gelegt. Fortgeführt werden sollen u.a. die Kampagnen für einen Mindestlohn, der Mietboykott, der Kampf um den 1. Mai, die Erziehungskampagne und die Aktivitäten um den 21. März (Sharpeville-Tag), den 16. Juni (Soweto), den 26. Juni (Freiheitstag), den 9. August und 16. Dezember (Heroes Day).

Im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung wird im nächsten Jahr der Kampf gegen die Etablierung eines Nationalen Verfassungsrats (NSC) stehen: „Wir müssen diesen Plänen mit derselben Kraft begegnen wie der illegitimen Verfassung von 1983, die das Dreikammern-Parlament des Apartheidsystems geschaffen hat.“⁶ Eine vergleichbare Bedeutung dürfte die Abwehr eines geplanten neuen Gewerkschaftsgesetzes annehmen, das den legalen Bewegungsspielraum der Gewerkschaften bedroht.

Diese auf Konsolidierung und Verbreiterung angelegte Aktionsperspektive geht davon aus, daß der Druck auf das Regime auf allen Ebenen gewaltig verstärkt werden muß, bevor die Perspektive eines Machtwechsels in Südafrika konkrete Gestalt annehmen kann. Vor allem gilt dies mit Blick auf die weitere Beförderung von Differenzierungsprozessen innerhalb des „weißen Lagers“, aber auch mit Blick auf die Notwendigkeit, kollaborationsbereiten Kräften innerhalb der schwarzen Gemeinschaft, vor allem der Inkatha-Gruppierung Buthelezis, den Boden zu entziehen. Dies schließt ferner die Schaffung eines günstigen internationalen Klimas für eine



Vereintes Handeln für die Volksmacht

Lösung der Südafrikafrage ein sowie die Konkretisierung einer programmatischen Perspektive für „die Zeit danach“, wie sie – ausgehend von der allgemeinen Anerkennung der Freiheitscharta aus dem Jahre 1955 – sowohl durch Diskussionen innerhalb der Widerstandsfront als auch durch Gespräche mit nationalen und internationalen Gruppierungen in der letzten Zeit auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Man hätte begonnen, so machte Oliver Tambo im letzten Jahr auf einer internationalen Unternehmer-Konferenz in London das Herangehen des ANC an diese Fraze deutlich, „der Verantwortung zu begegnen, die aus der Aufgabe erwächst, unser Volk bei der Umstrukturierung unserer Gesellschaft unter den Bedingungen der Freiheit anzuführen. Im Zentrum dieses Prozesses steht die Notwendigkeit, zuzusichern, daß die Hoffnungen und Wünsche unseres Volkes durch Programme auf der Basis konkreter sozio-ökonomischer Fakten verwirklicht werden können. Dieser Prozeß bedingt systematische Untersuchungen von jedem Aspekt unserer Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt, Richtlinien und Programme zu entwickeln, die unserem Volk zur Konsultation vorgestellt werden. Das ist eine enorme Aufgabe, deren Ansatz unsere Verbundenheit zur Demokratie ist. Es gibt keine leichtfertigen Antworten, und wir werden auch keine solchen Antworten liefern...“⁸

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist ein Papier unter dem Titel „Die Perspektive der demokratischen Bewegung Südafrikas“, das der ANC am Rande der von ihm ausgerichteten internationalen Solidaritätskonferenz Anfang Dezember 1987 in Arusha/Tansania⁹ zirkulieren ließ, in dem – ausgehend von der Freiheitscharta – Grundsätze für ein demokratisches, nicht-rassistisches und einheitliches Südafrika konkretisiert werden. Darin wird auf die Unverzichtbarkeit des Prinzips „Eine Person – eine Stimme“ hingewiesen, die Notwendigkeit der Verankerung eines Grundrechtskatalogs („Bill of Rights“) in einer südafrikanischen Verfassung unterstrichen und die Bereitschaft zur „Option einer Mehrparteien-Demokratie“ erklärt, allerdings unter strikter Zurückweisung irgendwelcher „Gruppenrechte“ und des Ausschlusses solcher Parteien, „die gegründet wurden, um rassistisches und faschistisches Gedankengut zu verbreiten“.

Zugleich betont der ANC die Unverzichtbarkeit „radikalen Wandels“ auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich: „Freiheit wäre nichts als ein leeres Wort, wenn es versäumte, sich diesen Aufgaben zu stellen. Die Menschenwürde ist mit dem Bettlerhut unvereinbar.

(...) Was sind denn die Lehren, die wir aus dem, was ich gesagt habe, ziehen sollten, und wohin gehen wir von hier aus? Was ist der Weg vorwärts?

Eines der herausragenden Charakteristika dieses vergangenen Jahres ist das, daß das Apartheidregime sich selbst organisierte und in einer Weise handelte, die speziell entworfen wurde, um unser Fortschreiten in Richtung Volksmacht aufzuhalten und um unsere Positionsgewinne umzukehren. Im Zentrum seines Counter-Insurgency-Programmes (Aufstandsbekämpfung; d. Red.) stand die Idee, daß der Feind die Initiative wiedererlangen könne, um uns so, sollten wir noch irgendeine Kapazität haben, den Kampf fortzusetzen, in die Defensive zu zwingen.

Planen, Organisieren, Angreifen

Das zweite herausragende Merkmal unseres Jubiläumjahres ist, daß es uns gelang, durch einen heroischen Kampf strategische Fortschritte zu erreichen. Standhaft an unserer Perspektive vom Fortschreiten der Volksmacht festhaltend, kämpften wir dafür, die Aufgaben zu erfüllen, die uns diesen Fortschritt ermöglichen.

Im Kampf haben wir die Frage beantwortet – was ist der Weg vorwärts? Die Antwort darauf ist, daß wir weiterhin angreifen, unsere offensive Haltung beibehalten und im Kampf neuen Boden für unser Vorankommen in Richtung Volksmacht gewinnen. Die Eroberung neuen Bodens vom Feind erfordert, daß wir die Aktion planen, uns für die Aktion organisieren und auf der Basis dieser Pläne, mit dem Rückhalt unserer organisierten Stärke, den Feind an allen Fronten als eine vereinigte Kraft angreifen müssen. Um weiterhin Fortschritte in Richtung Volksmacht zu erringen, muß unsere Losung lauten: Planen, organisieren, angreifen!

Den Feind schwächen

In diesem Zusammenhang muß unser operationelles Ziel das der allseitigen Schwächung des Feindes und der Stärkung unserer Kräfte im Kampf bleiben. Wir müssen unsere Aufmerksamkeit stets auf die entscheidende Frage der weiteren Veränderung des Kräftegleichgewichts zu unseren Gunsten konzentrieren – das Apartheidregime durch den Kampf zu schwächen und unsere Kräfte im Kampf zu stärken. Als Teil dieses Prozesses müssen wir sicherstellen, daß wir den Feind in allen Bereichen angreifen, um seine Kräfte zu zerstreuen, so daß er unfähig ist, diese in einigen Gebieten zur gleichen Zeit zu seinem Vorteil zu konzentrieren. Was sind, sodann, einige der Punkte, die wir zu beachten haben?

Unsere zentrale Aufgabe ist es, unser Volk in seiner Millionenzahl zu organisieren und zu mobilisieren, um mächtige Schläge gegen unseren gemeinsamen Feind, das weiße Minderheitsregime, auszuteilen für die Verwirklichung des Zieles eines vereinigten, demokratischen und nicht-rassistischen Südafrikas. Dies bedeutet, daß wir fortfahren müssen, die breiteste mögliche vereinigte Front gegen die Apartheid, für ein demokratisches Südafrika aufzubauen. Alle Organisationen, zu denen die Menschen gehören, ob kultureller, sportlicher, berufsbezogener, religiöser oder anderer Art, sollten verstehen, daß auch sie eine Verpflichtung haben, sich im Kampf für die Verfolgung der gemeinsamen Sache zu engagieren. Laßt die Tatsache der vereinigten Opposition von Millionen unseres Volkes gegen das Apartheid-

system sowohl im geeinten Handeln als auch in Aktionen innerhalb einer vereinigten Front Ausdruck finden.

Errichtet die Einheit

Diese Einheit muß genauso unsere gemeinsame Aktion charakterisieren, um dem Angriff auf die COSATU (Gewerkschaftszentrale, siehe nachstehendes Naidoo-Interview; d. Red.), die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und die Arbeiter insgesamt, der durch die Abänderung des Gesetzes über die Arbeitsverhältnisse (Labour Relations Act), das gerade dem Rassenparlament vorgelegt wurde, repräsentiert wird, eine Niederlage beizubringen. Alle Abteilungen der demokratischen Bewegung müssen sich an diesem Kampf als ihrem eigenen beteiligen, denn es ist in der Tat ihr eigener. Wir wissen, daß der Feind als eine der prinzipiellen Aufgaben in seiner Unterdrückungskampagne das Aufbrechen der Streikbewegung erkannt hat. Laßt uns durch eine vereinte nationale Aktion den Feind auf seinem Weg stoppen und, durch unseren Sieg, die Gewerkschaftsbewegung festigen und die Bande des gemeinsamen Kampfes zwischen allen Formationen, die die demokratische Bewegung ausmachen, stärken.

Stärkt die Volksorganisationen

Viel Arbeit bleibt zu tun, um unsere Aufgabe zu erfüllen, die unorganisierten und arbeitslosen Arbeiter sowohl in der Stadt wie auf dem Lande zu organisieren und in den Kampf einzubeziehen.

Der Fakt, daß das Apartheidregime und die Unternehmer aus den Unorganisierten und Arbeitslosen Vorteile ziehen, um sie für die staatlichen Repressionsorgane zu rekrutieren, unsere Streiks zu brechen und um sich selbst Superprofite zu garantieren, betont nachdrücklich die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser Aufgabe für die gesamte demokratische Bewegung. Die gleiche Dringlichkeit erhält die weitere organisatorische Arbeit unter der Jugend und den Studenten, trotz der großen Fortschritte, die wir in dieser Hinsicht gemacht haben. Die Frauenbewegung hat das auch schon kampferprobte Potential, eine der stärksten Komponenten der politischen Massenarmee der revolutionären Veränderung zu werden. Um dies voll zu verwirklichen, müssen die Aufgaben, die wir uns in der Vergangenheit zur Organisation einer breiten Frauenbewegung gestellt haben, erfüllt werden.

Desgleichen ist die religiöse Gemeinschaft von vitaler Wichtigkeit für den Erfolg des gemeinsamen Kampfes zur Beendigung des Rassismus und rassistischer Vorherrschaft. Um den Beitrag, den diese Gemeinschaft leistet, weiter zu erhöhen, müssen wir neue Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, daß sie ihre Rolle voll spielt. Die Entscheidungen, die ursprünglich von der Konferenz des Weltkirchenrates letztes Jahr in Lusaka angenommen wurden (siehe Beitrag von R. Brückner in diesem Heft; d. Red.) und seitdem von den Kirchen in unserem Lande unterstützt werden, stellen einen wichtigen Fortschritt dar, um die religiöse Gemeinschaft auf einem höheren Niveau am Kampf zu beteiligen.

Kulturarbeiter

Die Arbeiter im Kulturbereich haben die vitale Notwendigkeit ihrer eigenen Teilnahme am Kampf klar erkannt. Wir haben in diesem Bereich ständig zu arbeiten, um sicherzustellen, daß auch diese Arbeiter sich als Frontkämpfer



und nicht als Reserve sehen, die, sofern die Notwendigkeit entstünde, von jemand anderem mobilisiert werden müßte. Dies gilt gleichfalls für die Sportler, sowohl Amateure wie Profis, die eigenständig, zusammenwirkend mit dem Rest der demokratischen Bewegung, Wege und Mittel erarbeiten sollten, um die Energie aller Sportenthusiasten, von Spielern wie Zuschauern, zusammenzufassen, wodurch sie mithelfen können, das Apartheidssystem zu beenden, so daß in einer normalen Gesellschaft wir alle normal Sport betreiben können, mit all den Vorteilen, die dem Volk und den Sportlern selbst als Ergebnis dieser Veränderung erwachsen werden.

Erziehung

Der Bereich der Erziehung bleibt eine der entscheidenden Fronten des Kampfes. Der Sieg der demokratischen und nicht-rassistischen Perspektive auf diesem Aktionsschauplatz erfordert u.a., daß die Erzieher selbst, die Lehrer an den Schulen, Universitäten und anderen höheren Lehranstalten, in demokratischen Formationen organisiert werden sollten, die bewußt und systematisch das Ziel einer Volkserziehung in der vollen Bedeutung des Wortes verfolgen.

Verwandelt die Bantustans

Die Masse unseres Volkes in den Bantustans muß aktiviert werden, um diese in starke und verlässliche Massenbasen der Revolution zu verwandeln. Neue Möglichkeiten existieren für die Menschen, um entschieden zu handeln, um diese vom Feind geschaffenen Institutionen gegen ihren Schöpfer, das Regime in Pretoria, zu wenden.

Die Vollendung dieser Aufgabe erfordert, daß die kämpfenden Massen unseres Volkes sich die Hände mit solchen Elementen in den Bantustanverwaltungssystemen reichen sollten, die darauf vorbereitet sind, mit dem Apartheidregime zu brechen und sich mit dem Volk im Kampf für ein vereinigtes, demokratisches und nicht-rassistisches Südafrika zu vereinen. Im Gegensatz zu den Wünschen und Vorhaben des Feindes gibt es darunter viele – Politiker, Häuptlinge, Soldaten, Polizisten und Zivilangestellte – die nicht auf das von Pretoria zur Fortführung seiner Herrschaft geschaffene korrupte und käufliche System setzen und die bereit sind, im nationalen Interesse gegen die, die sie beschäftigen, zu handeln. Laßt uns mit diesen gesunden Kräften zusammenarbeiten, um das, was der Feind als sein Hinterland der Konterrevolution entwarf, in vorgeschobene Schützengräben des militanten Kampfes für den Sieg der nationaldemokratischen Revolution umzuwandeln. Von zentraler Wichtigkeit für den Erfolg dieses Prozesses ist die Notwendigkeit, abzusichern, daß die Volksmassen sowohl in ihren eigenen Massenorganisationen wie auch in den Untergrundeinheiten unserer Bewegung organisiert sind.

Konflikt hilft der Apartheid

Das Blutvergießen in Pietermaritzburg muß aufhören. Wir unterstützen vollständig die ehrenhaften Anstrengungen, die viele Leute

unternommen haben und unternehmen, um diese unheilvollen, brudermörderischen Auseinandersetzungen zu beenden. Dies muß mit neuem Nachdruck fortgeführt werden, damit dieser Konflikt umgehend beendet werden kann.

Das Apartheidregime hat kein Interesse daran, daß wir dieses Ergebnis erreichen. Darin hat sich ihm Gatsha Buthelezi angeschlossen, der alles in seiner Macht stehende tut, um diesen Konflikt anzuhetzen und voranzutreiben. Und dieser Konflikt hält viele unterdrückte Menschen von der Aufgabe ab, das Rassenregime zu bekämpfen und lenkt die Aufmerksamkeit der Welt von den schrecklichen Verbrechen ab, die das Apartheidregime überall im Südlichen Afrika begeht. Alle von uns tragen Mitverantwortung daran, solchen Elementen eine Niederlage beizubringen, indem sie die Kämpfe beenden und unsere Kräfte gegen die Unterdrücker vereinigen.

Farmerbeiter: Verbreitet den Geist der Rebellion

Die Arbeiter auf den Farmen haben begonnen, sich zu bewegen. Auch diese schwarzen Südafrikaner, die zu den am meisten ausgebeuteten, degradierten und verachteten in unserem Land gehören, müssen für den Kampf mobilisiert werden. Der gesamten demokratischen Bewegung kommt die Verantwortung zu, die notwendige Unterstützung für die Gewerkschaftsbewegung zu erweitern, damit diese ihre Aufgabe, diese Arbeiter zu organisieren, erreichen kann. Wir müssen den Geist der Rebellion unter diesen Arbeitern im Kampf verbreiten und ihnen in der Aktion zeigen, daß auch sie das Recht auf einen ausreichenden Mindestlohn haben und daß auch sie das Recht haben, wie menschliche Wesen behandelt zu werden. Wenn wir Siege für diese Forderungen erreichen, wird es möglich sein, Fortschritte bei der Einbeziehung dieser Arbeiter, deren Arbeit die Nation ernährt, in den Kampf zur Übergabe des Landes an die, die es bearbeiten, zu erreichen. (...)

Verwandelt die bewaffneten Aktionen in den Volkskrieg

Die Gründe, die uns dazu gezwungen haben, die Waffen zu ergreifen, sind nicht entfallen. Mehr noch, durch seine Handlungen läßt uns das Regime in Pretoria keine Wahl, als weiterhin unsere militärische Offensive für den Sieg der demokratischen Sache zu eskalieren. Der bewaffnete Kampf konstituiert die Speerspitze unserer allgemeinen Offensive, ein grundlegendes Element unserer Antwort auf die Gewalt des Rassenregimes. (...)

Die Situation extremer Unterdrückung hat einmal mehr die Wichtigkeit der Untergrundstrukturen unserer Vorhutbewegung, des Afrikanischen Nationalkongresses, als zentraler Komponente unseres Kampfes offensichtlich gemacht.

Wir müssen unsere Anstrengungen, diese Strukturen zu erweitern, verdoppeln, um sicherzustellen, daß sie überall und zu jeder Zeit Kontakt mit dem Volk haben. Ebenso wie wir alle die Tatsache verstehen, daß keine Revolution ohne revolutionäre Vorhut möglich ist, haben wir alle die Aufgabe, diese Vorhut, den ANC, im Interesse unserer Revolution aufzubauen. Der Fortschritt, den wir in dieser Beziehung erreicht haben, hat uns die Grundlage dafür gegeben, bei der Verfolgung dieses Ziels schneller voranzuschreiten. (...)

(Quelle: Stellungnahme des Nationalen Exekutivkomitees des Afrikanischen Nationalkongresses anlässlich des 76. Jahrestages des ANC, vorgetragen von Präsident Oliver Tambo am 8. Januar 1988, Lusaka 1988, S. 9-15, Auszüge)

Die unausweichliche Schlußfolgerung lautet, daß der demokratische Staat sicherstellen muß, daß er Zugang zu den wichtigsten Ressourcen, zum Eigentum an den und zur Kontrolle über die Schlüsselbereiche der Wirtschaft hat... Daher streben wir eine gemischte Wirtschaftsform an, in der es sowohl einen privaten Sektor als auch Genossenschafts- und Staatseigentum geben wird. Die direkten Produzenten allen Reichtums, die Arbeiter, werden als Teil des Demokratisierungsprozesses notwendig eine bedeutende und zentrale Rolle bei der Ausrichtung der Wirtschaft spielen."¹⁰

Noch deutlicher werden in dieser Frage einzelne ANC-Vertreter, die, wie beispielsweise Kingsley Zulu, der Chef-Repräsentant in Simbabwe, glauben, daß Großmonopole, die Eisenbahnen, die Bergbau- und Rüstungsindustrie, die Schiffe und Werften auf alle Fälle in die Hand des demokratischen Staates übergehen müßten, die Verstaatlichung von kleinem und mittlerem Eigentum hingegen unzweckmäßig sei: „Jedenfalls werden wir keine unüberlegte Voreiligkeit zulassen, die den Werktätigen schaden würde.“¹¹

In solchen Überlegungen spiegeln sich die Erfahrungen anderer Revolutionen wie beispielsweise in Mosambik und Angola oder auch Nicaragua ebenso wie die Debatte um eine sozialistische Perspektive Südafrikas, wie sie vor allem in der Gewerkschaftsbewegung des Landes voll entbrannt ist (vgl. das Interview mit Jay Naidoo in diesem Heft).

Entscheidend für die Frage der Struktur eines künftigen Südafrika ist freilich die Herangehensweise des ANC, daß sich solche Vorstellungen im Kontext der in Südafrika stattfindenden Kämpfe selbst herauskristallisieren werden. Deren freie Entfaltung ist schließlich auch die Hauptvoraussetzung für irgendeine Art politischer oder Verhandlungslösung des Gesamtkonflikts. Was bisher in dieser Richtung stattfand, etwa Gespräche mit weißen Geschäftsleuten, so sagte kürzlich Francis Meli vom Nationalen Exekutivkomitee des ANC in London, zielte darauf, diese vom Apartheidregime zu lösen. Dies dürfe weder als Alternative zum bewaffneten Kampf verstanden noch mit politischen Verhandlungen verwechselt werden.¹² Solche Verhandlungen könnten nur zwischen dem ANC und seinen Verbündeten auf der einen Seite und der südafrikanischen Regierung auf der anderen Seite stattfinden.

Die Aussichten eines solchen Projekts freilich müssen zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher negativ beurteilt werden. Zwar lehnt der ANC grundsätzlich die Perspektive einer Verhandlungslösung nicht ab (siehe Kasten). Aber es liegt in

Stellungnahme des ANC-Exekutivkomitees zur Frage

In letzter Zeit haben sowohl das Regime in Pretoria als auch verschiedene Westmächte die Diskussion um eine Verhandlungslösung der Südafrika-Frage aufgeworfen. Inspiriert durch den tiefen Wunsch und die unerschütterliche Verpflichtung, das Apartheidsystem so bald wie möglich und mit minimalen Verlusten an Leben und Besitz zu beseitigen, traf sich das Nationale Exekutivkomitee und beriet diese Angelegenheit mit aller gebotenen Ernsthaftigkeit und Aufmerksamkeit.

Wir sind überzeugt davon, daß das Botha-Regime weder den Wunsch noch die Absicht hat, sich auf irgendwelche bedeutsamen Verhandlungen einzulassen. Im Gegenteil, alles, was dieses Regime macht, richtet sich auf die Zerstörung der nationalen Befreiungsbewegung, die Unterdrückung der demokratischen Bewegung sowie die Manifestierung und Fortdauer des Apartheidsystems der weißen Minderheitsherrschaft.

führt das Botha-Regime eine entschiedene Unterdrückungskampagne gegen den ANC und die demokratische Massenbewegung. Diese schließt die Ermordung von Führern, Massenverhaftungen, die militärische Besetzung von Townships und ein Programm der Befriedung ein, das von den sog. Joint Management Centers (Vereinigte Führungszentren, JMC) durchgeführt wird.

Die Rassisten wollen unser Volk mit Hilfe des Terrors unterwerfen, seine demokratischen Organisationen zerschlagen und uns zur Kapitulation zwingen.

All diese Bemühungen werden scheitern. Anstatt ein annehmbares Klima für aufrichtige Verhandlungen zu schaffen, werden sie die Konfrontation in unserem Land nur weiter verschärfen und die Aussicht auf den blutigsten Konflikt, den unser Kontinent jemals gesehen hat, auf die Spitze treiben.

Unser Kampf wird nicht enden, bis Südafrika in ein einheitliches, demokratisches und nicht-rassistisches Land umgewandelt ist. Dies ist die einzige Lösung, die es unserem gesamten Volk, sowohl Schwarzen als auch Weißen, ermöglichen würde, als Gleichberechtigte unter Bedingungen des Friedens und Wohlstands zu leben. Die überwältigende Mehrheit unseres Volkes akzeptiert, daß die Freiheitscharta (ANC-Grundsatzdokument von 1955; d. Red.) einen vernünftigen und lebensfähigen Rahmen für die Errichtung einer neuen Gesellschaft liefert.

Wir möchten an dieser Stelle bekräftigen, daß der ANC sich niemals einer Verhandlungslösung der Südafrika-Frage widersetzt hat. Bei verschiedenen Gelegenheiten haben wir in der Vergangenheit, und zwar vergeblich, an das Apartheidregime appelliert, mit den wirklichen Vertretern unseres Volkes zu sprechen. Wir möchten nochmals versichern, daß der ANC und die Massen unseres gesamten Volkes bereit und willens sind, zu aufrichtigen Verhandlungen zu kommen, vorausgesetzt, daß sie auf die Umwandlung unseres Landes in eine einheitliche und nicht-rassistische Demokratie hinielen. Dies, und nur dies, könnte das Ziel irgendeines Verhandlungsprozesses sein. Folglich können keine bedeutenden Verhandlungen stattfinden, solange nicht alle Betroffenen, insbesondere das Regime in Pretoria, diese Perspektive akzeptieren, die wir mit der gesamten Menschheit teilen.

Ferner möchten wir nochmals klarstellen, daß die Fragen, ob oder ob nicht verhandelt werden soll und unter welchen Bedingungen, unserer gesamten Führung gestellt werden sollten, einschließlich derer, die eingekerkert sind und bedingungslos freigelassen werden müßten. Während wir diese Fragen beraten, müßte unsere Führung völlig ungehindert das Volk befragen und mit ihm diskutieren können.

Entschieden weisen wir die zynische Forderung des Regimes in Pretoria zurück, daß wir den bewaffneten Kampf einseitig aufgeben oder einstellen sollen. Die Quelle der Gewalt in unserem Land ist das Apartheidsystem. Diese Gewalt ist es, die beendet werden muß. Über jede Einstellung von Kriegshandlungen müßte verhandelt werden und diese müßte abgestimmte Handlungen beider Seiten als Teil des Entstehungsprozesses eines demokratischen Südafrika mit sich bringen.

Desgleichen weisen wir alle Bemühungen zurück, uns vorschreiben zu wollen, wer unsere Verbündeten sein oder nicht sein sollten, und wie sich unsere Mitgliedschaft zusammen-

setzen sollte. Insbesondere werden wir uns nicht dem Druck unterwerfen, der einen Keil zwischen den ANC und die Südafrikanische Kommunistische Partei, einen zuverlässigen und bewährten Verbündeten im Kampf für ein demokratisches Südafrika, treiben soll. Auch werden wir uns den Versuchen, unsere Bewegung zu spalten und zu schwächen, indem gegen verschiedene Mitglieder aufgrund ihrer ideologischen Überzeugungen eine Hexenjagd durchgeführt wird, nicht beugen.

Der Konflikt in unserem Land besteht zwischen den Kräften der nationalen Befreiung und Demokratie auf der einen und denen des Rassismus und der Reaktion auf der anderen Seite. Alle Verhandlungen würden zwischen diesen beiden Kräften, repräsentiert durch ihre verschiedenen Organisationen, geführt werden.

Wir weisen den vorgeschlagenen Nationalen Verfassungsrat (NSC), den das Botha-Regime mittels der im Apartheid-Parlament verabschiedeten Gesetzgebung einzurichten beabsichtigt, ohne Einschränkung zurück. Dies kann niemals ein wirklicher und akzeptabler Mechanismus für Verhandlungen über eine demokratische Verfassung für unser Land sein. In der Praxis kann der Nationale Verfassungsrat nicht mehr sein als ein beratendes Gremium, das seine Schwerpunkte dem Apartheid-Parlament und dem Regime selbst darlegen würde, welches sich das Recht vorbehält, diese Standpunkte zu akzeptieren oder zurückzuweisen. Was das Botha-Regime als ein Forum zur Ausarbeitung einer Verfassung vorschlägt – den Nationalen Verfassungsrat –, ist deshalb nichts als ein Trick, um diejenigen, die an ihm teilnehmen, in einen Scheinprozeß bedeutungsloser Gespräche einzuwickeln, der nichts gemein hat mit irgendeinem aufrichtigen Versuch, eine demokratische Verfassung für unser Land zu entwerfen.

Außerdem soll dieser Nationale Verfassungsrat gerade die Apartheidstrukturen festigen und legitimieren, die wir mit unserem Kampf in all ihren Formen zu vernichten suchen. Die nicht-repräsentativen Organe der Unterdrückungsstruktur der Apartheid, wie das Drei-Kammern-Parlament und die Bantustans, können als Instrumente für die Zerstörung desselben Systems, für dessen Aufrechterhaltung sie geschaffen wurden, nicht genutzt werden.

Ein wesentlicher Bestandteil des Apartheidsystems ist die Klassifizierung und Aufteilung unseres Volkes nach rassischen und ethnischen Gruppen, beherrscht von der weißen Minderheit. Die Apartheid zu beseitigen, bedeutet u.a., unser gesamtes Volk als gleichberechtigte Bürger unseres Landes zu definieren und zu behandeln, ohne Rücksicht auf Rasse, Farbe oder ethnische Herkunft. Um dies zu garantieren, akzeptiert der ANC, daß eine neue Verfassung für Südafrika einen Grundrechtskatalog als festen Bestandteil enthalten könnte, um die Rechte des Individuums abzusichern. Wir widersetzen uns jedoch jedem Versuch, das Apartheidsystem durch die Erarbeitung sog. Gruppen- und Minderheitsrechte zu verewigen.

Unsere Region ist sehr vertraut mit der verräterischen und hinterlistigen Natur des Apartheidsystems. Es gibt mehr als genügend Beispiele für Abkommen, die das Regime schamlos mißachtet hat. Unter Berücksichtigung dieser Erfahrung fordern wir, bevor irgendwelche Verhandlungen stattfinden, daß das Apartheidregime seine Ernsthaftigkeit unter Beweis



Begräbnisdemonstration in Südafrika: „Die UDF sagt: Legalisiert den ANC“.

Das rassistische Regime hat die Frage von Verhandlungen aufgeworfen, um zwei wichtige Ziele zu erreichen. Das erste dieser Ziele ist es, den Kampf im Inneren unseres Landes zu verschärfen, indem falsche Hoffnungen auf eine gerechte politische Regelung geweckt werden, die das Regime in Pretoria zu blockieren beabsichtigt. Zweitens hofft dieses Regime, die anhaltende Kampagne für umfassende und verbindliche Sanktionen vereiteln zu können, indem es Scheinsignale sendet, es sei bereit, ernsthaft mit den wirklichen Vertretern unseres Volkes zu sprechen.

Grundlegend für das Verständnis des Verhandlungskonzepts des Apartheidregimes ist seine Absicht, denjenigen, mit denen es spricht, seine Meinung aufzudrängen und sie zu zwingen, sein Diktat zu akzeptieren. In der Praxis

er Verhandlungen

stellt, indem es verschiedene Maßnahmen durchführt, um ein für solche Verhandlungen förderliches Klima zu schaffen.

Dies würde die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen, Inhaftierten, aller festgenommenen Freiheitskämpfer und Kriegsgefangenen ebenso einschließen wie die Einstellung sämtlicher politischer Prozesse. Der Ausnahmezustand müßte aufgehoben, die Armee und die Polizei aus den Townships zurückgezogen und kaserniert werden. Gleichzeitig müßten alle repressiven Bestimmungen und alle Gesetze, die das Regime ermächtigen, die Versammlungs-, Rede-, Pressefreiheit usw. einzuschränken, außer Kraft gesetzt werden. Unter diesen wären die Gesetze über Aufrührerische Versammlungen, über Eingeborenen-Verwaltung, der Allgemeine Gesetzeszusatz (General Law Amendment; es erlaubt, Apartheidgegner ohne Haftbefehl 180 Tage festzuhalten; d. Red.), das Gesetz über ungesetzliche Organisationen, über innere Sicherheit und ähnliche Gesetze und Bestimmungen.

Wir nutzen diese Gelegenheit, um nochmals zu versichern, daß der Afrikanische Nationalkongreß gegen jedwede geheime Verhandlungen ist. Wir glauben fest daran, daß das Volk selbst an der Gestaltung seiner Zukunft beteiligt sein und deshalb in jeden Verhandlungsprozeß einbezogen werden muß.

Wenngleich wir uns dessen bewußt sind, daß es der Weg des Regimes in Pretoria, das in der Vergangenheit vorsätzlich Verhandlungen hinausgezögert hat, ist, Zeit zu gewinnen, bleiben wir dabei, daß alle Verhandlungen in einem bestimmten Zeitraum stattfinden müßten, um der dringenden Notwendigkeit gerecht zu werden, das Apartheidsystem zu beseitigen und die Massen unseres Volkes, die schon viel zu lange gelitten haben, vom Joch der Tyrannei zu befreien.

Es gibt bisher noch keine Aussicht auf wirkliche Verhandlungen, weil das Botha-Regime immer noch glaubt, daß es das Apartheidsystem durch Gewalt und Terror aufrechterhalten kann. Deshalb haben wir keine andere Wahl, als unseren politischen Massenkampf und den bewaffneten Kampf für die Vernichtung des illegalen Apartheidregimes und für die Machtübernahme durch das Volk zu intensivieren.

Auch rufen wir unser Volk auf, Bothas sog. Nationalen Verfassungsrat abzulehnen und zurückzuweisen sowie sicherzustellen, daß dieser Apartheid-Rat niemals das Tageslicht erblickt.

Wir wiederholen unseren Appell an die internationale Gemeinschaft, uns in diesem edlen Kampf zu unterstützen, indem sie umfassende und verbindliche Sanktionen gegen das rassistische Südafrika verhängt, damit das Apartheidsystem beseitigt und das Blutvergießen, das sonst unvermeidbar ist, um dieses Ziel zu erreichen, vermindert werden kann.

Schließlich möchten wir der Organisation für Afrikanische Einheit unsere Dankbarkeit dafür ausdrücken, daß sie auf ihrem letzten Gipfeltreffen eine Erklärung zum Südlichen Afrika annahm, in der sie sich zur Unterstützung Afrikas für unsere, in dieser Erklärung bezogenen Positionen, verpflichtete. Wir empfehlen diese Erklärung dem Rest der Weltgemeinschaft als ein wichtiges Dokument, das die Grundlage für gemeinsame internationale Aktionen legt, um Apartheid-Rassismus, Kolonialismus und Krieg ein für allemal zu verbannen.

Lusaka, 9.10.1987

der Hand des Regimes, grundsätzliche Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Selbst der liberale Direktor des Instituts der demokratischen Alternative für Südafrika, Frederik Van Zyl Slabbert, der sich aktiv in der Vorbereitung und Durchführung der Gespräche zwischen Weißen und ANC-Vertreter letztes Jahr in Dakar engagierte, ist hier pessimistisch: „Zur Zeit sehe ich keinen Weg zur friedlichen Lösung des politischen Problems unseres Landes.“¹³

Nicht zuletzt aufgrund dieser festgefahrenen Situation haben für den ANC gegenwärtig Initiativen auf internationaler Ebene, die auf die weitere Isolierung des Apartheidregimes zielen, eine so große Bedeutung. Die Realisierung von Maßnahmen, wie sie im Aktionsprogramm der Arusha-Konferenz zur Durchsetzung umfassender und bindender Sanktionen gegen Südafrika vorgesehen sind, sind deshalb mit Blick auf die Zukunft des Widerstands in Südafrika von strategischer Bedeutung. „Eine besondere Verantwortung“, so Tambo in Arusha, „kommt unseren Freunden in den westlichen Ländern zu. Ihre Anstrengungen bezüglich Sanktionen müssen wirksamer werden, denn ihre Länder sind Süd-

afrikas Hauptwirtschaftspartner.“¹⁴ Für die Bundesrepublik gilt dies in besonderem Maße.

Anmerkungen:

- 1) Statement of the Nationale Executive Committee of the African National Congress on the Occasion of the 76th Anniversary of the ANC, präsentiert von Präsident Oliver Tambo, Lusaka, 8.1.1988
- 2) Vgl. O. Tambo, Statement of the National Executive Committee of the African National Congress on the Occasion of the 75th Anniversary of the ANC, Lusaka 1987
- 3) Nachzulesen in dem jetzt erschienenen Band: N. Gordimer, Leben im Interregnum. Essays zu Politik und Literatur, Frankfurt/M. 1987, S. 205
- 4) Zit. nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.1.1987
- 5) Siehe Anmerkung 1
- 6) Ebd.
- 7) Ebd.
- 8) Wortlaut der Rede in: Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 6/Sept. 1987 -
- 9) Siehe Bericht in: AIB 1-2/1988, S. 16-17
- 10) ANC-Paper, Die Perspektive der Demokratischen Bewegung Südafrikas, zu beziehen über: AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn
- 11) APN-Ferndisput vom 10.1.1988
- 12) Weekly Mail, Johannesburg, 15.-21.1.1988
- 13) APN-Ferndisput vom 10.1.1988
- 14) Tambo-Rede in Arusha, hektographiert

Berichtigungen zu AIB 1-2/1988

In der letzten Ausgabe des AIB, Heft 1-2/1988, kam es zu zwei technischen Pannen, für die wir uns hiermit bei unseren Lesern entschuldigen:

Zum einen wurden bei einem offenbar großen Teil der Hefte die mittleren Doppelblätter des Sonderheftes falsch zusammengeheftet. Die Seiten 27-54 sind zwar vollständig im Heft enthalten, aber falsch angeordnet. Bitte behelfen Sie sich damit, daß Sie diese sieben Doppelblätter herauslösen und in die richtige Reihenfolge bringen. Pardon im Namen der Druckerei.

Zum anderen ist uns beim Umbruch des Artikels „TAKALIGN: Mein Herd für Äthiopien“ ein Malheur unterlaufen. Die Autorenzeile ging verloren. Wir holen dies mit einem Pardon nach: Die Verfasserin des Beitrags heißt Eva-Maria Hinterwirt.

Eine dritte Korrektur sei hiermit angemerkt, nämlich die zum bundesdeutschen Konto der Äthiopien-Spendenaktion. Da die Volksbank inzwischen eigenmächtig unser beim Kampagnenstart angegebenes Konto aufgelöst hat, lautet nun das neue Spendenkonto: Marburger Volksbank, Nico Biver, Kto.-Nr. 436577 (BLZ 533 900 00), Stichwort: Herd für Äthiopien

SÜDAFRIKAS KRIEG GEGEN KINDER



POSTERSERIE: "Südafrikas Krieg gegen Kinder" überarbeitete und erweiterte Neuauflage (13 Bild- und 3 Texttafeln im DIN A3-Format) Solidaritätspreis DM 10,00

Diese Posterserie eignet sich besonders gut zum Aufhängen bei Veranstaltungen, Sitzungen, Konzerten, bei Informationsständen etc. um auf die Grausamkeit und Brutalität aufmerksam zu machen, denen Kinder unter Apartheid ausgesetzt sind.

BROSCHÜRE: "Südafrikas Krieg gegen Kinder" Massenverhaftungen, Mißhandlungen, Folter und Mord - das Apartheidregime hat den Kindern des Landes den Krieg erklärt! Wir dokumentieren diese Verbrechen in dieser Broschüre auf 56 Seiten. Solidaritätsbeitrag DM 2,00

ANC-Vertretung in der BRD
Postfach 190140 · 5300 Bonn I





NUM-Führer Cyril Ramaphosa (r.)

Bericht von Karin Retzlaff

Ramaphosas Lehren aus den Streiks '87

In der Neuen Zürcher Zeitung stand es geschrieben: „Die Geschäftsergebnisse der Anglo American Corporation für die sechs Monate bis 30. September ... sind eher enttäuschend. Im Vergleich mit derselben Periode des Vorjahres sank der Reinertrag vor Steuern von 678 Mio R., auf 572 Mio R. und nach Steuern von 498 auf 471 Mio R.“¹

Nun sind 471 Mio Rand noch immer ein üppiger Batzen, und Südafrikas größtes Bergbauunternehmen nagt noch lange nicht am Hungertuch im Gegensatz zu vielen seiner Grubenarbeiter. Dennoch sind diese Zahlen interessant. Handelt es sich doch bei dem Bilanzzeitraum um jene Monate, in die auch der bislang größte legale Streik in der Geschichte des Apartheidstaates fiel. Und es müßte schon mit dem Teufel zugehen, wenn der Ausstand der Bergleute nicht eine Ursache für die reduzierte Gewinnspanne ist. Schließlich waren die 25 Gold- und Kohlebergwerke der Anglo American Corporation am stärksten von dem Auguststreik betroffen.

Erinnern wir uns: In jenem Monat legten 340.000 der 600.000 schwarzen Kumpel in rund 50 Gruben die Arbeit nieder. Ihre Forderungen: 30% mehr Lohn; 30 Tage Urlaub statt wie bisher nur zwei bis zweieinhalb Wochen; eine Gefahrenezulage und bei Todesfällen das Fünffache eines Jahreslohnes für die Hinterbliebenen; Erklärung des 16. Juni, also des Gedenktages für die Opfer des Massakers in Soweto, zum gesetzlichen Feiertag.

„Die Lohnerhöhung, die wir erreicht haben, ist nicht von erwähnenswertem

Ausmaß, denn die Steigerungen zwischen 17 und 23% – je nach Kategorie der Arbeit – werden fast vollständig aufgeessen von der 18prozentigen Inflationsrate. Durchsetzen konnten wir allerdings erhöhte Ferienzulagen und Entschädigungen bei Todesfällen“, erläuterte mir Cyril Ramaphosa, der Generalsekretär der 260.000 Mitglieder starken Nationalunion der Bergwerker (NUM), die sich zur größten Branchengewerkschaft Südafrikas entwickelte.

„Bezeichnenderweise“, so der 35jährige NUM-Führer, „machen aber die uns zugestanden Gehaltssteigerungen gerade mal die Hälfte der 250 Mio Rand aus, die die Bergbauunternehmen durch unseren dreiwöchigen Ausstand eingebüßt haben.“ In der in Johannesburg erscheinenden Publikation „Work In Progress“ ist sogar davon die Rede, daß sich bereits am zehnten Streiktag die Unkosten der Bergbaukammer (Chamber of Mines), in der sich die sechs größten südafrikanischen Minengesellschaften zusammengeschlossen haben, auf jene Summe belief, mit der eine 30prozentige Lohnerhöhung hätte abgedeckt werden können.²

„Allein die Anglo American Corporation soll während der ersten Woche 60 Mio Rand verloren haben“, rechnete mir Cyril Ramaphosa vor. „Hier wird ganz deutlich, es waren keine ökonomischen Gründe, aus denen die Bergbaugesellschaften unsere Forderungen nicht erfüllten.“

Nun ist es aber durchaus nicht die Art von Konzernen, freiwillig auch nur auf

eine müde Mark zu verzichten. Was also war der Grund dafür, daß sie den sturen, aber teuren Weg wählten? Die „Frankfurter Rundschau“ schrieb seinerzeit: „Die schwarzen Kumpel haben ... demonstriert, wie verletzlich Südafrikas weiße Wirtschaft trotz aller anderslautenden Beteuerungen ist.“³

„Wir haben ihnen vor Augen geführt, daß Main Street 44 (Hauptsitz von Anglo American in Johannesburg; K.R.) und andere Adressen dieser Art nicht allmächtig sind. Wir haben eine Kraft- und Kampfschlossenheit bewiesen, die sie ob ihrer Arroganz den schwarzen Arbeitern gegenüber überrascht hat. Wichtig dabei war auch, daß nicht nur NUM-Mitglieder streikten, sondern wir auch zig Tausende, die nicht unserer Gewerkschaft angehören, mobilisieren konnten. Dadurch wurde für die Konzerne Hartbleiben zur Prestigefrage. Sie wollten uns, ihren Gegner, kleinkriegen – um jeden Preis. Im Stillen hatten sie doch gedacht, daß uns nach drei Tagen die Luft ausgeht und die Leute nicht mehr mitmachen“, resümierte der NUM-Generalsekretär.

Und in der Tat blies das Gruben-Management erst am vierten Streiktag für seine Sicherheitsmilizen in den Minen zum radikalen Angriff. Wobei das Standvermögen der schwarzen Bergleute wirklich eine bisher nicht dagewesene Qualität erreichte, vergleicht man nur den Fakt, daß 1986 in Südafrika insgesamt 1,3 Mio sog. Mann-Arbeitstage gestreikt wurde, während 1987 allein der NUM-Aufstand zusammen mit den kleineren Solidaritätsaktionen 4,5 Mio Mann-Arbeitstage ausmachte.

Wie war dieser qualitative Sprung möglich, fragte ich den Mann, in dessen persönlicher Ausstrahlungskraft schon ein

**Die NUM
hat jetzt 45% aller
schwarzer Kumpel Südafrikas
in ihren Reihen vereint**

Teil der Antwort liegt. „Wir waren zwar nicht darauf aus, daß es schon in diesem Jahr zu einem solchen Kampf kommt“, gestand Ramaphosa, „denn jetzt haben wir 45% aller schwarzen Kumpel in der NUM vereint. Es ist ein großer Erfolg, verglichen mit den 40.000 Mitgliedern, die wir im Dezember 1982 hatten, als wir entstanden. Aber der Organisationsgrad muß noch wachsen. Dennoch waren wir auf die Auseinandersetzung vorbereitet. Wir haben mit den Kumpeln in aller Offenheit gesprochen, ihnen gesagt, was wir wollen und auch was auf sie an persönlichem Risiko zukommen kann.“ Was der in Lohnverhandlungen selbstbewußt agierende, aber unter Freunden

überaus bescheiden auftretende Jurist verschweigt, ist die Tatsache, daß er selbst von Grube zu Grube gezogen ist, um mit den Leuten zu reden und die Urabstimmung zu organisieren, in der sich 95% der Bergmänner für den Streik aussprachen. Wieviel persönliche Einsatzbereitschaft der NUM-Führung notwendig war, um einen solchen Ausstand vorzubereiten und zu leiten, läßt sich vielleicht daran ablesen daß die Gewerkschaft insgesamt über 69 hauptamtliche Kader verfügt.

Selbst seine Gegner müssen dem Anwalt, der im Norden von Transvaal studierte, Hochachtung zollen. Ein „hart arbeitender und außerordentlich fähiger Gewerkschafter, der viel für seine Anhänger getan hat“, meinte der Unterhändler der Bergwerkskammer, Johann Liebenberg, nach den Tarifverhandlungen.

Aber noch etwas ist bezeichnend für den Enkelsohn eines Bergmanns aus Venda und den Sohn eines Polizisten aus Soweto – sein Verantwortungsgefühl. Noch drei Tage vor Ende der Arbeitsniederlegung bekundeten die Streikenden ihre Bereitschaft, den Ausstand bis zur Erfüllung ihrer Forderungen fortzusetzen. Dennoch wurde nicht aufs Ganze gegangen, sondern ein Kompromiß mit der Bergwerkskammer akzeptiert und nach

21 Tagen die Arbeit wieder aufgenommen – im Interesse der Einheit, wie Ramaphosa sagte. „Wir sind jetzt stärker als zuvor. Damit ist die Grundlage gegeben für bedeutsame künftige Siege. Zu jenem Zeitpunkt war es wichtiger, die Geschlossenheit unserer Reihen für die Zukunft zu konsolidieren.“

Die Geschichte kennt viele mutige und heldenhaft geführte Streikkämpfe. Doch nicht selten endeten sie mit Niederlagen, weil die Ausständischen und ihre Führer nicht zu erkennen vermochten, wie lange die Auseinandersetzungen durchgestanden werden konnten. Die NUM – auch ein Zeichen ihrer politischen Reife – sah den Punkt, an dem das Höchstmögliche erreicht war. Realistisch betrachtete sie die derzeitige Kampfkraft auf beiden Seiten auch aus der Erfahrung heraus, daß ihre Gegner alle Register ziehen würden, um die Gewerkschaft in die Knie zu zwingen. So wurden z.B. – wissend, daß gewerkschaftliche Streikkassen in Südafrika gesetzlich verboten sind und die NUM deshalb auf jede Spende angewiesen ist – von der Reserve Bank auf „höheren Wunsch“ hin die Konten der Gewerkschaft eingefroren.⁴

Gleich zu Beginn des Ausstandes waren außerdem über den Wohnlagern der Bergarbeiter gefälschte Flugblätter abge-

worfen worden mit der Information, der Streik sei abgesagt. Außerdem häuften sich die Entlassungen.

Nachdem 40.000 der NUM-Mitglieder auf die Straße gesetzt worden waren, beschloß die Gewerkschaft, den Streik zu beenden. Aufgrund der hohen Erwerbslosigkeit in Südafrika und in den Nachbarstaaten, woher zum Beispiel die Hälfte aller bei Anglo American beschäftigten Bergleute kommt, standen vor den Rekrutierungsbüros schon neue Arbeitskräfte Schlange, die nur darauf warteten, als Ersatz einspringen zu können.

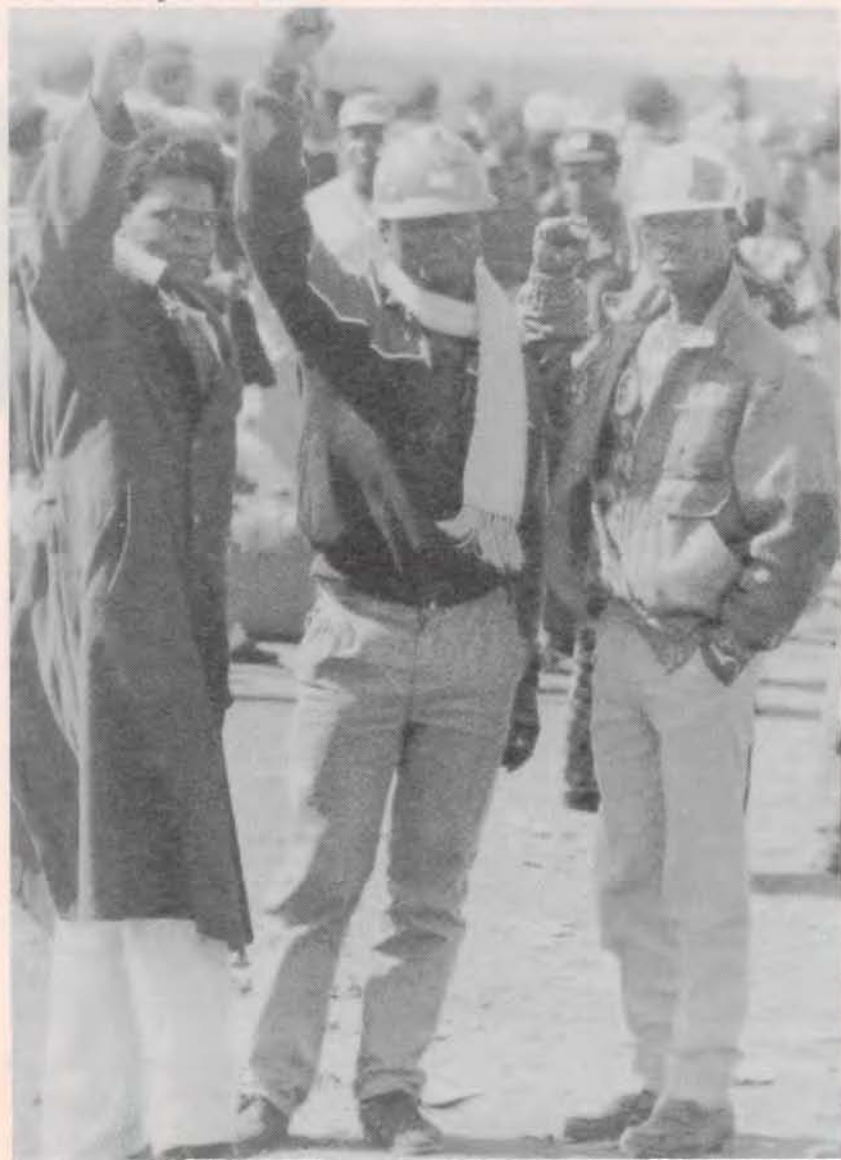
Hinzu kommt noch folgendes: „Die Arbeiter werden konfrontiert mit aggressiven Sicherheitskräften. Und das in Kombination mit ihrer Frustration kann mit zunehmender Streikdauer eine Eskalation der Gewalt hervorrufen. Es wurde ohnehin schon davon geredet, daß das Management in den Saaiploots-, Bracken- und Leslie-Minen bewußt ethnische Spaltung und Kämpfe schürte. Die Versuche von Anglo American, einen Verhaltenskodex hinsichtlich der Gewaltanwendung während des Streiks auszuarbeiten, kamen ohnehin ziemlich spät – nachdem es schon zahlreiche Verletzte und Tote gab. Die Gewerkschaft hatte ihren Verhaltenskodex auf einem Flugblatt zusammen mit den Streikregeln unter den Arbeitern zirkulieren lassen, um abzusichern, daß Zurückhaltung und Disziplin den Ausstand bestimmen.“⁵

Vielleicht wird sich der eine oder andere fragen, warum ich mich immer wieder auf Anglo American beziehe und nicht auf Unternehmen wie Gencor, die im allgemeinen noch unverfrorener und brutaler vorgehen. Nun, weil die Anglo American Corporation, die 40% der südafrikanischen Goldproduktion abdeckt und damit objektiv ein gewaltiger Pfeiler dieses Regimes ist, seit Jahren versucht, sich der Welt als liberales, einsichtiges Unternehmen zu präsentieren, das für eine Verfassungsreform eintritt und nur das Beste will für jedermann in Südafrika.

Ohne Frage sind die führenden Köpfe des Konzerns so klug zu begreifen, daß ihnen das Apartheidsystem zunehmend zum Nachteil gereichen wird. Das aber hält sie nicht davon ab, das Machtinstrumentarium des Rassistenstaates auf ihre „Tarifpartner“ zu hetzen. Der Streik war noch keine Woche alt, da schickte Anglo American als erste zusammen mit dem Werkschutz reguläre Polizeieinheiten gegen die Arbeiter aus, und zwar in der Western Deep Levels Goldmine. Dies ist, nebenbei gesagt, die tiefste Goldgrube der Welt.

Dabei muß ich daran denken, daß Mike Spicer, der Öffentlichkeitsreferent der Anglo American, bei meinem Besuch in der Johannesburger Konzernzentrale die

Südafrikanische Bergarbeiter im Streik.



Bilanz und Ausblick der Gewerkschaftsbewegung

FRAGE: Was sehen Sie als die bedeutendste Errungenschaft des Verbandes (Kongreß Südafrikanischer Gewerkschaften – COSATU, gegründet im November 1985; d. Red.) in den vergangenen Jahren – organisatorisch wie politisch?

J. NAIDOO: Wir haben in jedem Bereich unser Ziel einer Gewerkschaft in jedem Industriezweig erreicht, ausgenommen das Transportwesen. Das hat uns in die Lage versetzt, die Macht der Monopolunternehmen wirkungsvoll herauszufordern.

Zugleich haben wir erlebt, daß die COSATU in fast allen Orten und Städten in Erscheinung trat. Die Organisation hat sich außerdem auf dem Land und in den ländlichen Regionen etabliert. Unsere Mitgliedschaft ist von 450.000 im November 1985 auf 1 Mio zahlender Mitglieder heute angewachsen.

Außerdem haben wir eine Politik der Arbeiterklasse zum festen Bestandteil des Geschehens gemacht. Arbeiter haben an der Arbeit von Organisationen teilgenommen, die sich auf die Wohnviertel gründen und zum Aufbau demokratischer Strukturen beigetragen. Moses Mayekiso, der Generalsekretär der Nationalen Metallarbeitergewerkschaft (NUMSA), steht wegen seiner Mitarbeit in diesen Organisationen vor Gericht.

Die COSATU hat sich weiterhin der Entwicklung einer der Arbeiterklasse gemäßen Verständnisses der Freiheitscharta und der Förderung einer Diskussion über Demokratie und Sozialismus in unseren Reihen sowie unter allen demokratischen Kräften gewidmet.

Indem wir ständig die Notwendigkeit der Mandaterteilung durch die Basis und der Berichterstattung zurück an die Basis betonen, haben wir die Tendenz Einzelner eingeschränkt, demokratische Kontrolle durch die einer Clique zu ersetzen.

FRAGE: Welches waren die schwersten Rückschläge und Schwächen und wie haben sie sich auf die Organisation ausgewirkt?

J. NAIDOO: Einer der schwersten Rückschläge traf uns in Form der Angriffe seitens der Regierung – der Ausnahmezustand, Verhaftungen und die Zerschlagung von Organisationsstrukturen haben viele unserer Aktivisten gezwungen, in den Untergrund zu gehen. (...)

**Wir brauchen eine
Einheitsfrontpolitik gegen
Apartheid unter dem Motto
„Eine Person – eine Stimme“**

Diese Angriffe haben uns erhebliche Energie gekostet und zur Schwächung unserer Kampagnen geführt, etwa der Kampagne für einen Mindestlohn. In vielen Fällen waren Koordination und Solidaritätsaktionen unzureichend. Wir waren infolgedessen nicht in der Lage, die örtlichen und regionalen Strukturen sowie verschiedene Unterkomitees zu festigen, die unseren Kampagnen und dem Prinzip der Arbeiterkontrolle mehr Wirksamkeit verliehen hätten. Es gab auch Widerstand bei der Durchsetzung unseres Prinzips „Ein Industriezweig – eine Gewerkschaft“. Wir haben zwei Jahre gebraucht statt der sechs Monate, die wir in dem Beschluß unseres Gründungskongresses vorgesehen hatten, was dem Kapital mehr Raum für Angriffe auf uns verschafft hat. Gleichwohl haben wir bereits 31 örtliche Vertrauensleute-

räte bilden können. Diese müssen sich in jeder Stadt und jedem Dorf entwickeln.

Faktionsbildung bleibt, wenngleich wir auf dem Weg des Aufbaus von Organisation und politischer Einheit weit vorangekommen sind, ein Problem. Nur indem wir daran festhalten, Demokratie durchzusetzen und Diskussionsforen zu entwickeln, werden wir dieses Problem lösen können. Das erfordert eine organisatorische Herangehensweise, die eint statt auseinanderzudividieren und zugleich am Grundsatz der Mehrheitsentscheidung festhält. (...)

FRAGE: Welche Fortschritte sind beim Aufbau und der Konsolidierung einer Einheitsfront gemacht worden? Es gab einige Verwirrung darüber, welche Form diese annehmen soll und welche Position und Rolle den verschiedenen Organisationen, darunter der UDF, zukommen soll. Wie sieht die COSATU diese Fragen?

J. NAIDOO: Die massenhafte Opposition gegen Apartheid und Kapitalismus hat zur Konsolidierung nationaler Organisationen mit einer Massenbasis unter Jugendlichen, Schülern, Frauen und anderen demokratischen Sektoren geführt, die im Bündnis mit Arbeiterorganisationen in der COSATU gehandelt haben. Die COSATU ist dem Aufbau von Bündnissen mit nationalen, nicht-rassistischen, demokratischen Organisationen in diesen Sektoren verpflichtet, um sicherzustellen, daß die Arbeiter eine aktive, führende Rolle im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung spielen.

Deshalb schlagen wir ein Einheitsfrontbündnis mit diesen nationalen und auf die Masse verschiedener Bevölkerungssektoren gegründeten Organisationen vor mit dem Ziel, dauerhafte Strukturen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zu schaffen. Auf örtlicher Ebene vollzieht sich dies verschiedentlich bereits – Jugendliche, Arbeiter, Frauen und Arbeitslose schließen sich zur Verteidigung ihrer Organisationen zusammen.

Diese Strukturen stellen keinen Versuch dar, die in der demokratischen Massenbewegung bestehenden Organisationen zu unterminieren, sondern ein Forum zu schaffen, in dem beauftragte Repräsentanten – verantwortlich den verschiedenen, massenverankerten Gruppierungen – beständig ihre Ansichten austauschen und eine zusammenwirkende Strategie entwickeln können. Die genaue Form, die sie annehmen sollen, ist Gegenstand von Diskussionen... (...)

FRAGE: Wie sehen Sie die Entwicklung des Kampfes an der politischen Front im Jahr 1988?

J. NAIDOO: Staat und Kapital befinden sich in einer Krise bezüglich der Frage, wie der Status quo zu erhalten und der Massenwiderstand gegen Apartheid und Kapitalismus zu entschärfen sei. Aus der Erkenntnis heraus, daß es Massenwiderstand gegen seine „Reformen“ gibt, hat sich der Staat auf Repression verlegt. Die Medienrestriktionen, Massenverhaftungen, die Rationalisierung der Repression durch den Staatssicherheitsrat und die Einbeziehung der Unternehmer durch die Gemeinsamen Leitungszentren (Joint Management Centres) sind alle Teil dieser Repression. Unsere Verantwortung als COSATU wie als Teil der demokratischen Bewegung besteht darin, die Organisation auf allen Ebenen zu stärken und in sich geschlossene, zusammen-

hängende politische Strategien zu entwickeln, um dieser Entwicklung zu begegnen.

FRAGE: Jetzt, da die COSATU die Freiheitscharta angenommen hat, wie will der Verband vorgehen, um die darin enthaltenen Zielvorstellungen zu erreichen?

J. NAIDOO: Wir haben Kampagnen zu diesen Forderungen entwickelt. Die Forderungen nach einem Mindestlohn und nach dem Recht auf Unterbringung der Familie in der Nähe des Arbeitsplatzes, wie sie sich im Kampf der NUM (Bergarbeitergewerkschaft; d. Red.) gegen das Wohnheimsystem niederschlagen, sind Teile dieser Kampagne. Die Forderung nach einer 40-Stunden-Woche und einem Arbeitslosengeld, das den Lebensunterhalt sicherstellt, sind direkt mit den Charta-Forderungen nach „Wohnung, Sicherheit und Wohlstand“ verbunden.

Wir haben auch Organisationsarbeit geleistet für das Recht auf Schulerziehung und Berufsausbildung, die unsere Möglichkeiten als Menschen entwickeln statt uns zu Lohnsklaven zu



Protestmarsch von COSATU-Mitgliedern gegen die Ermordung eines Gewerkschaftsaktivisten in Port Elizabeth.

machen. Das verleiht der Charta-Forderung Nachdruck, daß „die Türen zu Bildung und Kultur geöffnet werden sollen“.

Diese Kampagne haben wir durch die Einheitsfront zudem mit anderen Bereichen verknüpft und uns dem Ruf angeschlossen: „Eine Person – eine Stimme in einem einheitlichen Südafrika.“

FRAGE: Worin besteht Ihrer Ansicht nach die größte Herausforderung für die COSATU im Jahr 1988?

J. NAIDOO: Darin, alle Arbeiter unter dem Banner der COSATU zu organisieren, eine nationale Gewerkschaft der Arbeitslosen aufzubauen, die Kampagne für einen Mindestlohn zu verstärken und ein zusammenhängendes nationales Bildungsprogramm zu formulieren, das von den Arbeitern kontrolliert wird und ihren Bedürfnisse entspricht. (...)

(Quelle: New Nation, Johannesburg, 3.12.1987)

hohe Todesrate in den südafrikanischen Bergwerken auch mit der Tiefe der Minen und mit dem vergleichsweise niedrigen Mechanisierungsgrad dort unten begründete, „weil wir ausreichend billige Arbeitskräfte haben“, wie er sagte. „Dadurch, daß in anderen Ländern mehr Maschinen eingesetzt werden, kommen natürlich – wenn etwas passiert – dort auch nicht so viele Menschen in den Minen um wie bei uns in Südafrika.“

Menschenverachtender kann man sich wohl kaum äußern. Cyril Ramaphosa, dem ich davon erzählte, wunderte dies in keiner Weise. „Als 1983“, erzählte er, „in einer Kohlengrube in Nord-Natal durch eine Gasexplosion 68 Kumpel umkamen, wurden die Besitzer wegen Verletzung des Minen- und Arbeitsgesetzes zu 400 Rand Strafe verurteilt. Also ist unser Leben nicht einmal 6 Rand wert. Da kann man sich doch mehr Tote als Maschinen leisten.“

Und die Lebenden werden behandelt wie



ein Stück Vieh. 99% der schwarzen Kumpel sind in den sog. Hostels, den Männer-Wohnheimen, einquartiert, davon nur 10% in den neuen, die wegen ihres zweifelsohne verbesserten Standards immer vorgezeigt werden. Aber neun von zehn Wanderarbeitern hausen eben nach wie vor in Lagern mit Räumen für 20-30 Leute, bewacht von Sicherheitskräften der Minen, mit Kontrollen am Eingang. Weder in den Sälen noch am Tor dürfen Besucher empfangen werden.

Im Durchschnitt werden 4.000-5.000 Männer in ein Lager gesteckt. Aber es gibt auch zwei oder drei Camps, in denen 9.000 Menschen eingesperrt sind. Wenn man so dicht aufeinander hockt, keinen Quadratmeter 'private Luft' hat, da entsteht Aggressivität. Es kommt zu Streit

und Gewalt. Viele versuchen, ihre Situation mit Alkohol zu neutralisieren.

Und unter Tage sind wir die Kulis, müssen die Drecksarbeit machen, den Fels brechen, werden an die gefährlichsten Stellen geschickt. Die Weißen haben meistens die qualifizierteren Jobs oder machen die nachgeordneten Arbeiten. Daran wird sich auch durch die Abschaffung der 'job reservation'-Bestimmungen, die ohne Frage erfreulich sind, vorläufig nichts ändern. Nicht nur wegen der Zeit, die noch vergehen wird, bis auch afrikanische Bergleute eine entsprechende Ausbildung absolviert haben, sondern vor allem wegen der Hintertüren, die der Gesetzgeber den Unternehmen offen ließ.“

Denn festgelegt wurde, daß bei einer Qualifizierung auch Sicherheitserwägungen, Sprachkenntnisse, die Staatsbürgerschaft und einige andere Kriterien zu berücksichtigen sind, was den Sprecher der NUM, Marcel Golding, dazu veranlaßte, zu erklären, die Sicherheitsklausel sei ein „Persilschein“. Damit könnten beispielsweise die Grubenbesitzer jeden, der einer Gewerkschaft angehört, zum Sicherheitsrisiko erklären. Außerdem werden dadurch all jene ausgegrenzt, welche in den vier Bantustans angeheuert werden, die Pretoria zu Ausland erklärt hat.

Und noch etwas macht die neue Regelung annehmbar für die Bergbau-Chefs, meinte Cyril Ramaphosa. Bis jetzt hatten die Weißen in bestimmten Arbeitsbereichen eine Monopolstellung. Durch die jetzigen Festlegungen können auch sie besser an die Leine gelegt werden. Wenn's ums Geld geht, sind den Konzernherren erfahrungsgemäß viele Mittel recht.

„Das müssen wir immer im Hinterkopf haben. Besonders, wenn wir an die kommenden Auseinandersetzungen denken. Zwar hat die Arbeiterklasse im vergangenen August ihre gewachsene Bewußtheit in nie dagewesenem Umfang unter Beweis gestellt. Und dies hat der gesamten Gewerkschaftsbewegung einen ungeheuren Auftrieb gegeben. Aber wir hatten auch den Überraschungseffekt auf unserer Seite, der unsere Gegner teuer (siehe Neue Zürcher Zeitung; K.R.) zu stehen gekommen ist. Und jetzt sind die Bergarbeiter in eine Avantgarde-Position gerückt, die uns auch die gesammelte Gegenwehr einbringen wird. Deshalb müssen wir unsere Durchhaltekraft und Geschlossenheit weiter stärken.“

Schließlich ist die NUM ja unter dem Dach der COSATU vereint mit anderen Gewerkschaften, die auch noch einiges an solidarischer Kraft in die Waagschale zu werfen haben, ein Potential, das 1987 noch nicht allzu sehr zum Tragen kam⁶, aber vielleicht ein Schlüssel sein könnte zu neuen Erfolgen.

Anmerkungen:

- 1) Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 29./30.11.1987
- 2) Vgl. Work In Progress, hsg. vom Southern African Research Service, Johannesburg, Nr. 49, S. 36
- 3) Frankfurter Rundschau, 3.9.1987
- 4) Vgl. NUM-News, official Newsletter of the National Union of Mineworkers, August 1987
- 5) Work In Progress, Nr. 49, S. 36
- 6) Vgl. New Nation, Johannesburg, 3.-9.9.1987

Bestell-Coupon

(bitte einsenden an: AIB-Leser/-innen-Service, Postfach 510 868, 5000 Köln 51)

- Ich abonniere das AIB ab Nr. ____ / ab sofort
- Ich bestelle ____ Expl. AIB Nr. ____
- Ich bestelle ____ Expl. AIB-Sonderh. Nr. ____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 24 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr: DM). Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 bzw. 2,50 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z. B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Name/Vorname _____

Straße/Nr. _____

Postleitzahl/Wohnort _____

Datum/Unterschrift _____

Gewünschte Zahlungsweise (bitte ankreuzen):

- Bankinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Kontonummer _____

Bankleitzahl _____

Geldinstitut _____ in _____

Rechnung

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB Leser/-innen-Service, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum/Unterschrift _____

Werbepremie

Der oben aufgeführte AIB-Abonnent wurde von mir gewonnen:

mein Name _____

meine Adresse _____

mein Prämienvunsch aus dem AIB-Angebot _____

AIB
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Inkatha und andere

Die Bedeutung der Marionettenpolitik für Pretoria

Die Homelands (Heimatländer) oder Bantustans dienen der Minderheitsregierung in Pretoria in mannigfacher Weise. Ihren ursprünglichen Zweck, die Beseitigung aller Afrikaner aus den 87% des Landes, die als weißes Gebiet verstanden werden, konnten sie nicht erfüllen. Industrie und Dienstleistungsgewerbe sowie die Farmen konnten nicht auf die afrikanischen Arbeitskräfte verzichten und werden es auch in Zukunft nicht können. Aber jene Teile der afrikanischen Bevölkerung, die nicht als Arbeitskräfte gebraucht werden, können in diese marginalisierten Gebiete abgedrängt werden. Arbeitskräfte aus den Homelands gelten als „Fremde“ im weißen Südafrika. Die Kosten für afrikanische Arbeitskräfte werden mit Hilfe der Homelands niedrig gehalten.

Diese wirtschaftlichen Aspekte sind das Herzstück der Homelandpolitik. Doch gibt es noch zahlreiche weitere Gründe für die südafrikanische Regierung, die Idee der Homelands hochzuhalten.

Menschen afrikanischer Abstammung werden in diese Homelands gezwungen, Hunderttausende wurden gegen ihren erklärten Willen dorthin zwangsweise umgesiedelt. Damit wird die afrikanische Bevölkerungsgruppe nach sog. Stammeszugehörigkeiten getrennt, sollen alte Grenzen künstlich erhalten werden.

Hier allerdings ging das Apartheidkonzept nicht auf. Die Realität aller Afrikaner, die in erster Linie durch rassistische Unterdrückung bestimmt ist, hat einen nationalen Widerstand gegen die Apartheid entstehen lassen, dessen Wirken

Inkathas Angriffe auf Aktivisten des Widerstands liegen darin begründet, daß sie die Provinz Natal als ihr „Revier“ beanspruchen

durch die Homelandpolitik zwar erschwert, aber nicht verhindert werden kann. Erste Ansätze dieser nationalen Einigung über alte, noch Ende des 19. Jahrhunderts bestehende Grenzen hinweg zeigten sich schon vor jetzt mehr als 75 Jahren mit der Gründung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC).

Als gewichtiger politischer Vorteil erwies sich für das Minderheitsregime die Schaffung der Homeland-Regierung mit



Buthelezi, Chefminister des Homelands Kwazulu/Natal, auf einer Inkatha-Kundgebung.

ihren Apparaten. Letztendlich vollkommen abhängig von Pretoria, haben sie sich als in der Regel brauchbare Instrumente für Südafrikas Politik erwiesen. So ist heute die politische Gesetzgebung und vielfach auch die Repression in den Homelands noch schärfer als in den weißen Gebieten. Südafrikanische Gesetze, etwa zum Arbeitsrecht, die nicht-rassistische Gewerkschaften zulassen, gelten in zahlreichen Homelands nicht. Dies trifft insbesondere für die in die angebliche Unabhängigkeit entlassenen sog. Nationalstaaten zu: Transkei, Bophutatswana, Ciskei und Venda.

Die Homeland-Regierungen sind nur allzu bereit, das schmutzige Geschäft für die südafrikanische Regierung zu übernehmen. Und diese badet in Unschuld. Zu diesem Zweck haben sich die Homeland-Chefs und Administrationen Gesetze und Sicherheitsorgane geschaffen. Sog. Massenbewegungen, deren Mitgliedschaft für viele Dinge wie einen Arbeitsplatz, Ausbildungs- und Schulplätze usw. Voraussetzung ist, sollen die Bevölkerung kontrollierbar machen und gleichzeitig die Homeland-Chefs als Führer legitimieren. Hierzu gehört auch Inkatha.

Reicht dies alles nicht aus, so hat fast

jeder Homeland-Chef eine eigene Schlägertruppe, die seine Ansprüche mit Gewalt durchsetzt. Dabei lohnt es sich, zur Homeland-Elite zu gehören. Pretoria läßt sich diese Puffer einiges kosten und finanziert gut honorierte Minister und Häuptlingsposten.

„Die Ndebele waren eher glücklich, 'leer' ausgegangen zu sein. Weil es kein 'Homeland' für sie gab, konnten sie so auch nicht einfach aus Südafrika abgeschoben werden. Doch eine Gruppe ehrgeiziger Ndebele-Häuptlinge wollte nicht länger zusehen, wie ihre Kollegen in den etablierten 'Homelands' mit Minister- und Präsidententiteln, entsprechenden Gehältern, Dienstvillen und Autos ausgestattet wurden. So sprachen sie 'in eigener Sache' in Pretoria vor.“¹

Kein Wunder also, daß in der Bevölkerung Südafrikas, insbesondere unter den betroffenen Afrikanern, das Homeland-Konzept abgelehnt wird und die Führer mit wachsendem Widerstand konfrontiert werden. Die Mehrheit in Südafrika hat kein Interesse an einer Teilung des Landes, sondern fordert immer lauter ein einheitliches Südafrika ohne Apartheid.

Diese Tatsachen sollten auch hiesigen Politikern bekannt sein. Dennoch ließ es

sich der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß nicht nehmen, dem Chef Bophutatswanas, Lucas Mangope, einen Besuch abzustatten. Nicht einmal die dadurch erreichte faktische Anerkennung der sog. Unabhängigkeit des Homeland und seiner Regierung reichten ihm aus. Er forderte ausdrücklich die völkerrechtliche Anerkennung Bophutatswanas.²

Besuche dieser Art erleichtern es der Regierung Botha, die Homeland-Führer als Vertreter der afrikanischen Bevölkerung im Ausland zu verkaufen, sie als Alternative zu den weltweit bekannten und von der Bevölkerungsmehrheit anerkannten Führern des Widerstandes anzubieten. Strahlenster Stern am Satellitenhimmel ist der auch in der BRD hofierte Chef KwaZulus, Mangasutho Gatsha Buthelezi. Er hat es bestens verstanden, sich als gemäßigten, an einer „friedlichen Lösung“ interessierten schwarzen Führer zu verkaufen.

Seine 1975 gegründete Organisation Inkatha wird als größte politische Organisation der Schwarzen mit nun mehr als 1,5 Mio Mitgliedern in der südafrikanischen und internationalen Presse gefeiert. Doch was ist Inkatha wirklich?

Bereits während des „Aufstandes von Soweto“ im Juni 1976 trat Buthelezi als Verbündeter der Sicherheitsorgane gegen die demonstrierenden Schüler auf den Plan. Inkatha-Anhänger wurden aktiv in den Townships (Vorstädten) und gingen gewalttätig gegen die Schüler vor. Als Gegenpart zu den Organisationen des Schwarzen Selbstbewußtseins (Black Consciousness) wurde 1976 von Buthelezi die Schwarze Einheitsfront als Koordinationsorgan der Homeland-Führer gegründet. 1978 ging aus diesen Anfängen die Südafrikanische Schwarze Allianz hervor, in der neben Inkatha die Indische Reformpartei und die Farbige Arbeiterpartei vertreten sind. Beide Parteien beteiligten sich an den Wahlen zu dem Dreikammern-Parlament im Sommer 1984. Bereits 1980 rief Buthelezi zur Gründung schwarzer „Vigilanten“-Gruppen auf, die jene bekämpfen sollten, die bereit waren, „Eigentum zu zerstören“. Das war Buthelezis Reaktion auf die erfolgreichen Anschläge des Umkhonto we Sizwe, des bewaffneten Flügels des ANC, auf die Kohleverflüssigungsanlage SASOL.³

Heute liest sich das so: „Aber andererseits geht die Gewalt von Schwarzen ge-

Inkatha-Schlägergruppe und ihre Förderer, südafrikanische Polizisten, bei einer Aktion in Durban.



gen Schwarze, die Gewalt zwischen schwarzen Organisationen, die vom ANC und der UDF (Vereinigte Demokratische Front) inspirierte Gewalt, in großem Umfang weiter. Ich glaube, es wird oft vergessen, vor allem in Europa, daß diejenigen, die mit der Gewalt begonnen haben und weiterhin Gewalt anwenden, dem ANC zuzurechnen sind und von seiner hiesigen Frontorganisation, der UDF, unterstützt werden.“⁴

Diesen „Gegenangriffen“ Inkathas fielen in den letzten Jahren zahlreiche Aktivisten des Widerstandes zum Opfer.

In den letzten Monaten spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen den Widerstandskräften und Inkatha in der Provinz Natal derart zu, daß u.a. Erzbischof Desmond Tutu und weitere Kirchenführer die Parteien aufforderten, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Von Anfang 1987 bis Januar d.J. sind fast 300 Menschen dem Konflikt zum Opfer gefallen. Ausgelöst wurde die Zuspitzung durch eine Inkatha-Kampagne im letzten Jahr, mit mehr oder weniger Zwang neue Mitglieder für Inkatha zu rekrutieren. So sollte eine angebliche Massenzustimmung zu den Verfassungsprojekten Inkathas und Buthelezis demonstriert werden.

Aktivitäten der UDF in dieser Provinz sollten außerdem unterbunden werden, da Buthelezi und seine Anhänger die Region als ihr Revier betrachteten.

Ende 1987 trafen sich Führer beider Organisationen zu Verhandlungen über eine Beilegung des Konflikts. Dennoch gab es auch in den ersten Wochen des neuen Jahres weitere Auseinandersetzungen und Opfer. Vertreter von Kirchen und Menschenrechtsorganisationen berichteten zudem, daß Inkatha von der Polizei ungestört und zum Teil sogar unterstützt wirken könnte.⁵

Doch Buthelezi und seine Organisation werden in unserer Öffentlichkeit noch immer als Vertreter der Gewaltlosigkeit, des friedlichen Übergangs usw. vorgestellt. Gleichzeitig werden die Auseinandersetzungen unter Schwarzen als Beweis für die Regierungsunfähigkeit der Schwarzen genannt. Ein Blutbad sei zu erwarten, wenn die weiße Minderheitsregierung ihre Herrschaft an die Mehrheit des Volkes nach dem Prinzip „Eine Person – eine Stimme“ (one person – one vote) abgebe.

Buthelezi ist sich einig mit seinen Freunden im Westen: Eine radikale Veränderung muß in Südafrika verhindert werden. Sie wissen aber auch, daß Veränderungen notwendig sind und hoffen, so eine weitere Zuspitzung der Auseinandersetzungen in Südafrika verhindern zu können. Ihre Suche gilt „friedlichen Lösungen unterhalb von 'one man – one vote'“⁶, da nur so die von allen ernsthaft-

ten Beobachtern der Situation in Südafrika erwartete Mehrheit für den ANC ausgeschlossen werden kann.

Eigens um hier ein Modell zu entwickeln, wurde für die Provinz Natal und das Homeland KwaZulu ein Verfassungsentwurf erarbeitet. Er sieht ein Zwei-Kammern-Parlament vor. Die Abgeordneten der 1. Kammer werden durch Verhältniswahl ermittelt. Die 2. Kammer stellen je 10 Vertreter der einzelnen Bevölkerungsgruppe und eine 4. Gruppe von 10 Abgeordneten, die nicht an eine bestimmte Gruppe gebunden ist. Dieses Modell, das zunächst auf regionaler Ebene gelten sollte, wurde jedoch von der südafrikanischen Regierung und der herrschenden Nationalen Partei abgelehnt.

Entscheidend an diesem Vorschlag ist die 2. Kammer, deren Abgeordneten Gruppen mit weitgehenden Vetorechten ausgestattet werden. Diese Kammer, das ist angesichts des Zahlenverhältnisses der



Sarmcol-Betriebsratsvorsitzender Phineas Sibiya, der im Dezember 1986 von Inkatha-Schlägern und Kwazulu-Polizisten, umgebracht wurde.

einzelnen Bevölkerungsgruppen zueinander gar nicht zu übersehen, garantiert einen erheblichen Minderheitenschutz. Dieser wird von kompromißbereiten liberalen und konservativen Kräften immer wieder als Voraussetzung für ihre Beteiligung an einem Wandel in Südafrika gefordert.

Der vorgelegte Entwurf strebt ein „marktwirtschaftlich ausgerichtetes“ Gesellschaftssystem an und soll „allen Menschen Chancengleichheit zusichern“.⁷ Die Erarbeitung des Modells wurde tat- und finanzkräftig von der

TRIALOG

Zeitschrift für
das Planen und Bauen
in der Dritten Welt

TRIALOG

*

erscheint vierteljährlich

*

beschäftigt sich
mit Wohnproblemen und
Verstädterungsprozessen
in der Dritten Welt

*

stellt Lösungsansätze von
Architekten, Bauingenieuren,
Ökonomen, Planern
und Sozialwissenschaftlern vor

*

ist ein Forum für den Austausch
von Praxiserfahrungen
und Forschungsergebnissen

*

regt die wissenschaftliche Diskussion
an und fördert die Kommunikation
mit Kollegen aus der Dritten Welt

*

Lieferbare Schwerpunktthete:

5 / 85 Ausgrenzungen, Arbeitstitel „Ghettos“

6 / 85 Socialist Housing?

(Doppelheft, englisch)

7 / 85 Raum-Ordnungen

8 / 86 Erneuerung historischer Stadtzentren

9 / 86 Mittelstädte

10 / 86 Frauen

11 / 86 Internationales Jahr der Hilfe

für Menschen in Wohnungsnot 1987

(Doppelheft)

12 / 87 Angepaßte Technologien

13 / 14 / 87 Slum and Squatter Upgrading

(Doppelheft, englisch)

15 / 87 Partizipation

*

Einzelheft: DM 9,-

(Studenten DM 6,- Institutionen DM 12,-)

Doppelheft: DM 12,-

TRIALOG

**Aboservice und Vertrieb:
Hundertmorgen Medienversand
Postfach 1152
D-6107 Reinheim 2
Tel. 06162-1674**



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig bekanntgeben!**

Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert.
Dieser Weg des friedlichen Wandels, der
Entwicklung von Alternativvorschlägen
ist für Buthelezi der einzig gangbare. Je-
doch versäumt er es in seinen Schriften
aufzuzeigen, wie denn nun von der Re-
gierung unter Staatspräsident Pieter W.
Botha Zugeständnisse erkämpft werden
sollen. Auch sind seine Äußerungen zur
Zukunft des Landes ausgesprochen
dünn.

Die Forderung nach Chancengleichheit
für alle etwa kann angesichts der jahr-
hundertelangen Unterdrückung der gro-
ßen Mehrheit des Landes nur umgesetzt
werden, wenn bestehende Verhältnisse
gewandelt werden. Dies betrifft z.B. die
Eigentumsfrage, das allerdings laut Inka-

**Inkathas Angriffe
auf Aktivisten des Widerstands
liegen darin begründet, daß sie
die Provinz Natal als ihr
„Revier“ beanspruchen**

tha ausdrücklich geschützt und erhalten
werden soll.

Auch zu anderen Formen des Widerstan-
des, die heute in Südafrika angewandt
werden, hat Buthelezi keine positive Hal-
tung. Miet- und Schulstreiks, Konsumenten-
boykott usw. lehnt er für die Gegen-
wart ab. Die Zeit für diese Aktionsfor-
men sei noch nicht reif.⁸

Besonderer Zustimmung im Westen
kann sich Buthelezi sicher sein aufgrund
seiner Ablehnung von Sanktionen und
seiner Aufforderung zum „konstruk-
tiven Engagement“.

„Schwarze in diesem Land wissen, daß
jene, die das Land mit Gewalt lahmlegen
wollen, am lautesten nach Sanktionen
und Disinvestment rufen. Jene, die einen
Bürgerkrieg Schwarze gegen Schwarze
schaffen wollen, sind jene, die nach
Sanktionen und Disinvestment rufen.
Jene, die unser Land durch Gewalt un-
regierbar machen wollen, rufen nach
Sanktionen und Disinvestment.“⁹

Diese wütenden Angriffe richten sich ge-
gen ANC und UDF. Doch auch Buthelezi
und Inkatha können nicht an der Popula-
rität des ANC vorbei.

Bereits Ende der 70er Jahre versuchte
Buthelezi, Inkatha als Nachfolgeorgani-
sation der Ideale des alten ANC – also
vor der Aufnahme des bewaffneten
Kampfes – im Bewußtsein der Schwar-
zen zu verankern. Deutlicher Ausdruck
sind die Farben seiner Organisation, die
diese vom ANC übernahm. Auch fordert
Buthelezi die Freilassung Nelson Man-
delas als Voraussetzung für Verhand-
lungen.

Buthelezi hat es während der 70er Jahre
verstanden, sich einen Zipfel an Glaub-
würdigkeit unter größeren Teilen der

südafrikanischen Bevölkerung aufgrund
solcher Forderungen und der immer wie-
der vorgebrachten Ablehnung der Apart-
heid zu erhalten. Auch seine beharrliche
Weigerung, KwaZulu in die sog. Unab-
hängigkeit zu führen, hat hierzu beigetra-
gen. Doch ist Roger Southall zugestimmt,
der bereits 1981 schrieb: „...Buthelezi
hat sich jetzt so weit nach rechts im
politischen schwarzen Spektrum be-
wegt, daß er sich jede Möglichkeit selbst
untergraben hat, die er vielleicht vorher
besessen hat, um wirklich eine Vermitt-
lerrolle einnehmen zu können.“¹⁰

Im Zuge der zugespitzten Ausein-
setzungen in Südafrika seit Anfang der
80er Jahre und der sich ausbreitenden
Widerstandsaktivitäten aber stößt
Buthelezi unter den Schwarzen auf weit-
gehende Ablehnung. Das Motto des
Widerstandes, Apartheid ist nicht reform-
ierbar, sie muß abgeschafft werden, ist
mit seinen Politikvorstellungen nicht zu
vereinbaren.

Doch noch immer hat Buthelezi unter
den Führern der Homelands eine Sonder-
stellung inne. Dies ist nicht zuletzt dar-
auf zurückzuführen, daß er von Anfang
an Ansprüche auf eine nationale Füh-
rungsposition unter den Schwarzen er-
hoben hat. Andere Homeland-Führer ha-
ben sich mit ihren „zugewiesenen“ Ge-
bieten zufriedengegeben.

International wird Buthelezi solange als
Hoffnungsträger für eine sog. friedliche
Lösung gefeiert werden, wie er noch
nicht hoffnungslos als Kollaborateur der
Apartheid von der internationalen Öff-
entlichkeit gesehen wird.

Anmerkungen:

- 1) „Homeland“-Zeitung, hrsg. vom Evan-
gelischen Missionswerk (EMW), Hamburg
1987. Die Zeitung kann kostenlos bezo-
gen werden bei: EMW, Mittelweg 143,
2000 Hamburg 13
- 2) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung,
29.1.1988
- 3) Rand Daily Mail, Johannesburg,
14.4.1980
- 4) Interview mit Häuptling Buthelezi, Präsi-
dent der Inkatha-Bewegung, am
19.2.1987 in Ulundi, in: Eichholzbrief,
Konfliktherd Südafrika, hrsg. von G.
Rüther u.a. im Auftrag der Konrad-
Adenauer-Stiftung, 2/87, Wesseling 1987
- 5) Newsweek, New York, 11.1.1988. Siehe
auch: AIB 1-2/1988, S. 13; d. Red.
- 6) Gustav Sonnenhol, in: Bayerische Lan-
deszentrale für politische Bildung, Süd-
afrika, Bd. 2, München 1987, S. 114. G.S.
war von 1972-77 Botschafter der BRD in
Südafrika.
- 7) Inkatha und der Kampf um die Befreiung
in Südafrika, hrsg. von Suzanne Griffin/
Reine R. Steenwijk, o.O., o.J. (1987)
- 8) Thomas Kruchem, Opposition in Süd-
afrika, in: Eichholzbrief, a.a.O., S. 53
- 9) M.G. Buthelezi, Rede im Jabulani Am-
phitheater, Soweto am 29.6.1986 anläß-
lich eines „Prayer Meeting – For Black
Unity“.
- 10) Roger Southall, Buthelezi, Inkatha and
the Politics of Compromise, in: African
Affairs, Jg. 80, Nr. 321, Oktober 1981,
London 1981

Die Vereinigung von ZANU und ZAPU

Am 22. Dezember 1987 unterzeichneten Robert Mugabe, Präsident der regierenden Afrikanischen Nationalunion Simbawes/Patriotische Front (ZANU/PF), und Joshua Nkomo, Präsident der Afrikanischen Volksunion Simbawes (ZAPU), ein vierseitiges Abkommen, das nach einer 24jährigen Geschichte der Kooperation und Konfrontation die Vereinigung der beiden nationalistischen Parteien besiegelt.

Das Abkommen trägt eindeutig die Handschrift der ZANU/PF, die vereinigte Partei wird den Namen ZANU/PF tragen und Robert Mugabe zum Präsidenten haben. Details über die Position der bisherigen ZAPU-Mitglieder in der neuen ZANU/PF-Führung enthält das Vereinigungsdokument nicht. Kongresse der beiden Parteien müssen dem Abkommen noch zustimmen.¹

ZANU/PF und ZAPU beseitigten mit ihrer Vereinigung die wichtigste Hürde auf dem Weg zum angestrebten Einparteiensstaat. Nach dem Wegfall einiger Beschränkungen der Unabhängigkeitsverfassung im April 1987 waren bereits das Amt eines exekutiven Staatspräsidenten geschaffen und die parlamentarische Sonderpräsenz der Weißen, die selbst die konservative, der Geschäftswelt nahestehende „Financial Gazette“ (28.8.1987) als „Anachronismus“ bezeichnete, beendet worden. Die Abgeordneten, welche auf Vorschlag der ZANU/PF als Ersatz für die entfallenen weißen Sondersitze gewählt wurden, waren zur Hälfte Weiße, darunter meh-

tere sehr prominente Kapitalvertreter. Einen wichtigen Hinweis auf die Zielsetzung der Vereinigung der beiden Parteien liefert die im Vereinigungsdokument ausdrücklich eingegangene Verpflichtung, „energische Schritte zu unternehmen, um die im Matabeleland verbreitete Unsicherheit und Gewalt zu beseitigen“.² Die gespannte Situation im Matabeleland, der Hochburg der ZAPU aus der Zeit des Befreiungskrieges, hängt eng mit dem Konflikt zwischen den beiden nationalistischen Parteien zusammen, die sich in ihren politischen Grundpositionen nicht unterscheiden, sozial ähnlich zusammengesetzt sind und während des Befreiungskampfes zeitweise verbunden waren.

Zwar gingen ZANU/PF und ZAPU nach der Unabhängigkeit eine Koalition ein und fanden Ende 1980/Anfang 1981 erste inoffizielle Vereinigungsgespräche statt. Aber das Verhältnis der beiden Parteien, ohnehin schon durch alte persönliche Animositäten und die Schwierigkeiten der ZAPU, sich in ihre Minderheitsposition zu finden, belastet, verschlechterte sich dramatisch, als Sicherheitskräfte Anfang 1982 Waffenlager auf ZAPU-Farmen entdeckten.

Daraufhin entließ Premierminister Mugabe Nkomo und einige andere, aber nicht alle ZAPU-Minister. Ehemals führende Kader der ZIPRA, der Armee der ZAPU im Befreiungskampf, wurden wie andere prominente ZAPU-Mitglieder festgenommen, angeklagt und nach ihrem Freispruch weiter in Haft gehalten.

Nach diesen Regierungsmaßnahmen nahmen die Aktivitäten bewaffneter Banden, „Dissidenten“ genannt, im Matabeleland dramatische Ausmaße an. Bei den „Dissidenten“ sind drei Kategorien zu unterscheiden: Ex-ZIPRA-Kader, die in Opposition zur Regierung in den Busch zurückkehrten, wirkliche Banditen ohne politische Motivation, die unter dem Deckmantel der „Dissidenten“ operieren, und von Südafrika infiltrierte Gruppen, darunter auch Ex-ZIPRA-Kader.³

Die ZANU/PF beschuldigte die ZAPU wiederholt der Komplizenschaft mit den „Dissidenten“. Als Partei hatte die ZAPU mit den „Dissidenten“ jedoch nichts zu tun. Die Regierung setzte, durch das Beispiel des benachbarten Mosambik gewarnt, sofort Militär ein. Dieses ging zunächst mit zu großer Härte vor und entfremdete die Bevölkerung im Matabeleland durch sein Vorgehen zusätzlich von der ZANU/PF-Regierung. Beobachtern drängte sich der Eindruck auf, die ZANU/PF-Regierung wolle im Windschatten der „Dissidenten“ bekämpfung auch gleich die ZAPU-Hochburg Matabeleland schleifen. Auch in anderen Teilen Simbawes griff sie zu Repressalien gegen die ZAPU.

Tatsächlich konnte sie bei den Wahlen von 1985 die ZAPU auf deren Hochburg, das von Dürre und Wirtschaftskrise am schwersten betroffene Matabeleland, zurückdrängen. Dort gewann die ZAPU jedoch alle Sitze (vgl. AIB 8-9/1985, S. 15f.). Nach den Wahlen von 1985 verstärkte die Regierung den Druck auf den ZANU/PF-Rivalen ZAPU noch. Zeitweise war gut ein Drittel der Parlamentsfraktion der ZAPU in Haft.

Im Oktober 1985 begann dann eine neue Runde der Vereinigungsgespräche. Die simbabweische Regierung hatte sich 3 Monate zuvor verstärkt militärisch bei der Stabilisierung Mosambiks engagiert, mußte also an einer Beruhigung im Matabeleland sehr interessiert sein. Teile der ZANU/PF-Führung sahen das harte Vorgehen gegen die ZAPU als kontraproduktiv an, Sicherheitsverantwortliche setzten sich für die Vereinigung ein. „Die Dissidenten operieren im Namen der ZAPU und sagen, daß sie Nkomo und seine Partei unterstützen, so daß sie Hilfe von einigen Leuten bekommen, vor allem in den ländlichen Gebieten (Matabelelands). Wenn die Einheitsgespräche

R. Mugabe (l.) und J. Nkomo, Architekten der Vereinigung ihrer Parteien.



den Erfolg haben, die beiden Parteien zusammenzubringen, sollte das die Unterstützung für die Dissidenten austrocknen. Dann könnten unsere Truppen die von Südafrika unterstützten Dissidenten besser bekämpfen", gab Sicherheitsminister Emmerson Munangagwa seinen Hoffnungen 1985 Ausdruck.⁴

Die ZAPU hatte, durch die Repressionsmaßnahmen und Übertritte zur Regierungspartei arg geschwächt, ebenfalls ein Interesse am Erfolg der Gespräche. Die Regierung entließ schrittweise die ZAPU-Prominenz aus der Haft, darunter auch den früheren ZIPRA-Kommandeur, Lookout Masuku, und den früheren ZIPRA-Geheimdienstchef, Dumiso Dabengwa. Anfang 1986 unternahm Nkomo und der damalige Innenminister Enos Nkala, der für seine feindselige Haltung gegenüber der ZAPU bekannt ist, eine gemeinsame Tour durch das Matabeleland, auf der sie ein Ende der „Dissidenten“-aktivitäten forderten. Die ZAPU bereitete die Basis auf die Vereinigung vor.

Überraschend gab Mugabe in seiner Ansprache zum 7. Jahrestag der Unabhängigkeit am 18. April 1987 den Abbruch der Gespräche bekannt: „In Bezug auf die Frage Beziehung ZANU-ZAPU tut es mir leid zu sagen, daß wir in der Frage der Einheit zu lange in der Sackgasse gewesen sind und das Zentralkomitee meiner Partei jüngst entschieden hat, daß die Gespräche nicht fortgesetzt werden sollen, da sie keinem sinnvollen Zweck dienen.“⁵ Als Begründung für das Scheitern der Gespräche gab Mugabe später in einem Interview mit dem „Herald“ an, die ZAPU habe ein inakzeptables Symbol für die vereinigte Partei vorgeschlagen, in dem Nkomo, dessen Name Bulle bedeutet, in Form eines Bullen habe verewigt werden sollen, und zuletzt wieder die Vereinigung in Form einer Front vorgeschlagen.⁶

Anscheinend gab es im Zentralkomitee der ZANU/PF eine starke Opposition gegen die Vereinigung, gerade auch von bestimmten regionalen Cliquen der Partei, die in den letzten Jahren beim Kampf kleinbürgerlicher Führungskräfte um den Platz an der Sonne eine zunehmend wichtige Rolle bei innerparteilichen Konflikten spielen. Schon 1984 brachte Willie Musarurwa, früherer Chefredakteur der „Sunday Mail“, die Widerstände gegen die Vereinigung auf diesen Nenner: „Nun, wir haben in der ZAPU einige Leute, die keine Einheit wollen, weil sie fürchten, ihre gute Position zu verlieren. In der ZANU gibt es dieselbe Art von Leuten, hier ist die Angst vor der Einheit sogar stärker.“⁷

Nach dem Gesprächsabbruch nahmen die „Dissidenten“-aktivitäten im Matabeleland und auch in der Midlands-Pro-

vinz wieder merklich zu. Südafrika, das Simbabwe Armee nun durch Übergriffe des Mosambikanischen Nationalen Widerstandes (RNM) und durch ein noch unbedeutendes, mit dem RNM liierte simbabwische Contra-Grüppchen auch im Osten des Landes festzunageln sucht (vgl. AIB 10/1987, S. 18), griff 1987 den „Dissidenten“ im Matabeleland erneut unter die Arme.⁸ Die Apartheidstrategen wollen das starke militärische Engagement Simbawwes auf seiten der mosambikanischen Regierung eindämmen, da dies ihre regionalen Hegemoniebestrebungen empfindlich stört.

Die Repression gegen die ZAPU führte in ihrer Hochburg Matabeleland zum Entstehen bewaffneter Banden

Die „Dissidenten“ finden jedoch auch bei der Bevölkerung im Matabeleland eine gewisse Unterstützung. Die Folgen der extremen Ungleichverteilung des Landes sind hier noch schwerwiegender als im Rest von Simbabwe. Im Matabeleland hat es praktisch keine Umverteilung des Landes gegeben. „Dissidenten“ greifen diese Frage, die schon im nationalen Befreiungskampf zentral war, auf. „Es gibt eine Beziehung zwischen Squattern (illegalen Landbesetzern; J.B.) und den Dissidenten“, gibt der frühere Innenminister Nkala zu.⁹ Auch die früheren Exzesse bei der „Dissidenten“-Bekämpfung und die Repressalien gegen „ihre“ Partei, die ZAPU, hat die Bevölkerung im Matabeleland nicht vergessen. Nun, da nach der Machtdemonstration weiterer Repressionsmaßnahmen gegen

die ZAPU und erneuten Verhandlungen die Vereinigung der beiden Parteien doch erreicht ist, bleibt zu hoffen, daß sich die Konflikte in der vereinigten Partei nicht fortsetzen.

Bei der Kabinettsumbildung, die Mugabe Anfang Januar d.J. nach seiner Wahl in das neugeschaffene Amt des exekutiven, machtvollen Staatspräsidenten und nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Vereinigung von ZANU und ZAPU vornahm, schob er Herbert Ushewokunze, der in mehrere Skandale verwickelt war, und Eddison Zvobgo auf ein Nebengleis ab. Beide hatten sich bei innerparteilichen Auseinandersetzungen regionaler Cliquen profiliert.

Joshua Nkomo wurde neben Bernard Chidzero (Wirtschaft) und Maurice Nyagumbo (politische Angelegenheiten) einer von drei übergeordneten Ministern. Außerdem wurden zwei weitere Ex-ZAPU-Leute zum Minister ernannt: John Nkomo zum Arbeits- und Joseph Msika zum Bauminister.¹⁰

Von der neuen Regierung ist die Fortsetzung der kapitalorientierten, strukturelle Reformen vermeidenden Wirtschaftspolitik und eine Fortsetzung der harten Linie gegen Südafrika zu erwarten.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. The Times, London, 23.12.1987
- 2) Ebd.
- 3) Vgl. J. Hanlon, Beggar Your Neighbours. Apartheid Power in Southern Africa, London/Bloomington 1986, S. 178ff.
- 4) AfricAsia, Paris, November 1985
- 5) The Sunday Mail, Harare, 19.4.1987
- 6) Vgl. The Herald, Harare, 15.5.1987
- 7) Informationsdienst südliches Afrika, Bonn, 2Nr. 7/1984
- 8) Vgl. The Observer, London, 26.7.1987
- 9) The Times, 26.11.1987
- 10) Vgl. ebd., 4.1.1988; ZBC, 3.1.1988 und Le Monde, Paris, 5.1.1988

AUSGEWÄHLTE NEUE LITERATUR ZUR ENTWICKLUNGSPOLITIK ANNOTIERTE BIBLIOGRAPHIE

Suchen Sie ein aktuelles Buch über ein Dritte-Welt-Land? Oder zum Thema Verschuldung oder Hunger oder Industrialisierung oder Frauenprobleme ...?

Um Ihnen die Sucharbeit zu erleichtern, bringt die ÖFSE eine annotierte Bibliographie heraus, in der die Neuerwerbungen der ÖFSE-Bibliothek* (ca. 800 bis 1000 Bände jährlich) beschlagwortet und kurz beschrieben werden (gegliedert in Regional- und Sachbereiche).

Die Bibliographie erscheint 2x jährlich. Preis: S 50,- + Porto (im Abo S 100,-). Zu beziehen bei der ÖFSE. Fordern Sie ein kostenloses Probeheft an!

Die ÖFSE publiziert auch eine jährlich erscheinende Broschüre zur Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik Österreichs. Die Ausgabe 1987 enthält: die österreichischen Entwicklungshilfeleistungen 1980 - 1986; eine Analyse der bilateralen Projekthilfe für Afrika 1974 - 1985; eine Zusammenstellung österreichischer Publikationen und Fachbeiträge über die Beziehungen Österreichs zur Dritten Welt (Preis S 50,-).

ÖFSE

ÖSTERREICHISCHE FORSCHUNGSSTIFTUNG FÜR ENTWICKLUNGSHILFE
A-1090 Wien, Türkenstraße 3/III · ☎ 0222 / 34 01 51

* Bibliothek und Dokumentation geöffnet Mo - Do 10.00 - 17.00h

Verschuldungskrise nach Acapulco



Die Staatschefs Venezuelas, Perus, Kolumbiens, Argentinien, Mexikos, Brasiliens, Panamas und Uruguays (v. l. n. r.) auf dem Acapulcogipfel.

Von „bedeutsam“ bis zu „wenig effiziente Seebäderpolitik“ reicht die Beurteilung des Acapulco-Gipfels, dem Gipfeltreffen von acht lateinamerikanischen Staatspräsidenten, das Ende November 1987 im mexikanischen Acapulco stattfand.

In einem 28seitigen Schlußdokument drückten die Präsidenten ihre Absicht aus, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Integration Lateinamerikas voranzutreiben. Außer der Verstärkung gegenseitiger Konsultationen wurden jedoch keine konkreten Integrations-schritte vereinbart. Aus diversen Erklärungen der abschließenden Pressekonferenz wurde jedoch der defensive Charakter dieses Bündnisprojekts deutlich: der wichtigste „Integrationsmotor“ sind „gewisse Bedrohungen von außen“, die allen Ländern der Region zu schaffen machen. Hier stehen deren wirtschafts- und v.a. schuldenpolitische Aspekte im Vordergrund, die zeigen, daß den Ländern der Wind immer noch ins Gesicht bläst.¹ 1987 stieg die Auslandsverschuldung der Dritten Welt um 4% auf 1,25 Bio \$ an. Die Schuldnerländer mußten 64 Mrd \$ an Rückzahlungen leisten, 13 Mrd \$ mehr als 1986. Das entspricht einer Steigerung von 25%. Die Zinszahlungen erhöhten sich auf 55 Mrd \$, was einem Anstieg von 10% entspricht.

1987 betragen zwar die Kredite an die Dritte Welt 90 Mrd \$, das sind nominal 18 Mrd \$ mehr als 1986. Real verringerten sich die Zuflüsse gegenüber 1986 aufgrund der Abwertung des \$ um rund 15%. Die 17 am höchsten verschuldeten

Länder zahlten 1987 29 Mrd \$ mehr an die Gläubiger, als sie von ihnen erhielten.²

Auch wirtschaftlich hat sich die Situation nicht gebessert. Terms-of-Trade-Verluste und protektionistische Weltmarktstrukturen haben nicht zur Erholung der darniederliegenden Wirtschaftsstrukturen geführt. Allein im ersten Halbjahr 1987 mußten 70 Mrd \$ in nur vier Ländern (Argentinien, Philippinen, Venezuela, Chile) umgeschuldet¹ werden.³ Die Inflation betrug in Argentinien rund 200%, in Brasilien 350% und erreichte in Mexiko 180%.⁴

Der Acapulco-Gipfel brachte keinen Fortschritt für ein gemeinsames Vorgehen in der Schuldenfrage

Die Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts sind in den Ländern, die 1986 noch relativ hohe Steigerungsraten erzielen konnten, stark zurückgegangen (in Brasilien von 8 auf 3%, in Argentinien von 6 auf 2% und in Mexiko von 3,8 auf 1%).⁵ In Lateinamerika mußten im vergangenen Jahr 40% der Exporteinnahmen für den Schuldendienst bereitgestellt werden.⁶

Doch am schuldenpolitischen Konzept der Region hat sich auch auf der Konferenz kaum etwas geändert. Perus Staatschef Alan Garcia konnte sich mit seiner Forderung nach einer Zusammenfassung der Schuldeninteressen in Form eines Kartells nicht durchsetzen. Und auch

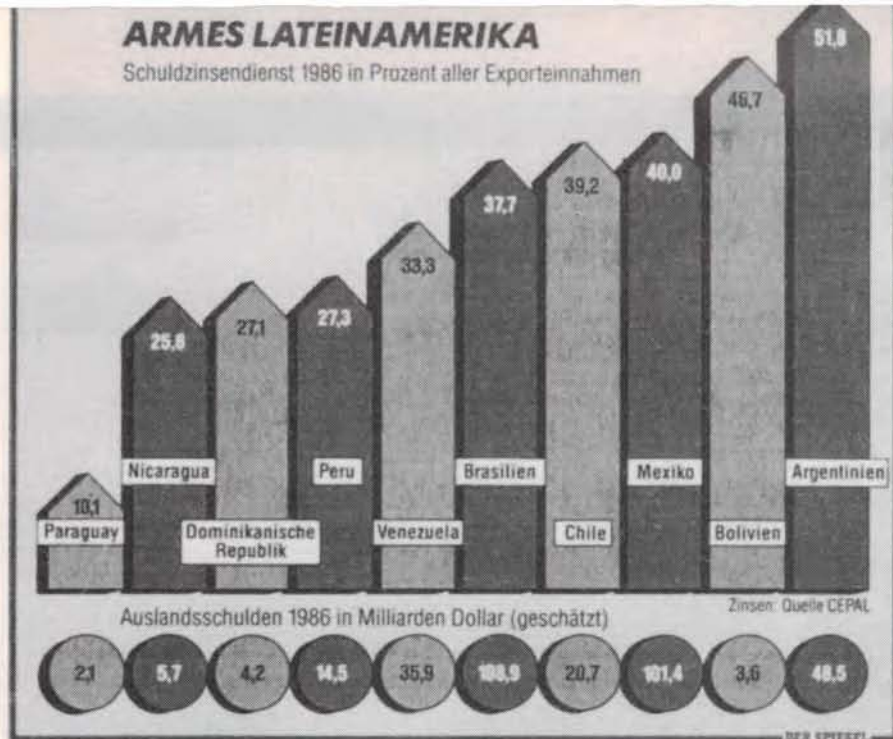
dem argentinischen Präsidenten Raul Alfonsin gelang es nicht, seine Forderung nach Begrenzung der Altschuldzinsen auf 4% ins Schlußdokument einzubringen.

Dagegen finden sich dort unverbindlich formulierte Forderungen nach mehr und günstigeren Krediten sowie nach Verkleinerung des Schuldendienstes parallel zum verminderten Marktwert der Schuldtitel. Außerdem sollten neue Kredite nicht an Abkommen dieser Länder mit dem IWF gebunden werden. Überhaupt schien es so, daß trotz hoher Erwartungen über eine Wende in der lateinamerikanischen Schuldnerpolitik mehrere Länder bemüht waren, das Schuldenproblem an den Rand der Aufmerksamkeit zu drängen und daß extremere Forderungen vom mexikanischen, kolumbianischen und venezolanischen Präsidenten in Schach gehalten wurden. So wird denn auch von einigen Beobachtern der eigentliche Erfolg des Gipfels auf politischer Ebene gesehen. Er wird als Indiz einer Abkopplung Lateinamerikas von den USA gewertet, da sich erstmals die Vertreter der wichtigsten lateinamerikanischen Staaten ohne die USA trafen. Am Rande des Gipfels wurde die Gründung einer lateinamerikanischen Organisation erörtert, der im Gegensatz zur Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) nicht die USA, wohl aber Kuba angehören könnten.

Ihren Gegensatz zur US-Mittelamerikapolitik hatten die Gipfelteilnehmer bereits in den Jahren zuvor deutlich gemacht, indem sie in der Contadora- und

ARMES LATEINAMERIKA

Schuldzinsendienst 1986 in Prozent aller Exporteinnahmen



ihrer Unterstützergruppe, deren Zusammensetzung mit der des Gipfels übereinstimmt, für eine friedliche Beilegung des Konflikts gewirkt hatten. Das Zustandekommen des Friedensplans von Esquipulas gegen den Willen Washingtons hat den Abkopplungsbestrebungen der Staaten südlich des Rio Grande vom „Koloß im Norden“ neuen Auftrieb gegeben.

Während also auf der einen Seite der Schuldenfront wenig Spektakuläres passiert, ist auf der anderen Seite einiges in Bewegung geraten. Hier werden die Forderungen zunehmend als uneinbringbar betrachtet. Nach neuesten Berechnungen der Beraterfirmen Merrill Lynch

und Shearson Lehman Bros. werden die Schulden auf dem sog. „Secondary US-Markt“ nur noch zu knapp 40% ihres ursprünglichen Werts gehandelt.⁷

Mit dem neuen Mexiko-Plan von Ende Dezember 1987 haben die internationalen Banken bestätigt, daß die Schulden nicht rückzahlbar sind. Das neue Lösungsrezept, das vom Federal Reserve Board (US-Schatzamt), dem Morgan Guarantee Trust und der mexikanischen Regierung ausgehandelt wurde, sieht folgendermaßen aus: Das mit 106 Mrd \$ verschuldete Mexiko soll alte Kredite im ursprünglichen Wert von etwa 20 Mrd \$ gegen sog. „Zero-Bonds“ im Werte von

10 Mrd \$ des Federal Reserve Board tauschen. Dafür gibt die mexikanische Regierung eine neue Anleihe mit 20 Jahren Laufzeit in dieser Höhe heraus, deren Tilgung eben durch jene „Zero-Bonds“ garantiert wird. Diese wird gegen Forderungen von Banken getauscht, wobei es offenbar das Ziel ist, 100 \$ an Forderungen mit einer Anleihe von 50 \$ abzugelten.

Sollte Mexiko diesen Abschlag durchsetzen können, reduzierte sich die Auslandsschuld um 10 Mrd \$. Für den Erwerb der „Zero-Bonds“ im Nominalwert von 10 Mrd \$ müßte Mexiko aufgrund der hohen Entwertung zunächst aber nur 2 Mrd US-\$ zahlen.⁸ Im Falle eines 50prozentigen Abschlags würde das Land über die Laufzeit berechnet 18 Mrd \$ an Zinszahlungen sparen.

Förderlich für das Zustandekommen des neuen Schuldenplans dürfte ein neues Austeritätspaket der mexikanischen Regierung von Mitte Dezember 1987 gewesen sein. Dieses sieht Preiserhöhungen bis zu 85% für öffentliche Dienstleistungen wie Strom, Eisenbahn, Telefon und für Waren wie Zucker und Düngemittel ebenso vor wie Lohnerhöhungen, die hinter der Inflationsrate zurückbleiben. Außerdem sollen die Staatsausgaben gekürzt, Importsteuern abgebaut und Privatisierungen gefördert werden.

Neben dem Eingeständnis der Unbezahlpbarkeit der Schulden enthält der Plan zwei weitere Neuerungen. Erstens fungiert die US-Regierung praktisch als Garant des Geschäfts und damit als Garant der Rückzahlung eines Teils der Schulden. Damit bekommt die Schuldenkrise

2. Aktionskonferenz der IWF/Weltbank-Kampagne

Die etwa 200 Teilnehmer der 2. Aktionskonferenz der IWF/Weltbank-Kampagne, die vom 23.-24. Januar d.J. in Bonn tagte, beschlossen einen Aktionsrahmen und eine Plattform. Letztere ist im wesentlichen mit der „Fuldaer Erklärung“ identisch, die auf dem 11. BUKO entwicklungspolitischer Aktionsgruppen verabschiedet wurde (vollständiger Text siehe: AIB Juli/August 1987, S. 72). Der Text wurde um eine Passage ergänzt, die auf die ökologische Zerstörung verweist, die durch die Verschuldung und die IWF/Weltbankpolitik vorangetrieben wird.

Der Aktionsrahmen sieht u.a. vor:

- Aktionen vor dem Finanzministerium, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Bundesbank anläßlich der Frühjahrstagung von Weltbank und IWF;
- dezentrale Aktivitäten zum 1. Mai, um auf den Zusammenhang zwischen Verschuldung der Dritten Welt und Verelendung in den Metropolen hinzuweisen;
- die Aktionärsversammlungen der drei größten bundesdeutschen Banken (11.-27. Mai) werden für Aktionen genutzt, die sich auf die Städte konzentrieren sollen, in welchen die Tagungen stattfinden;

• während des 12. BUKO (2.-5. Juni d.J.) finden Aktionen in Frankfurt statt;

• im September werden in der gesamten Bundesrepublik dezentrale Mobilisierungswochen durchgeführt, die sowohl inhaltlich auf die Jahrestagung als auch auf die Aktionen in Westberlin vorbereiten sollen.

Konkrete Beschlüsse zu den Aktionen in Westberlin vor und während der IWF/Weltbank-Tagung wurden zwar bisher nicht gefaßt. Es wurde allerdings beschlossen, daß in der Woche vom 23.-30. September d.J. eine Großdemonstration, ein Gegenkongreß und/oder Tribunal sowie dezentrale Aktionen in der Stadt stattfinden sollen.

Konkretisiert werden sollen diese Vorhaben auf der 3. Aktionskonferenz, die vom 22.-24. April in Westberlin stattfinden wird.

Informationsmaterialien

Vom Arbeitsausschuß der Kampagne wird ein Info-Dienst herausgegeben. Die erste Ausgabe (Nr. 0), die vom Arbeitsschwerpunkt „Weltwirtschaft und Verschuldungskrise“ des BUKO (Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50)

erstellt wurde, enthält Protokolle der Ausschusssitzungen sowie Positionspapiere von BUKO, Grünen, SPD, dem Antimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) und Autonomien. Die nächste Ausgabe wird Konzepte zu den Aktionen in Westberlin enthalten.

Das Publik-Forum, Zeitung kritischer Christen, hat eine achtseitige Sonderausgabe mit dem Titel „Die Schuldenbombe. Dem Elend ein Ende“ setzen herausgegeben. Das ansprechend aufgemachte Blatt enthält kurze und verständliche Beiträge zu Ursachen und Folgen der Schuldenkrise, beschreibt Lösungsstrategien und verweist auf Aktionen und Materialien. 20 Expl. kosten 15 DM, 100 Expl. 40 DM und 1.000 Expl. 250 DM. Bezug: Publik-Forum, Postfach 2010, 6370 Oberursel.

Das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) hat eine Materialsammlung zu „Weltwirtschaft: Zusammenbruch oder Demokratisierung“ herausgegeben. Sie enthält 15 Artikel, Rede- und Buchauszüge zu den Themen „Börsenkrach und Dollarkrise“ sowie neuere Beiträge zu Lösungsansätzen der Schuldenfrage. Das 48seitige Material kann bezogen werden beim ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, für 3,50 DM.

einen politischen Charakter. Zweitens können die Mexiko-Papiere gehandelt werden. Und es ist nicht auszuschließen, daß sich die Banken für das Geschäft beim Kauf dieser Anleihe (etwa auf dem secondary-Markt) selbst unterbieten, wenn es darum geht, einbringbares Geld einzutreiben. Das Ganze funktioniert aber nur dann, wenn Mexiko einen Teil seiner Währungsreserven dafür verwendet und wenn die Banken bereit sind, einen Teil ihrer Kredite abzuschreiben. Doch die Banken sind gespalten. Diejenigen, die in den letzten Jahren hohe Abschreibungen und Wertberichtigungen vorgenommen haben, neigen eher dazu, mit einem einmaligen Verlust aus dem Umschuldungskarussell auszusteigen. Dazu zählen Morgan Guarantee Trust, Bankers Trust und Citicorp ebenso wie die Deutsche Bank, deren Sprecher Herrhausen dem Mexiko-Plan positiv gegenübersteht und ein Vordenker eines teilweisen Schuldenerlasse ist. Andere, wie die Bank of America, die Dresdner Bank, die Deutsch-Südamerikanische Bank und japanische Banken lehnen den ausgehandelten Schuldenplan ab⁹ und wollen lieber mit neuen Krediten dafür sorgen, daß wenigstens die Zinsen bezahlt werden. Sie fürchten eine Signalwirkung auf andere Dritte-Welt-Länder.

Diese werden aber wahrscheinlich schon aufgrund ihrer geringen Währungsreserven nicht für den Plan in Frage kommen. Und eine durchgreifende Besserung der Verschuldungssituation kann selbst im mexikanischen Fall nicht erwartet werden: nur etwa ein Fünftel der gesamten Schulden ist betroffen und es gibt ohne Reform des Weltwirtschaftssystems keinerlei Garantien dafür, daß die Verschuldung nicht weiter ansteigt.

So ist dieser neue Plan vielleicht nur ein Versuchsballon, um zu testen, wie gut sich Schuldentitel verkaufen lassen. Zudem ist er seitens der USA nicht uneigennützig: Verschiedene US-Multis klagen immer häufiger über Umsatzeinbrüche in Mexiko, und eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise könnte die politische Stabilität des südlichen Nachbarn erschüttern. Es hat also seinen Grund, warum abermals Mexiko als Testkandidat ausgesucht wurde.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 2.12.1987
- 2) Angaben nach: Granma, Havanna, 21.12.1987
- 3) Vgl. South, London, Juli 1987
- 4) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Paris, 30.12.1987
- 5) Vgl. ebd.
- 6) Vgl. El Pais (EP), Madrid, 23.12.1987
- 7) Vgl. Granma, 9.12.1987
- 8) Siehe: EP, 31.12.1987; IHT, 31.12.1987/1.1.1988 und 2./3.1.1988 und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.12.1987
- 9) Vgl. IHT, 12.1.1988 und Frankfurter Rundschau, 21.1.1988

Nicaragua

Nico Biver

Dämpfer für Reagan



Noch läuft die Contraversorgung weiter: im Januar d. J. abgeschossene DC-6.

Weder Kompromißangebote noch das intensive Bearbeiten unentschlossener Abgeordneter konnten die Reagan-Administration schlußendlich vor der Abstimmungsniederlage bewahren. Am 3. Februar d.J. lehnte das US-Repräsentantenhaus mit 219 gegen 211 Stimmen ein neues Hilfspaket des Weißen Hauses für die Contras in Höhe von 36,25 Mio \$ ab. Ursprünglich wollte Reagan bereits nach Unterzeichnung des mittelamerikanischen Friedensabkommens vom 7. August 1987 insgesamt 270 Mio \$ beantragen. Um nicht gleich eine Niederlage zu riskieren, mußte er jedoch die Abstimmung auf die Zeit nach dem Gipfel der mittelamerikanischen Präsidenten am 15. Januar d.J. verschieben und die Summe erheblich reduzieren. In der Zwischenzeit ließ er sich, nach dem Auslaufen der 1986 bewilligten 100 Mio \$, vom Kongreß mehrere Überbrückungshilfen bewilligen, die jedoch am 29. Februar d.J. ausliefen.

Kurz vor der Abstimmung bot Reagan an, den Anteil an reiner Waffen- und Munitionshilfe von 3,6 Mio \$ bis zum 31.3.1988 einzufrieren und die Ergebnisse der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen der Contra und der nicaraguanischen Regierung abzuwarten. Noch am Tag vor der Abstimmung hatte er die Folgen einer Ablehnung der Contra-Hilfe in schwärzesten Farben gemalt.

In einer Fernsehansprache, deren Übertragung die drei größten Sender wegen der altbekannten Litanei abgelehnt hat-

ten, beschwor er die Gefahr der „kommunistischen Flut“, die sich bis nach Mexiko ergießen würde. Der durch die US-Hilfe ermöglichte militärische Druck der Contras habe Nicaragua an den Verhandlungstisch gebracht und müsse daher fortgesetzt werden.¹

Nach der Abstimmung machte man nicht nur im Weißen Haus, sondern auch bei der Contra lange Gesichter. „Offensichtlich werden die Sandinisten, die jetzt unsere Schwäche kennen, sich nur mit einer vollständigen Niederlage, mit einer Aufgabe unserer Truppen zufriedengeben“, erklärte Contra-Führer Alfonso Robelo.² Ein Sprecher der Contras versicherte, daß „diejenigen, die für die Demokratie kämpfen, sowohl im bewaffneten Widerstand als auch in der zivilen Opposition, durch diese Entscheidung demoralisiert“ würden.³

Jedoch ist die Abstimmungsniederlage Reagans allenfalls ein „Votum der Hoffnung“ wie es der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega formulierte, denn noch zeichnet sich kein Ende des Krieges ab.

Die Contras werden auch in Zukunft noch über Einnahmequellen verfügen, selbst wenn diese weniger ergiebig sprudeln sollten. Nach der Iran-Contra-Affäre dürfte es der Reagan-Administration schwerfallen, eine illegale Finanzierung der Contras zu betreiben, wie es in den Jahren 1984-86 geschah, als der Kongreß die militärische Unterstützung für die Contras untersagt hatte.

Die Reagan-Administration erklärte sich jedoch lediglich bereit, eine Finanzierung durch Drittländer oder Private nicht zu fördern. Verhindern will sie sie nicht. Ex-General John K. Singlaub, Ex-Chef der Antikommunistischen Weltliga, der bereits in der Vergangenheit Privathilfe für die Contras organisierte, kündigte die Ausgabe von Kriegsleihen für die Contras an.

Auch dürften die lukrativen Drogengeschäfte der Contras weiterhin für regelmäßige Einnahmen sorgen, die zum Waffenkauf verwendet werden. Für das leibliche Wohl der „Freiheitskämpfer“ wollen ergänzend die Demokraten sorgen, die beabsichtigen, eine „humanitäre Hilfe“ in Höhe von ca. 10 Mio \$ vom Kongreß bewilligen zu lassen.

Mit der Niederlage Reagans wird jedoch die Verhandlungsposition der Contras geschwächt, zumal das sich abzeichnende Scheitern der Contra-Politik auch andere ihrer Gönner abschrecken wird. Der Druck auf Honduras, jetzt ebenfalls von der Unterstützung der Contra abzulassen, dürfte anwachsen.

Die Politik der Sandinisten, im Rahmen des mittelamerikanischen Friedensabkommens weitgehende Zugeständnisse an die innere Opposition zu machen, um ein Ende des Contra-Krieges zu erreichen, beginnt sich auszuzahlen. Die Ablehnung der Contra-Hilfe war die direkte Folge erneuter einseitiger Konzessionen der Nicaraguaner auf dem Gipfel der mittelamerikanischen Präsidenten am 15./16. Januar d.J. in Costa Rica.

Daniel Ortega erklärte die Bereitschaft Nicaraguas, den Ausnahmezustand sofort aufzuheben, direkte Verhandlungen mit den Contras über einen Waffenstillstand zu führen und alle seit 1982 verhafteten Contras und Somozisten freizulassen. Außerdem wird Nicaragua an den Wahlen zum mittelamerikanischen Parlament teilnehmen und noch vor den

Präsidentenwahlen 1989 Kommunalwahlen durchführen.

Nicaragua hatte vorher die Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Freilassung weiterer Gefangener an ein Ende des Contra-Krieges geknüpft (siehe AIB 1-2/1988, S. 32ff.). Der Ausnahmezustand wurde kurz nach dem Treffen aufgehoben. Das Erscheinen von zwei Zeitschriften und die Wiederaufnahme von Nachrichtensendungen mehrerer Rundfunkstationen wurde gestattet.

Die Freilassung der Gefangenen soll nach Vereinbarung eines Waffenstillstands erfolgen. Sollte dies nicht erreicht werden, werden die Gefangenen nichtsdestotrotz freigelassen, wenn andere Staaten sie aufnehmen wollen.

Ohne diese Zugeständnisse Nicaraguas wäre eine Fortsetzung des Friedensprozesses auf dem Gipfel in Costa Rica gescheitert. Die anderen Vertragspartner hatten den Bericht der internationalen Überprüfungs- und Kontrollkommission, bestehend aus den Außenministern der mittelamerikanischen Länder, der Contadora- und ihrer Unterstützerguppe sowie den Generalsekretären der UNO und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), über die Erfüllung des Friedensabkommens abgelehnt.

Einzig bei Costa Rica hatte der Bericht die Erfüllung des Abkommens festgestellt, während Nicaragua bescheinigt wurde, es habe sich „aufrichtig“ darum bemüht. Den anderen drei Staaten wurde vorgeworfen, das Abkommen nicht erfüllt zu haben. Dies gilt besonders für Honduras, das die Contras weiterhin unterstützt und sich weigerte, die Kommission dies vor Ort überprüfen zu lassen. Vor dem Kongreßvotum hatte der honduranische Präsident gar darum ersucht, die Contra-Hilfe fortzusetzen.

Angesichts der Objektivität der Kommission bzw. ihrer „Voreingenommenheit gegenüber Nicaragua“, wie es die ande-



Protest gegen Contrahilfe vor der US-Botschaft in Managua.

ren mittelamerikanischen Präsidenten ausdrückten, wurde ihr Auftrag nicht weiter verlängert. Ihre Aufgabe soll jetzt die sog. Exekutivkommission, bestehend aus den Außenministern der fünf mittelamerikanischen Staaten, übernehmen. Diese suchen zum Zweck der Kommissionbildung „die Zusammenarbeit mit Staaten innerhalb und außerhalb der Region oder Organisationen, die für ihre Unvoreingenommenheit und technische Kapazität bekannt sind“, nach.⁴ Bei einer Westeuropareise Ende Januar d.J. konnte Daniel Ortega die Regierungen Spaniens, Italiens, Norwegens und Schwedens dafür gewinnen, bei der Kontrolle der Vertragserfüllung mitzuwirken.

Anfang Januar d.J. hatte der Sicherheitsberater Reagans, General Colin L. Powell, bei einer Mittelamerikarundreise die Führer Honduras', El Salvadors, Guatemalas und Costa Ricas aufgefordert, Nicaragua öffentlich der Nichterfüllung des Abkommens anzuklagen und sich für eine Fortsetzung der Contra-Hilfe einzu-

Rechte Opposition (r.) und Contras ziehen an einem Strang.





Waffenstillstandes soll über eine gemeinsame Abrüstung und den Zusammenschluß der beiden Armeen verhandelt werden.

Ob sie diese Linie auch nach der Entscheidung des Repräsentantenhauses aufrechterhalten können, werden die ursprünglich für den 11./12. Februar anberaumten und inzwischen von den Contras verschobenen Gespräche in Guatemala zeigen. Alfonso Robelo, einer ihrer Führer, hat jedenfalls schon die Aussichtslosigkeit des Contra-Krieges begriffen und ist nach der Abstimmung von seinem Amt zurückgetreten.

Eine Einbeziehung der 14 Oppositionsparteien, die bisher getrennt in einem Nationalen Dialog mit der Regierung eine Abänderung der Verfassung verlangten, in die Verhandlungen, dürfte jedoch nicht nur am Widerstand der Sandinisten scheitern. Diese Forderung wird auch nur von dem Teil der Opposition unterstützt, der sich ohnehin als ziviler Arm der Contras versteht und immer offener mit ihnen kooperiert. Mitte Januar d.J. waren mehrere Oppositionsführer nach Guatemala geflogen, um dort mit den Contras ein gemeinsames Vorgehen zu beraten. Sieben von ihnen waren deshalb bei ihrer Rückkehr für 48 Stunden festgenommen worden.

Aus dem Zusammenspiel von Contra und einer ohne Einschränkungen agierenden, von außen unterstützten, inneren Opposition geht jetzt die größte Gefahr für die nicaraguanische Revolution aus.

Die Opposition profitiert von der Unzufriedenheit, die durch die katastrophale wirtschaftliche Lage erzeugt wird. Diese hat sich in den letzten Monaten sogar noch weiter verschärft. Eine Dürre hat im landwirtschaftlichen Bereich zu Verlusten in Höhe von 100 Mio \$ geführt. Aufgrund gestiegener Nachfrage, Ersatzteilmangel bei Kraftwerken und Sabotage der Contras hat sich zudem die Stromknappheit verstärkt, so daß Ende Januar d.J. neue Stromsparmaßnahmen beschlossen wurden. Neben täglichen Stromsperrungen, wird die Produktion von 15 Industriebetrieben eingeschränkt und die Arbeitszeit der staatlichen Ämter auf 5 Stunden reduziert.

Erst wenn es gelingt, den Contra-Krieg zu beenden, wird eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und eine verstärkte politische Auseinandersetzung mit der inneren Opposition möglich. Deshalb versprechen sich die Sandinisten erst langfristig Vorteile von der inneren Liberalisierung.

In der Zwischenzeit sind sie jedoch zu einer gefährlichen Gratwanderung gezwungen. Maßnahmen gegen die innere Opposition sind heute nur noch um den Preis einer internationalen Isolierung und einer verstärkten Intervention der

USA durchsetzbar. Die Ablehnung der Contra-Hilfe durch das Repräsentantenhaus zeigt jedoch, daß Chancen für den Erfolg der sandinistischen Strategie bestehen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. El Pais (EP), Madrid, 4.2. 1988 und Frankfurter Rundschau, 4.2.1988
- 2) International Herald Tribune, Paris, 5.2.1988
- 3) EP, 5.2.1988
- 4) Declaracion conjunta de los Presidentes de C.A., in: Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 21.1.1988
- 5) Ebd.

setzen. Im Falle eines Scheiterns der Fortsetzung der Contra-Hilfe drohte er unverblümt Kürzungen der US-Hilfe an.

Zwar sprach sich dann nur Costa Rica öffentlich gegen die Contra-Hilfe aus, doch der Versuch, den Friedensprozeß mit Verweis auf die Unnachgiebigkeit Nicaraguas entgültig scheitern zu lassen, schlug fehl. Dank der einseitigen Zugeständnisse Ortegas wurde der Zeitraum für die Erfüllung des Abkommens verlängert und schließlich die Contra-Hilfe gekippt. In einer gemeinsamen Erklärung verpflichten sich die Präsidenten, „einseitig und bedingungslos“ alle eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Bisher ist dies jedoch lediglich in Nicaragua geschehen.

Nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes und der damit verbundenen Maßnahmen kam es am 28./29. Januar d.J. in Costa Rica zu ersten direkten Gesprächen zwischen Vertretern der nicaraguanischen Regierung und der Contras. Ergebnisse wurden dabei noch nicht erzielt, weil beide Parteien die Abstimmung im Kongreß abwarten wollten und die jeweiligen Positionen sich ausschließen.

Nicaragua besteht weiterhin darauf, wie im Abkommen vorgesehen, lediglich über einen Waffenstillstand zu verhandeln, während die Contras quasi die Rücknahme der Revolution fordern.

Nicaragua bietet einen Waffenstillstand vom 15.3.-15.4.1988 und die Zusammenfassung der Contras in drei Gebieten von insgesamt 10.800 qkm an. Die Contras sollen dann ihre Waffen niederlegen und sich am politischen Leben beteiligen.

Die Contras hingegen verlangen als Vorbedingung für einen Waffenstillstand die Auflösung der Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS), die Abschaffung der Wehrpflicht und die Entmilitarisierung der Kooperativen. Während des

ATOM Nr. 17



Aus dem Inhalt:

- ★ Atommüll-Transporte nach Schweden
- ★ Herbstaktionen in Wackersdorf
- ★ Beiträge zur Krise der Anti-AKW-Bewegung

★ außerdem:

Berichte aus dem In- und Ausland: aus Polen, Schweiz, Gorleben, Mülheim-Kärlich, Hamm, Emsland etc.

atom ist eine Gemeinschaftsproduktion von AtomExpress und Atommüllzeitung. Sie erscheint fünfmal jährlich und kostet einzeln 4 DM, im Jahresabo 25 DM.

Bestellungen an:

Atom, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7700158

Atom Express & Atommüllzeitung
atom



Peter Garcia

„Rectificación“ (I) Berichtigung von Fehlern in Kuba

Genau wie die Sowjetunion ist heute auch Kuba von tiefgreifenden Veränderungen erfaßt. Während aber „Perestroika“ (Umgestaltung; d. Red.) in unserer Presse bereits zum Schlagwort wurde, findet Kubas Prozeß der Berichtigung von Fehlern weit weniger Aufmerksamkeit.

Auf den ersten Blick gleichen sich die Probleme in beiden Ländern: mangelnde Motivation und Eigeninitiative, wenig Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, Korruption, Schlendrian, Verschwendung von Gütern und Arbeitszeit, ungerechtfertigte Aneignung von Prämien, zu niedrige Leistungsnormen, niedrige Produktivität und Ineffizienz. Kubas „Rectificación“ unterscheidet sich jedoch in einem wesentlichen Punkt von der „Perestroika“ in der Sowjetunion: Dort geht es um die Umgestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen (Perestroika = Umbau), in Kuba um die Korrektur von Fehlern (rectificación = Begradigung). Nach Michail Gorbatschow ist in der Sowjetunion eine radikale Wirtschaftsreform im Sinne des „Übergangs von einem übermäßig zentralisierten und weisungsgebundenen Leitungssystem zu einem demokratischen System (notwendig)... Ein solches System setzt eine bedeutende Erweiterung der Selbständigkeit von ... Betrieben, ihre Umstellung auf volle wirtschaftliche Rechnungsführung und Eigenfinanzierung sowie die Ausstattung der Arbeitskollektive mit allen dazu nötigen Rechten voraus.“¹

In Kuba geht es im Gegensatz dazu nicht um eine Änderung des Systems der Wirt-

schaftslenkung, wie aus Fidel Castros folgender Definition deutlich wird: „Berichtigung von Fehlern bedeutet, das System und die Mechanismen, über die wir jetzt verfügen, korrekter einzusetzen, ein System der Leitung und Planung der Volkswirtschaft, das – wie wir auf der Betriebstagung sagten – ein Pferd, eine Schindmähre, lendenlahm, mit vielen Sattelwunden ist... Jetzt ist angesagt, mit diesem Pferd weiterzumachen, wo wir die Unarten des Pferdes kennen, seine Gefahren, sein Ausschlagen, seine Bockigkeit, und zu versuchen, dieses Pferd in unsere Richtung zu lenken, so daß wir nicht dorthin reiten, wohin das Pferd will.“²

Auch in einem weiteren Aspekt unterscheiden sich „Perestroika“ und Rectificación“. Dazu noch einmal M. Gorbatschow: „Die Demokratisierung ist das Herzstück der 'Perestroika' und davon, wie die Demokratisierung vor sich gehen wird, hängt(t) ... die Zukunft des Sozialismus als Ganzes ab... Die Aufgabe besteht darin, die Menschen dazu zu erziehen, daß sie ... Selbständigkeit und Verantwortung an den Tag legen...“³

Daraus, daß ähnliche Aussagen aus Kuba fehlen, wird oft versucht, einen Gegensatz zwischen „Perestroika“ und „Rectificación“ zu konstruieren. Der Fehler dabei ist der, die Methoden vom Ziel zu trennen. In beiden Ländern geht es grundsätzlich darum, den Einzelnen zu bewegen, einen größeren Teil der Verantwortung am Aufbau des Sozialismus zu übernehmen, sich in stärkerem Maße mit diesem Prozeß zu identifizieren.

Kuba versucht – entsprechend seiner wirtschaftlichen Unterentwicklung –

das gleiche Ziel auf einem eigenen Weg zu erreichen: durch die Rückbesinnung auf die revolutionären Methoden der Vergangenheit und das Beispiel Che Guevaras, durch die Bekämpfung der Mentalität, für jede Leistung Geld haben zu wollen, und durch die gesellschaftliche Aufwertung desjenigen, der zu freiwilliger und kostenloser Arbeit in seiner Freizeit bereit ist, der selbständig neue Problemlösungen erarbeitet und nicht auf Anweisungen von oben wartet.

Folgendes Zitat aus einer Rede Fidel Castros vom Oktober 1987 illustriert einige Aspekte dieser Kampagne: „Wenn man dem Che gesagt hätte, daß es eines Tages so flau, so schlaffe und so unmoralische Leistungsnormen geben würde, daß sie in einigen Fällen von fast allen Arbeitern doppelt und dreifach erfüllt würden, wäre es dem Che kalt über den Rücken gelaufen. Wenn man dem Che gesagt hätte, daß das Geld eines Tages auf dem Weg sein würde, sich zum Hauptmotivationsinstrument des Menschen zu entwickeln, wäre es ihm, der so oft davor gewarnt hatte, kalt über den Rücken gelaufen; daß die normale Tagesarbeit nicht verrichtet würde und daß Millionen von Überstunden anfallen würden; daß sich die Moral unserer Arbeiter korrumpieren würde, und daß die Menschen immer öfters in Pesos denken würden... Wenn man dem Che gesagt hätte, daß eines Tages Prämien und noch

**Rückbesinnung auf die
revolutionären Methoden der
Vergangenheit und auf das
Beispiel Che Guevaras**

mehr Prämien und Prämien aller Art gezahlt würden, ohne daß sie noch in einem Zusammenhang mit dem Produktionsergebnis stünden, wäre es dem Che kalt über den Rücken gelaufen...“

Und an einer anderen Stelle derselben Rede: „Die Menschen, die Heldentaten vollbringen, müssen wir zu Vorbildern machen; wir würden sagen, daß diese Menschen die Losung 'Wir werden wie der Che sein' erfüllen. Sie arbeiten wie der Che, sie arbeiten, wie der Che arbeiten würde.“⁴

Als Beispiele hatte Fidel Arbeiter genannt, die täglich 12 bis 14 Stunden im Einsatz waren, sowie Menschen, die freiwillig und kostenlos ihre Freizeit opfern – und sie auf eine Ebene mit den Ärzten, Lehrern und Technikern gestellt, die auf internationalistischen Missionen in Angola, Nicaragua und anderen Ländern ihr Leben riskieren.

Kubas Revolution hat eine andere Geschichte, andere Traditionen, als die der Sowjetunion. In Kuba geht es auch nicht – wie oben aus der Gorbatschow-Rede zitiert – um die Zukunft des Sozialismus

als Ganzes. Wohl aber geht es darum, wie sich das Entwicklungsland Kuba mit seinen begrenzten Ressourcen weiterhin eine Gesellschaftsordnung leisten kann, die seinen Bewohnern mehr Menschenrechte erfüllt als manches Industrieland. Allen Bewohnern der Insel sind die Versorgung mit billigen Grundnahrungsmitteln, kostenlose Schulbildung, vorbildliche Gesundheitsfürsorge, soziale Sicherheit und das Recht auf Arbeit garantiert. Die Mehrheit der Bevölkerung in den anderen Entwicklungsländern kann davon nur träumen. Auch was den Ausbau der Infrastruktur in ländlichen Regionen und kleineren Städten betrifft, um die Abwanderung in die Großstädte zu verhindern, ist Kuba vorbildhaft – selbst für ein Industrieland wie Japan.

Der Staatshaushalt für 1988 sieht u.a. folgende Ausgaben vor: Bildung 23%, Sozialversicherung 14%, Gesundheitswesen 12% – also fast die Hälfte für Soziales. Dabei sind z.B. nicht berücksichtigt: die Mittel für die Unterstützung des Wohnungsbaus oder die Grundnahrungsmittelsubventionen (360 Mio Pesos). Demgegenüber entfallen auf Verteidigung und Innere Sicherheit nur 18% des Haushalts.⁵

Um die Probleme Kubas und seinen besonderen Weg der Überwindung dieser Probleme, die „Rectificación“, erfassen zu können, muß man sich von der schematischen Aufteilung der Welt in ein „sozialistisches“ und ein „kapitalistisches“ Lager trennen, muß man erkennen, daß das Land zum unterentwickelten Teil der Welt gehört. Alle wichtigen wirtschaftlichen Indikatoren beweisen, daß Kuba ein – wenn auch sozialistisches – Entwicklungsland ist.

1983 erwirtschaftete Kuba ein gesellschaftliches Gesamtprodukt pro Kopf der Bevölkerung von 2.416 Pesos – also nur etwa ein Siebtel von dem der DDR.⁶ Kubas Exportstruktur ist mit Zucker, Zitrusfrüchten, Nickel und Tabak ähnlich einseitig wie die der meisten Entwicklungsländer. Der Anteil des Zuckers



Arbeiterin in einer Zigarrenfabrik.

und der Zuckerderivate am Exporterlös ist sogar von 1970-83 deutlich angestiegen: von 75% auf 87%.⁷ Auch heute liegt der Anteil trotz drastisch gefallener Weltmarktpreise immer noch bei ca. 80%. Das bedeutet, daß sich – als Folge der Wirtschaftspolitik der kubanischen Regierung – die Exportabhängigkeit vom Zucker noch verstärkt hat.

Auch die Importstruktur ist typisch für ein Entwicklungsland: Maschinen, Fahrzeuge, Stahl, Chemikalien, Dünger und – trotz erheblicher eigener Exporte von Agrarprodukten – Nahrungsmittel zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung. Obwohl Kubas Eigenproduktion seit 1964 rasant angestiegen ist (z.T. bis zu 940%), mußte das Land allein 1985 Lebensmittel im Wert von 873 Mio Pesos importieren, darunter Weizen (der in Kuba nicht wächst) für die Mehl- und Brotherstellung, Reis, Fleisch, Kondensmilch, Käse, Fischkonserven, Zwiebeln und Bohnen.⁸

Auch in anderen Bereichen sind die Probleme typisch: Inzwischen konnten zwar 85% der Wohnungen des Landes an das Stromnetz angeschlossen werden; die Wasserversorgung und das Wohnungsproblem sind jedoch trotz gewaltiger Anstrengungen immer noch nicht

befriedigend gelöst. Zu gewissen Stunden wird das Wasser abgestellt – bei Trockenheit in manchen Gegenden fast den ganzen Tag.

In vielen Wohnungen drängen sich mehrere Generationen auf wenig Raum. Auch die Altbau-Sanierung schreitet nur schleppend voran. Ein Extrembeispiel ist die Altstadt Havannas: Von 51.000 Wohneinheiten sind 72% in schlechtem oder mäßigem Zustand, wobei es zu 333 teilweisen oder vollständigen Einstürzen kam. Diese Einstürze hatte allein 1987 fünf Todesfälle zur Folge; weitere 12 Menschen wurden verletzt.⁹

Unter diesen für Entwicklungsländer typischen Merkmalen könnte man auch noch den Industriesektor nennen, der in Kuba fast zur Hälfte auf die Produktion und Weiterverarbeitung von Lebensmitteln, Zucker, Tabak und Getränken ausgerichtet ist. Der Maschinenbau hat an der Gesamtproduktion der Industrie einen Anteil von weniger als 10%.

Schließlich ist da noch die hohe Auslandsverschuldung Kubas – wenn man die gegenüber den sozialistischen Ländern mitzählt. Ende 1987 schuldete Kuba in westlichen Hartwährungen über 6 Mrd Pesos (entspricht etwa gleicher Summe in \$). Über die Höhe der Schulden gegenüber den sozialistischen Ländern gibt es von kubanischer Seite keine erschöpfenden Angaben. In westlichen Medien werden sie zwischen 8,5 Mrd \$ und 23 Mrd \$ geschätzt.¹⁰

Damit kommen wir zu einem weiteren Aspekt, der Kubas Position als wenig entwickeltes Land unterstreicht – und gleichzeitig einem der Vorteile seiner engen Beziehungen zu den sozialistischen Industrieländern. Die Kredite der Sowjetunion, die den Großteil darstellen, haben niedrige Zinsen und sehr flexible Fälligkeitsdaten: Bisher sind sie immer wieder großzügig umgeschuldet worden. Auch neue Kredite fließen trotz der hohen Verschuldung weiter.

Die finanzielle Hilfe der Sowjetunion wird jedoch nicht nur in der Form von Darlehen gewährt. Seit Jahren kauft die UdSSR große Mengen kubanischen Zuckers zum fünf- bis sechsfachen Niveau des Weltmarktpreises und liefert Erdöl zum Billigtarif nach Kuba – nicht nur zum Eigenverbrauch, sondern auch zum Wiederverkauf auf eigene Rechnung.

Insgesamt ist die Unterstützung so erheblich, daß die Sowjetunion für Kuba eine Art „soziales Netz“ geschaffen hat – mit allen Vor- und Nachteilen. Zu den Nachteilen gehört die Art und Weise, in der manchmal mit den Hilfsgütern aus der UdSSR umgegangen wird: Maschinen und Fahrzeuge, die verrostet, ohne jemals eingesetzt worden zu sein; andere, die nicht repariert werden usw. Man kann nur spekulieren, ob der leichte Zu-

Auch für Kuba gilt: „Die Auslandsschulden Lateinamerikas sind unbezahlbar und müssen gestrichen werden.“



gang zu dieser Unterstützung sich immer förderlich auf die Eigenanstrengungen ausgewirkt hat. Zumindest sind überhöhte Zuckerpreise kein Anreiz für die Überwindung einer einseitig auf Zucker ausgerichteten Wirtschaftsstruktur.

Trotz der massiven Hilfe der sozialistischen Länder ließ sich eine Zuspitzung der wirtschaftlichen Probleme nicht verhindern. 1986 erreichte Kuba ein Wirtschaftswachstum von 1,4% – zu wenig, um der Lösung der drängenden strukturellen und konjunkturellen Probleme des Landes näherzukommen. Gleichzeitig mußte Kuba 1986 gegenüber den westlichen Gläubigerländern ein Zahlungsmoratorium erklären.

Für die Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Situation im Jahr 1986 waren hauptsächlich die folgenden externen Faktoren verantwortlich, denen Kuba aufgrund seiner Unterentwicklung weitgehend ausgeliefert war: Erstens lag wegen des Hurricans „Kate“ und der anschließenden Trockenperiode die Zuckerernte um 1,24 Mio t unter den geplanten 8 Mio t. Dadurch verlor Kuba 160 Mio Pesos in Hartwährung. Zweitens betrug der Zuckerpreis am westlichen Weltmarkt auch 1986 mit 0,06 \$/Lb (US-amerikanisches Pfund) nur ein Siebtel des Preises von 1974, die Produktionskosten lagen aber durchschnittlich bei 0,12 \$/Lb, so daß Kuba wiederum einen Wertverlust von mehreren 100 Mio Pesos hinnehmen mußte.

Drittens schmälerte der Ölpreisverfall Kubas Erlöse aus seinen Reexporten sowjetischen Erdöls um 55% bzw. 320 Mio Pesos in Hartwährung. Viertens verteuerte die Aufwertung der anderen Hartwährungen gegenüber dem Dollar die Importe um 120 Mio Pesos. Dies ist die direkte Folge des US-Boykotts, der es Kuba nicht erlaubt, in den USA zu kau-

An der Zuckermonokultur soll weiter festgehalten werden.

fen, während seine Exporte in die westlichen Länder in Dollar abgerechnet werden.

Ebenfalls Folge des US-Boykotts ist auch der fünfte Faktor. Kubas Schulden gegenüber dem Westen bestehen aus DM-, Yen-, Franc- usw. -Beträgen, da das Land keine \$-Kredite aufnehmen kann. Ende Juni 1986 war der Peso 2,70 DM wert, ein Jahr später nur noch 1,80 DM. Durch die Abwertung des Dollar mußte Kuba einen immer größeren Anteil seiner Exporterträge für den Schuldendienst aufwenden – bis dafür keine Devisen mehr da waren. Von März 1986 bis März 1987 war das Land gezwungen, allein zum Ausgleich der Kursdifferenzen 1,1 Mrd Pesos auf den Buchwert der Auslandsverschuldung gegenüber dem Westen aufzuschlagen.¹¹

Diese Situation blieb nicht ohne Konsequenzen für den Lebensstandard der kubanischen Bevölkerung. 1986 mußten die Importe Kubas aus den westlichen Ländern auf ca. 600 Mio Pesos gekürzt werden – etwa die Hälfte dessen, was das Land normalerweise benötigt. 1987 wurden diese Importe nur wenig auf ca. 700 Mio Pesos erhöht und auch für 1988 sieht der Wirtschaftsplan nur eine unwesentliche Steigerung auf 740 Mio Pesos vor. Das bedeutet aufgrund des schwachen Dollars und damit der Verteuerung der Importe aus Japan, der BRD usw. noch nicht einmal notwendigerweise eine reale Zunahme.

Die Halbierung der notwendigen Importe führte durch fehlende Ersatzteile in einigen Fällen zur Stilllegung von Produktionsanlagen und zur Verknappung des Warenangebots. Eine noch unmittelbare Wirkung hatte die Reduzierung der Milchpulverimporte aus der EG: Die Milchzuteilung für die Kinder mußte von einem auf einen halben Liter herunter-

gesetzt werden.

Es blieb nicht bei dieser Kürzung. Auf ihrer Sitzung im Dezember 1986 beschloß die Nationalversammlung 27 weitere Sparmaßnahmen: U.a. wurde der Nahverkehrstarif von 5 auf 10 Centavos erhöht, der Strompreis von 6,5 auf 9 Centavos pro Kilowattstunde; das Kantineessen in den Verwaltungen wurde nicht mehr kostenlos gereicht; die „Merienda“, ein Nachmittagsimbüß, wurde gestrichen; die Sonderzuteilungen von Zucker, Reis, Fleisch und Textilien in den Behörden wurden abgeschafft; die Benzinzuteilung für Fahrzeuge der öffentlichen Verwaltungen wurde um 20% gekürzt; die Zuteilung von Kochbenzin (Kerosin) wurde allgemein verringert; und schließlich wurde die tägliche Fernsehzeit um 5 Stunden in der Woche und um 2 Stunden am Wochenende gekürzt.¹² Außerdem wurde beschlossen, die Löhne der Leistung anzupassen, d.h. sie faktisch zu senken.

Die Folgen der Importbeschränkungen und Sparmaßnahmen schlugen im ersten Halbjahr 1987 besonders spürbar durch. Die Wirtschaftsleistung schrumpfte gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 3,6%. Die Arbeitsproduktivität nahm um 5% ab. Die zivile Bautätigkeit im öffentlichen Bereich ging sogar um 19% zurück.

Das Durchschnittseinkommen der Beschäftigten im staatlichen Bereich (fast drei Viertel aller Beschäftigten) nahm um 4,2% ab. Der Durchschnittsmonatslohn pendelte sich bei 190 Pesos ein, d.h. 13 Pesos unter dem Niveau der entsprechenden Periode des Vorjahrs.¹³

Diese Senkung des Lohnniveaus ist eine direkte Folge der „Rectificación“. Sie ersparte dem Staat dringend benötigte Pesos im Wert von 175 Mio und wurde hauptsächlich durch den Abbau von unberechtigten Prämien und unnötigen Überstunden sowie durch gerechtere Leistungsnormen erreicht.

Wird fortgesetzt

Anmerkungen:

- 1) Michail Gorbatschow, Perestroika. Reden zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution, München 1987, S. 79
- 2) Granma Semanal (GS), Havanna, 18.10.1987
- 3) M. Gorbatschow, Perestroika..., a.a.O., S. 74f.
- 4) GS, 18.10.1987
- 5) Angaben nach: Granma (G), Havanna, 31.12.1987
- 6) Vgl. Länder der Erde, Köln 1986
- 7) Vgl. ebd.,
- 8) Vgl. Anuario Estadístico de Cuba 1985, Havanna und GS, 10.1.1988
- 9) Vgl. GS, 22.1.1987 und G, 30.11.1987
- 10) Angaben nach: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 29.6.1987
- 11) Vgl. GS, 25.10.1987 und Cuba Quarterly Economic Report (CQER), London, Dezember 1986 und Juni 1987
- 12) Vgl. GS, 4.1.1987
- 13) Vgl. CQER, Juni 1987





Westtouristen in Kuba.

Wolfram Geier

Reiseeindrücke aus Kuba Zwischen Revolution und Massentourismus

Die aktuelle politische Lage in Mittel- und Südamerika ist sicherlich ein Grund dafür, daß die Berichterstattung über Kuba zugunsten von Nicaragua oder aber Chile in den fortschrittlichen Medien auf einen hinteren Platz gerutscht ist. Mitverantwortlich dafür mag aber auch das im Unterbewußtsein verankerte Wissen um die Standfestigkeit des revolutionären Systems in Kuba sein.

Fidel Castro, Ernesto Che Guevara, Schweinebucht, Karibische See... Kuba scheint nach wie vor für viele Linke in der Bundesrepublik und in vergleichbaren Ländern der Inbegriff gelungener revolutionärer Bewegung, sozialistischer Umgestaltung, schlichtweg die Manifestation des hier oft versagten politischen Erfolges revolutionären Kampfes zu sein. Wenn dazu noch die Vorstellung des Blaus der Karibik sowie des schönen Klimas der Randtropen kommt, kann sich aus der hiesigen Ferne in der Phantasie allzuleicht ein politisches und soziales Wunschgebilde entwickeln, das dann den Vergleich mit der Realität in Kuba nicht mehr aushält. Dies hat in der Vergangenheit schon bei manchem Kuba-Besucher zu einem Frust-erlebnis geführt.

Kuba hat wie jedes Land, sozialistischer wie kapitalistischer Prägung, viele Gesichter, wobei die Mehrzahl dank der historischen Entwicklung auf Kuba dem Besucher freundlich entgegenblickt. Anlässlich meiner Kuba-Reise, die sich im wesentlichen auf den Westteil der Insel beschränkt, möchte ich im nachfolgenden v.a. auf die soziale Situation in Kuba eingehen. Sehr interessant waren auch die zahlreichen Gespräche mit kubanischen Jugendlichen, die nach der Revolution geboren wurden und für die sich das Leben auf Kuba in manchem anders dargestellt als für die Revolutionsgeneration.

Meine Kuba-Reise, teils im Rahmen von individuell gestalteten PKW- und Busfahrten (Autoverleih) und teils in Form von seitens des staatlichen Tourismusbüros organisierten Rundreisen, führte mich von der Hauptstadt Havanna über die Badestrände der Playas del

Este nach Westen durch die beiden Provinzen La Habana und Pinar del Rio.

Der geographische und ökologische Kontrast kann kaum größer sein, wenn man aus der Millionenstadt Havanna an der flachen Nordküste in die Tabakanbaugebiete Pinar del Rios kommt. Während sich Havanna hektisch-modern als internationale Großstadt präsentiert (schließlich leben hier über 20% aller Kubaner), umgeben einen von zahlreichen Karsthöhlen durchzogene Kalksteinfelsen majestätisch ruhig im nur 200 km entfernten Vinales-Tal. Die Vegetation der Randtropen (Königspalme, Pinien, Eukalyptus usw.), der Anbau von Tabak für die berühmten „Havannas“ sowie die weiten Zuckerrohrfelder Mittel-Kubas, tun ihr übriges, um den großartigen Eindruck dieser Landschaft zu verstärken. Über allem schweben lautlos rothsalsige Raben-geier, die staatlich geschützte Hygiene-Polizei des Landes.

„Kuba zählt nach wie vor zu den armen und am meisten verschuldeten Ländern der Welt. Das lateinamerikanische Land gehört zur sogenannten Dritten Welt, ist Entwicklungshilfeland.“ Diese Feststellung aus dem Reiseführer muß ich mir immer und immer wieder während meines Aufenthaltes auf Kuba in Erinnerung rufen, dann was ich hier an sozialen und kulturellen Errungenschaften zu sehen bekommen, läßt mich o.g. Tatsachen immer wieder vergessen.

Man mag vom sozialistischen Wohnungsbau halten was man will, meist ist er sicherlich alles andere als anheimelnd und gemütlich. Tatsache jedoch ist, daß auf Kuba im Gegensatz zu anderen Ländern Lateinamerikas keine Slums und keine Obdachlosen mehr existieren. Die großangelegten Wohnungsbauprogramme unmittelbar nach Stabilisierung der Revolution zielten in erster Linie auf die Beseitigung der Slums als Getthos der Armen, als kriminellem Sumpf und gesundheitlichem Risiko.

Dies ist der Regierung unter Castro mit den entstandenen Großsiedlungen um die Zentren der großen Städte vollständig gelungen. Als

zusätzliche Resozialisierungsmaßnahmen für die ehemaligen Slumbewohner waren diese von Anfang an in die Baumaßnahmen (sowie die gleichzeitig laufende Alphabetisierungskampagne) miteinbezogen.

Diese Erfolge der Revolutionsregierung können auch nicht durch die permanenten Anspielungen auf den teils sehr schlechten baulichen Zustand der Altstadt von Havanna wegdiskutiert werden. Tatsächlich liegt im Herzen der Hauptstadt aus ökonomischen wie bautechnischen Gründen, aber auch durch das kolonial-spanische Erbe bedingt, vieles im argen. Das großangelegte Regierungsprogramm, das in Zusammenarbeit mit der UNESCO durchgeführt wird, kann hier erst in Jahren effektiv Breitenwirkung zeigen.

Anders als die „Habанeros“, aber ebenso sicher mit einem Dach über dem Kopf, lebt die Landbevölkerung. Hier herrscht der Typ Einfamilienhaus, Backstein mit Ziegeldach oder Holz mit Palmwedelbedeckung, vor. Aber egal ob traditionelle „bohio“ (eigentlich Schilfrohrhütte) oder Steinhaus, im Vergleich zu den Nachbarn in Haiti, der Dominikanischen Republik oder Venezuela, leben die Kubaner auch hier modern und bequem: 83% der Wohnungen verfügen über Stromanschluß, 70% über fließendes Wasser. Von 100 Haushalten besitzen 83 ein Radio, 73 ein Fernsehgerät, 65 einen Kühlschrank und 36% haben Zugang zu einer Waschmaschine.

Der Aufbau eines flächendeckenden Bildungssystems, von Schulen und Internaten in Stadt und Land, hat in den Jahren nach 1961 (Bildungsreform) bis zum Anfang der 80er Jahre dazu geführt, daß Kuba derzeit über eine Alphabetenrate von nur noch knapp 3% verfügt (Haiti 80%; Mexiko 18%; BRD unter 1%). Neun Jahre Schulpflicht für alle Kubaner sowie inzwischen über 40 Hochschulen in allen Landesteilen haben den sonst üblichen Stadt-Land-Gegensatz gerade im Bereich der Bildungs- und Kulturpolitik sehr stark nivelliert. Viele Studenten erhalten Auslandsstipendien in befreundeten Staaten Europas (CSSR, DDR), um durch den Austausch an technologischem Wissen die Entwicklung der kubanischen Industrie und Exportwirtschaft zu forcieren. Nach dem starken Verfall der Zuckerpreise seit 1980 bemüht sich Kuba mehr denn je, neue Zweige des Exports zu erschließen. Als Beispiel kann hier der geplante Aufbau einer

Der Verfall der Altstadt von Havanna konnte noch nicht aufgehalten werden.





Kubanische Jugendliche – eine gesicherte Zukunft schafft neue Ansprüche.

importunabhängigen und später exportfähigen Keramikindustrie auf der „Isla de la Juventud“, einer bislang wirtschaftlich sehr unterentwickelten Karibikinsel vor der Südküste der kubanischen Hauptinsel, dienen. Das technisch notwendige Know-How liefert u.a. die DDR („Meißner Porzellan“).

Besonderes Augenmerk habe ich aus derzeit beruflichen Gründen auf die Gesundheitsfürsorge auf Kuba gelegt. Selbst im Vergleich zu manchen Industrieländern Europas oder den USA hat das Entwicklungsland Kuba hier Enormes geleistet.

Angefangen bei der Grundversorgung durch rund um die Uhr geöffnete und beratende Apotheken in jeder Stadt und jedem etwas größeren Dorf, besitzt Kuba eine Ärztedichte von 1 Arzt auf 600 Einwohner. Die Insel hat damit fast bundesrepublikanischen Standard erreicht (Haiti: 1:12.600; Mexiko: 1:1.829). In den ländlichen Gebieten sorgen mindestens Gesundheitsposten und Landarztstellen, meist aber ambulante Polikliniken und Landkrankenhäuser für das medizinische Wohl der Bevölkerung. Provinzkrankenhäuser mit Maximalversorgung und Universitätskliniken befinden sich in allen Provinzhauptstädten und Universitätsstandorten.

Die gesundheitlichen Kosten sind für den Einzelnen vergleichsweise gering. Vorsorge wird auf Kuba groß geschrieben. Nicht ohne Grund beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung derzeit 73 bzw. 77 Jahre und liegt somit höher als in allen anderen Entwicklungsländern.

Daß alle Einwohner Kubas heute von dieser Entwicklung profitieren, liegt vor allem an der vergleichsweise langen Etablierung der Revolution seit mittlerweile 29 Jahren auf dieser

Insel. Trotz massiver Störungen und trotz des Wirtschaftsboykotts durch die USA, trotz exilkubanischer Batista-Anhänger, Kalten Krieges und Kuba-Krise konnte sich die von allen Bevölkerungsgruppen getragene Revolution behaupten und ihr soziales und politisches Entwicklungsprogramm in diesem ehemaligen Armenhaus erfolgreich vollziehen.

Wen würde es dabei nicht wundern, daß sich auch in Kuba Probleme, Schwierigkeiten und Widersprüche in der Entwicklung auftun, die mir vor allem im Bereich des Tourismus auffielen. Der ökonomische Zwang zur Devisenerwirtschaftung und der Verfall der Zuckerpriese haben das Land zu einer starken Öffnung für den westlichen Massentourismus getrieben. Mit etwa jährlich 300.000 Touristen aus Westeuropa und vom amerikanischen Kontinent (vor allem Kanada) soll der Tourismus zur zweitgrößten Devisenquelle werden.

Schon jetzt landen wöchentlich alleine aus der BRD zweimal „Urlaubsbomber“ von „Hertie-Kaufhof“ – und anderen hiesigen Reisegesellschaften. Der Cocktail bundesrepublikanischer Touristen ist dabei auf Kuba inzwischen so berauschend wie an den mediterranen Urlaubsparadiesen Europas. Dabei braucht der Costa-Brava- oder Ibiza-gewohnte Bundesbürger auf fast keine touristische Annehmlichkeit mehr zu verzichten: die kubanischen Urlaubszentren an den Playas del Este, den Badestränden von Varadero oder den FKK-Geländen auf der Karibikinsel Cayo Largo unterscheiden sich in fast nichts mehr von ihren europäischen Vorbildern.

Leider. Denn hier, wo jährlich neue großdimensionierte Hotel- und Freizeitanlagen für Touristen entstehen, wo sich europäischer Jet-Set und westeuropäische Urlaubsmoralität Platz verschaffen, geht typische kubanische Lebensweise, Gemütlichkeit und Freundlichkeit verloren. Dazu tun die überall vorhandenen, devisenbringenden „Intourläden“, die den Einheimischen verschlossen sind, sowie die für Westler freigehaltenen Nobelrestaurants und Nachtclubs ihr übriges.

Gerade diese für Kuba ökonomisch sicher wichtige Entwicklung bringt meiner Meinung nach für das gesellschaftliche Zusammenleben viele Probleme mit sich. Dies gilt vor allem für die Jugend und ihr Verhältnis zur Revolution. Nicht selten wurden mein Reisebegleiter und ich von kubanischen Jugendlichen auf unsere Konsummöglichkeiten im Westen angesprochen. Und nicht selten wurde unerschwellig vorwurfsvoll auf unsere Privilegien in Ihrem Land, z.B. beim Einkauf in „Intour-Läden“ oder dem Besuch von Restaurants, Shows und Nacht-Bars hingewiesen.

In Gesprächen u.a. mit Studenten aus verschiedenen Landesteilen Kubas wurde uns deutlich, daß die von uns so bewunderten sozialen Erregenschaften des Landes im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern als normaler Standard bzw. teilweise als Mangelwirtschaft begriffen werden. Als normal wurde beispielsweise auch das fast völlige Fehlen von Gewalt- und Wirtschaftskriminalität angesehen.

Begehrter dagegen erschienen den Jugendlichen die „Privilegien“ der Westtouristen auf Kuba („Intourläden“ und dergleichen) sowie ihre gesamte Lebensart, was bei der Kleidung und den Zigaretten anfang und den vom Hörensagen bekannten HiFi- und Video-Anlagen zuhause aufhörte. In manchem Gespräch wurde deutlich, welches ungetrübte und durch entsprechende Westtouristen verbreitete Hochglanzbild v.a. der BRD in den Köpfen junger Kubaner steckt.

Der Kauf von Luxusgütern, uneingeschränkter Konsum sowie neue, westliche Arten des Vergnügens, aber auch Reisen in alle Welt, wurden uns als Wünsche zumindest eines Teils der kubanischen Jugend übermittelt. Gleichzeitig

mit dieser Wunschliste konnten wir eine zunehmende Distanz zu dem als verkrustet und jugendfeindlich bezeichneten System Kubas vermerken. Die „Alten“, gemeint waren Eltern und Großeltern, so wurde uns gesagt, seien genügsam und schwelgten zuviel im Revolutionspathos.

Hier offenbart sich das schon sehr wohlbehütete Aufwachsen einer nachrevolutionären Generation, die das Elend der Zeit „davor“ und die harten Kämpfe um die endgültige Etablierung der Revolution zum Glück nicht mehr erleben mußte. Zum einen werden nun neue Bedürfnisse von einem wesentlich höheren Lebensstandard aus formuliert, was durchaus folgerichtig ist. Zum anderen werden jedoch gerade durch das unvorbereitete Aufeinandertreffen völlig verschiedener Welten durch den entstandenen Massentourismus manche Bedürfnisse künstlich erzeugt und durch das Verhalten der Touristen entscheidend verstärkt. Dieses teils falsche Konsumstreben wird durch ungeeignete Maßnahmen im Touristikbereich („Intourläden“ usw.) sowie das völlig unreflektierte massenweise Einstromen von Touristen der gesamten politischen Bandbreite flankiert. Die unvorbereitete Konfrontation beider Gruppen ist somit für die teilweise entstandenen „Minderwertigkeitskomplexe“ bei der kubanischen Jugend gegenüber (gerade jugendlichen) Westtouristen verantwortlich. Ein völlig anderes Verhalten konnten wir gegenüber Touristen bzw. derzeit in Kuba lebenden Personen aus der DDR beobachten. Diese Probleme und Widersprüche sind natürlich in der Lage, die Autorität des sozialistischen Staates zu untergraben. Der seit 1985 in Florida/USA installierte und verstärkt tätige Propaganda-Sender für Kuba tut hierzu ein übriges.

Trotz dieser Probleme, die aber gerade eben menschliche und gesellschaftliche Realität widerspiegeln, stehen die enormen sozialen, kulturellen und politischen Leistungen Kubas eindeutig im Vordergrund. Großartigstes Erlebnis für mich war, kurzzeitig in einem Land sein zu können, dessen Bevölkerung unterschiedlichen Rassen angehört, in dem aber alle Gruppen miteinander in Freundschaft und Frieden leben. Castro sagte einmal darauf angesprochen, daß es auf Kuba keine bestimmten Volksgruppen, Weiße, Schwarze oder Mischlinge gäbe, sondern alle Kubaner Mischlinge seien.

Weiße, Schwarze, Asiaten, Mischlinge haben gleichermaßen die Ausbeutung vor der Revolution erlebt. Gemeinsam haben sie das Kuba von heute geschaffen. Gerade bei zunehmendem Rassenhaß und sich verschärfender Ausländerfeindlichkeit hierzulande war es ein Hoffnungsschimmer, dieses real existierende Beispiel von Zusammenleben, gegenseitiger Achtung und Toleranz aller Menschen auf Kuba zu erleben.

Traditionelle Unterhaltung in einem Café in Havanna.





Die Abschiebung von Asylbewerbern soll erleichtert werden.

Georg Diederichs

Verschärfung des Asylrechts geplant

Eine Verschärfung des Ausländerrechts und eine weitere Aushöhlung des Grundrechts auf politisches Asyl als „politische Hauptaufgabe für 1988“ kündigte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) Anfang Januar d.J. an. Dies hat heftige Proteste bei demokratischen Organisationen und Gewerkschaften sowie eine neue Auseinandersetzung in der Bonner Regierungskoalition ausgelöst. „Bundesinnenminister Zimmermann beginnt das neue Jahr, wie er das alte beendet hat: Mit unfriedlichen Gesetzesforderungen, diesmal zu Lasten von Ausländern“, erklärte die Bundesgeschäftsführerin der SPD, Anke Fuchs. Jochen Richert, für ausländische Beschäftigte zuständiges Mitglied im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, forderte Zimmermann auf, „seine unhaltbaren Vorstellungen zur Verschärfung des Ausländerrechts endlich aufzugeben“.

Für den innenpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Burkhard Hirsch ist mit der Ankündigung Zimmermanns sogar die „Schmerzgrenze“ der FDP erreicht. Zimmermann strapaziere die Zusammenarbeit in der Regierungskoalition in „sehr unangenehmer Weise“, so Hirsch. Ähnlich hatte sich zuvor schon sein Fraktionskollege und Vorgänger Zimmermanns im Amt des Bundesinnenministers, Gerhard Baum, geäußert.

Die bundesweite Flüchtlingsorganisation Pro Asyl, in der Experten aus Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden zusammenarbeiten, mahnte schließlich, daß 1988 kein „schwarzes Jahr für

Flüchtlinge“ werden dürfe. Im übrigen wies der Sprecher der Organisation, Pfarrer Herbert Leuninger, die Behauptung Zimmermanns, 90% der Flüchtlinge kämen aus rein wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik, als falsch zurück. Zimmermann gehe dabei einzig von der Anerkennungsquote für Asylbewerber aus, die in den letzten Jahren „drastisch und auf künstliche Weise“ gesenkt worden sei.

Um die zahlreichen Proteste einzudämmen sah sich die Unionsfraktion wenige Tage später veranlaßt, ihre innenpolitischen Sprecher Gerster (CDU) und Fellner (CSU) feststellen zu lassen, daß nicht etwa eine Verschärfung des Asylrechts beabsichtigt sei, wie Innenminister Zimmermann „bedauerlicherweise mißverstanden“ worden sei, sondern daß es „nur“ um eine Änderung des Ausländerrechts gehe.

Doch an ein „Mißverständnis“ oder an „verbale Ungenauigkeiten“ in den Äußerungen Zimmermanns zu glauben, wäre ziemlich naiv. Wahrscheinlicher ist da schon die Vermutung, daß es sich um einen Versuchsballon in Richtung FDP handelte. Beim kleineren Koalitionspartner ist die durch Burkhard Hirsch und Gerhard Baum formulierte Ablehnung der Zimmermann'schen Pläne derzeit zwar noch Mehrheitskonsens. Doch das Umfallen der FDP bei der Verschärfung des Demonstrationsrechts hat deutlich gemacht, daß auf die „liberalen Positionen“ dieser Partei kein Verlaß ist. Auch die zur Beschwichtigung gedachten Äußerungen der Unionspolitiker

Gerster und Fellner sind allzu vordergründig. Denn die Behauptung, daß Asylrecht und Ausländerrecht zwei ganz verschiedene Dinge seien und nichts miteinander zu tun hätten, stimmt so nicht. Zwar ist tatsächlich keine größere Veränderung des Asylrechts geplant, wohl aber eine Veränderung des Paragraphen 14 des Ausländergesetzes, der in erster Linie Asylbewerber betrifft.

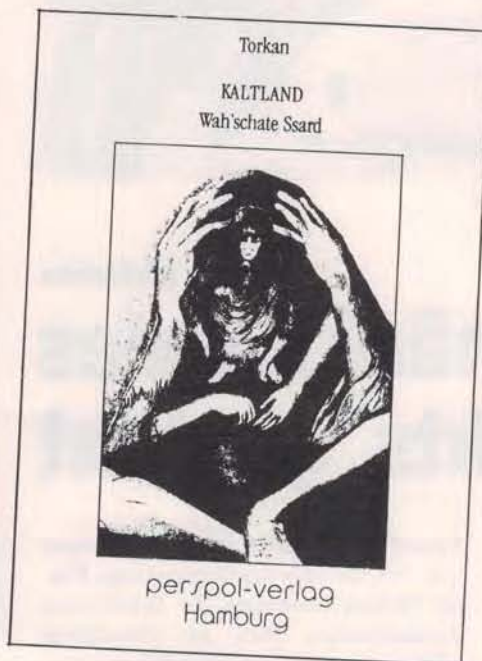
Am 8. Dezember 1987 hat nämlich die Bonner Kabinettsrunde den Bundesinnenminister beauftragt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der – neben einigen geringfügigen Änderungen des Asylverfahrensgesetzes – den besagten Paragraphen 14 des Ausländergesetzes neu regeln soll. Dieser Paragraph gab bisher Ausländern – und hier vor allem abgelehnten Asylbewerbern – einen gewissen Schutz vor Abschiebungen.

Ein Ausländer darf nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist, heißt es in diesem Paragraphen, der in den letzten Jahren immer mehr zu einem letzten Rettungsanker für abgelehnte Asylbewerber etwa aus dem Iran, Sri Lanka oder dem Libanon geworden ist. Darüber hinaus bot dieser Paragraph des Ausländergesetzes auch all denen Schutz, die aus persönlichen Gründen keinen Asylantrag stellen wollten (weil sie z.B. Repressionen gegen ihre Angehörigen im Heimatland befürchteten) oder deren Asylanträge von vornherein keinen Erfolg gehabt hätten, weil sie vom zuständigen Bundesamt aus rein formalen Gründen als „unbeachtlich“ eingestuft worden wären.

Auf Grundlage der Vorschläge einer Bund/Länder-Kommission zum Asyl- und Ausländerrecht soll jetzt seitens des Bundesinnenministeriums ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der vor allem die beiden letztgenannten Personengruppen einer strengeren Regelung unterzieht. Außerdem sollen Ausländer, die sich auf einen Abschiebeschutz nach Paragraph 14 des Ausländergesetzes berufen, denselben Lebensbedingungen wie Asylbewerber unterworfen werden. D.h. auch sie sollen zu einem Leben in Sammellagern mit gekürzter Sozialhilfe gezwungen werden und ebenfalls einem fünfjährigen Arbeitsverbot unterliegen. So gesehen wird denn auch die „Gesamtproblematik des Ausländerrechts“, in deren Zusammenhang Innenminister Zimmermann seine reaktionären Absichten verstanden wissen will, deutlich: Ihm geht es sowohl um die Verschärfung des bisherigen Ausländerrechts als auch um die weitere Aushöhlung des im Grundgesetz verankerten Rechts auf Asyl für politisch Verfolgte.

Peter Schütt

Westöstlicher Diwan in Prosa



Kein Kulturkreis erscheint uns derzeit fremder und ferner als der Iran, der vor acht Jahren von einer elementaren Volkserhebung in seinen sozialen, politischen und kulturellen Grundfesten erschüttert wurde und seither einen ebenso langen wie erbarmungslosen Glaubenskrieg gegen den Nachbarstaat Irak führt. Revolutionsführer Khomeini ist, über seinen tatsächlichen Anteil an der iranischen Gegenwartstragödie hinaus, zu einem Schreckbild für alle Gemeinheiten des Orients geworden. Und das seit dem Umbruch im Iran mit System aufgebaute Feindbild von den „fanatischen Schiiten“ stellt jedem Brückenschlag zwischen westlicher und islamisch-iranischer Kultur nahezu unüberwindliche Mauern des Vorurteils gegenüber.

In dieser Zeit der Mißverständnisse ist es sinnvoll, daran zu erinnern, daß sich gerade Deutschland und Persien in früheren Epochen geistig und kulturell wesentlich näher gekommen und gewesen sind. Es gab Zeiten in unserer klassisch-romantischen Periode zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als sich die besten Köpfe deutscher Kunst und Literatur von den großen Dichtern der persischen Blütezeit inspirieren ließen.

Julius von Hammers „Geschichte der schönen Redekünste Persiens“ und Friedrich Rückerts Übersetzung des

Schah Nameh und Firdusi gehörten damals zum geistigen Besitz der gebildeten Deutschen. Goethes bedeutendste lyrische Dichtung, der westöstliche Diwan, ist dem Altmeister des iranischen Orients, Hafis, nachempfunden. Und in Heinrich Heines „orientalischen“ Balladen sind persische neben arabischen und altjüdischen Anregungen und Motiven allgegenwärtig.

Noch zu Beginn dieses Jahrhunderts waren so unterschiedliche Dichter und Denker wie Hermann Hesse und Friedrich Nietzsche von persischer Philosophie und Ästhetik beeinflusst. Heute dagegen prägen Machwerke wie der Bestseller Peter Scholl-Latours „Allah ist mit den Standhaften“ die Vorstellungen vieler Bundesbürger vom Terrorstaat Iran, der offizieller Verdammung zum Trotz einer der wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik in der sog. Dritten Welt geblieben ist.

Den von beiden Seiten gepredigten Haßtiraden gegenüber haben es all jene Stimmen, die um Verständigung und Ausgleich bemüht sind, gegenwärtig sehr schwer. Zu ihnen gehören vor allem die in der Bundesrepublik lebenden Exilschriftsteller. Einige sind schon zur Schah-Zeit in unser Land geflohen, wie Said Abdolreza Madjderey und die Erzählerin Torkan. Die meisten anderen

haben dagegen erst die Flucht vor Khomeini ergriffen. Einige, Mani, Reza Machsadi, Fredun Tonekaboni und Fahime Farsaie, die hierzulande Asyl gefunden oder beantragt haben, zählten in der Zeit der Revolution in ihrer Heimat zu den bekanntesten Sprechern der demokratischen Bewegung.

Hierzulande sind die meisten von ihnen bisher nahezu unbekannt geblieben. Nur Torkan ist es gelungen, aus dem kleinen Kreis der Exilgemeinden herauszutreten und eine breitere deutschsprachige Öffentlichkeit anzusprechen. Das hängt auch damit zusammen, daß sie sich in ihren Werken nicht auf die klassische Exilthematik beschränkt, sondern Erfahrungen vermittelt, die jedem und jeder zu fühlen und zu denken geben, gleich welchen Geschlechts, welchen Lebensalters, welcher Nationalität, Kultur und Weltanschauung.

Torkan verzichtet dabei auf den sarkastischen oder sentimental Grundton, der die hiesige Gastarbeiter- oder Gastdichtertliteratur im allgemeinen kennzeichnet, und nimmt das Thema des Heimatverlustes vor allem als Gleichnis für die Verlorenheit und Einsamkeit des modernen Menschen nach der Vertreibung aus dem angenommenen Paradies der guten, alten Zeit. Zugleich ist sie in ihren Büchern mit viel Phantasie und Kunstsinne bestrebt, Brücken zu schlagen, zwischen Abend- und Morgenland, zwischen Iran und Deutschland, zwischen Islam und Christentum. Sie geht dabei ohne missionarisches Eiferertum zu Werke, sondern spricht am liebsten durch die Blume der Metapher und der Poesie.

In ihrem ersten deutschsprachigen Buch „Tufan – Brief an einen islamischen Bruder“ schildert sie aus der Sicht einer im Exil lebenden iranischen Frau den Alltag

Die Exiliranerin Torkan beschränkt sich nicht auf die Exilthematik und verzichtet auf den sarkastischen oder sentimental Grundton, der der Gastdichtertliteratur sonst eigen ist

einer zwischen Tradition und Fortschritt, zwischen Anpassung und Auflehnung, zwischen Verzweigung und Hoffnung zerrissenen persischen Familie. Sie geht einer Familientragödie auf den Grund, deren eigentliche Ursache außerhalb des privaten Bereichs zu finden sind, in dem schmerzhaften sozialen und kulturellen Umbruch, in dem sich die iranische Gesellschaftsordnung nicht erst seit der islamischen Revolution befindet. Ein Jahrtausende altes gesellschaftliches Gefüge mit vorgegebenen Rechten, Pflichten und Regeln für jedes

einzelne Familienmitglied zerfällt, ohne daß die Grundlagen für eine humanere Alternative erkennbar sind. So bleibt als Grundstimmung die Trauer über den Verlust der Geborgenheit in den bewährten Armen der generationen- und klassenübergreifenden Großfamilie.

In „Kaltland“, ihrem zweiten Erzählwerk, das die geläufigen abendländischen Gattungsbegriffe sprengt, reflektiert Torkan den Alltag der ausländischen Frau im bundesdeutschen Exil, aber im Gegensatz zu der geläufigen Emigrantenliteratur geht es ihr weniger um die Anprangerung der tagtäglichen Diskriminierungen, sondern um die Vergegenwärtigung der Widersprüche, die eine aus dem Orient kommende Frau in den großen Einsamkeiten unserer westlichen Metropolen erfährt. Sie beschreibt dieses Leid ohne falsche Sentimentalität und ohne die trügerische Hoffnung, daß eine Rückkehr zu den alten Werten und Bindungen möglich oder sinnvoll wäre.

Ihre Haltung zum westöstlichen Kulturkonflikt gleicht der von Aysel Özakin (siehe Beitrag in: AIB 7/1986; d. Red.), der in der Bundesrepublik lebenden und schreibenden türkischen Exilautorin, in deren Romanen, Erzählungen und Poemen sich ebenfalls das Jahrhundertthema der Frauenbefreiung mit dem westöstlichen Gegensatz vermischt. Beide Autorinnen gestalten die Berührung und Vermischung zweier widerstreitender Kulturen in einer Person oder in einer Familie nicht als unabwendbare Tragödie, sondern zugleich als Chance, den Gesamtcharakter unseres Zeitalters im Umbruch der Werte, Kulturen und Gesellschaften zu begreifen. Dem Wandel in der familiären und gesellschaftlichen Stellung des anderen Geschlechts kommt dabei beiden aus dem Orient kommenden Exilschriftstellerinnen die Schlüsselrolle zu.

Das dritte Buch Torkans, „Allnacht“, ist in diesen Tagen erschienen. Mir scheint, es ist ihr bisher reifstes und schönstes Werk, irgendwo zwischen Roman und Erzählung, zwischen Tagebuch und Essay, zwischen Lyrik und Prosa angesiedelt. Es ist ein Buch der Liebe im Widerstreit zwischen gesellschaftlicher Norm und individuellem Glücksanspruch, im Spannungsfeld zwischen Entsagung und Erfüllung, zwischen orientalischer Mystik und abendländischem Realismus. Torkans lyrische Novelle ist eine Art westöstlicher Diwan in Prosa, ein psychologisch einfühlsam erdichtetes Filigran-Werk aus Reflexionen und Impressionen, ein kunstvoll ineinander verflochtenes Teppichgewebe, in das orientalische Legenden, Kindheitserinnerungen, Märchelemente und Weisheiten aus dem Koran, dem Alten und dem Neuen Testament hineinverwoben sind:

die Bibel bewährt sich bei diesem Verfahren als westöstliches Geschichtsbuch. Torkans „Allnacht“ setzt Abend- und Morgenland in ideelle Beziehungen zueinander, vergleicht die Welt- und Menschenbilder beider Kulturen miteinander und versucht dabei, beiden Seiten gerecht zu werden. Der Kulturkonflikt wird mit dem Mantel der Liebe umhüllt, ohne daß dabei die Gegensätze der Gesellschaften, der Generationen und der Geschlechter zugedeckt werden.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der verborgenen Kultur der Frau im Orient. Torkan macht den Mythos der Jungfräulichkeit begrifflich und denkt über das Geheimnis der Mutterschaft nach, nicht aus biologischer oder feministischer Sicht, sondern aus der Sichtweise einer Gesellschaftskultur, in der Ehre und Würde Leitbegriffe geblieben sind.

Die alte großfamiliäre Ordnung ist unwiederbringlich verloren im Iran auf die Dauer, nicht anders als hierzulande, nicht zuletzt darum, weil sie unvereinbar ist mit dem Recht auf individuelle Selbstverwirklichung. Trotzdem wirft Torkan zumindest zwischen den Zeilen ihres Erzähl- und Gedankenteppichs die Frage auf, ob wir in unsere moderne Gesellschaft nicht mehr von dem geistigen und emotionalen Erbe des überliefer-

ten Familienzusammenhangs aufnehmen sollten.

Offenkundig sind weder die staatliche Fürsorge noch der Solidaritätsgedanke der unterdrückten Klassen und Schichten geeignet, uns jenes Maß an Geborgenheit zu gewähren, das in den alten Familienbanden zum seelischen Haushaltsvertrag zu gehören schien. Torkan romantisiert die orientalische Liebe keineswegs. Sie verurteilt die Polygamie ohne Wenn und Aber und geht mit den islamischen Formen der Frauenunterdrückung entschieden ins Gericht, ohne dabei die westlichen Varianten zu übersehen. Sie beklagt zugleich die Gefühlskälte und Lieblosigkeit hiesiger „Beziehungen“.

Dennoch sagt sie der Liebe kein Lebewohl. In der Liebe von Mann und Frau sieht sie immer noch den einfachsten Weg zum Verstehen der Geschlechter, der Generationen und der Kulturen. Die Geschlechterliebe schafft dabei keine heile Welt und keine Insel seliger Träume, aber sie setzt in den Menschen Kräfte und Hoffnungen frei, die sie befähigen, auf den anderen zuzugehen und der Mühsal der „Allnacht“, des tagtäglichen Leidensdrucks, standzuhalten.

Torkan, *Allnacht*. Roya und Alp-Traum, perspol-Verlag, Hamburg 1987, 96 Seiten, 18 DM

Zeitschriftenschau

ila-info, Nr. 111/Dezember 1987

Schwerpunkt: **Gentechnologie**: Gentechnik in Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion ● Bio- und Gentechnik in Lateinamerika ● Eigentumsrecht von genetischen Ressourcen ● Entwicklungshilfeprojekte ● Freilandexperimente in Argentinien ● Außerdem: Bankenverstaatlichung in Peru ● Referendum gegen Amnestie in Uruguay ● Repressionswelle in Kolumbien ● Bonn und die Folterkolonie in Chile
Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM
Bezug: *ila*, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Blätter des iz3w, Nr. 146/Dezember 1987

Schwerpunkt: **Iran-Irak und der Golfkrieg** ● Beiträge zu US-Politik im Golf ● Bundesdeutsche Rüstungsexporte ● Diktatur der Baath-Partei und irakische Außenpolitik ● Frauen im Irak ● Interview mit iranischer Lehrerin ● Deutsch-iranische Handelsbeziehungen – der Fall Buschir ● Islam und Nationalismus – Vereinbarkeit oder Antagonismus ● Rezensionen zum Thema ● Außerdem: IWF/Weltbank, Afghanistan, Sudan, Sri Lanka
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: *iz3w*, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 7/November 1987

Schwerpunkt: **Kulturelle Formen des Widerstands in Südafrika und Namibia** ● Außerdem Beiträge zum Kultur- und Wissenschaftsboykott, zum Streik bei Mercedes und zu den Verfassungsplänen für Namibia
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: *issa*, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 4/1987

Frontstaaten im Konflikt mit Südafrika ● Schwerpunktland Mosambik: Beiträge über Geschichte, politische Entwicklung, Beziehungen zu Südafrika, die Renamo und bäuerliche Frauenorganisationen ● Koordinierte Befreiungspolitik im Südlichen Afrika ● SADCC – wirtschaftspolitische Alternative zu Südafrika ● Boykottpolitik aus der Sicht der BRD, Mosambik und Botswana ● Porträt von K. Kaunda ● Vergleich der Befreiungspolitik in Simbabwe und Südafrika
Einzelpreis 4 DM; Abo 22 DM
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Lateinamerika Nachrichten, Nr. 166/Januar 1988

Schwerpunkt: **Colonia Dignidad** ● 'Mustergut' mit dunkler Geschichte ● Nazis oder politisierte Sekte? ● Ein verborgener Stützpfiler von Pinochets Macht ● Die Rolle der deutschen Botschaft ● Der Prozeß vor dem Bonner Landgericht ● Gute Freunde in Deutschland ● Filmrezension „Die Kolonie“ ● Außerdem: Chile: Morddrohungen gegen 78 Künstler ● Brasilien: Großprojekte und kein Ende...? ● Nicaragua: Familientreffen in Las Manos – Bemühungen um den Frieden ● Honduras: Vor dem interamerikanischen Gerichtshof
Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 123/Januar 1988

Schwerpunkt: **10 Jahre FORUM** ● Ein Rückblick ● Von den Anfängen des BUKO ● Stellungnahmen zu 10 Jahren BUKO ● BUKO-Kampagnen ● Rote Zora – Hausdurchsuchungen und Verhaftungen ● Kommentar zur Trikotwerbung für das „Grüne Buch“ im Eishockey ● Nord-Süd-Kampagne des Europarats ● Kongreß der BUKO-Pharma-Kampagne „Weniger Medikamente, bessere Therapie“ ● Stirbt der Wald, stirbt der Mensch ● KA-Protokoll ● Presseerklärung zum Atomskandal ● IWF-Kampagne
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 DM
Bezug: FORUM, c/o ISW, Lingener Str. 9, 4400 Münster

Thomas Hax/Georg Hanecke

Die Vernichtung des Amazonas-Regenwaldes aufhalten!

In kaum einer anderen Region dieser Erde sind die Folgen der Weltmarktkrise so deutlich zu spüren wie im Großraum Amazonien.

In Brasilien, der achtgrößten Industriemacht der Welt, lebt etwa die Hälfte der Bevölkerung in Armut und Elend, ein Viertel der Arbeitsfähigen ist arbeitslos oder unterbeschäftigt, und von den 50,2 Mio Beschäftigten erhalten 13% gar keinen Lohn und 30% weniger als den staatlich festgesetzten Mindestlohn. Die bislang sektoral erreichten ökonomischen Erfolge Brasiliens haben keine Überwindung des Elends breiter Massen bewirken können, und auch in Zukunft ist die gesellschaftliche Entwicklung durch die Verschuldungskrise gefährdet.

Eine unreflektierte Ausbeutung bzw. Gefährdung der Region Amazonien durch Großprojekte bei der Erzförderung und -verhüttung und in Land-, Vieh- und Forstwirtschaft ist die Folge dieser hohen Schuldenlast, wobei die Industrienationen in doppelter Hinsicht profitieren: Zinsen und Rohstoffe! Darüber hinaus sind die sozialen Probleme (Landvertreibung/Bedrohung der letzten Indianerstämme) und die ökologischen Zerstörungen von Jahr zu Jahr spektakulärer.

Von den tropischen Regenwäldern, die Ende der 70er Jahre laut UNESCO weltweit etwa 700 Mio ha bedecken, befinden sich fast drei Viertel im Amazonasbecken und davon über die Hälfte in seinem brasilianischen Teil, nämlich ca. 360 Mio ha.

Der Feuchtwald ist aber nicht nur Ressource für die Holzverarbeitung, er ist auch Grundlage und Produzent des regionalen und des globalen Klimas, ein bedeutender Lebensraum für eine vielfältige Flora und Fauna, ein unverzichtbarer genetischer Speicher. Die Abholzung des Regenwaldes führt zu einer Zerstörung des Lebensraumes für Menschen, Tiere und Pflanzen, das Klima wird verändert. Durch die Verbrennung von Brennstoffen und die Entwaldung ist die CO₂-Menge in der Atmosphäre um 15% angestiegen; daraus resultiert in diesem Jahrhundert noch keine merkliche Aufheizung der unteren Schichten der Atmosphäre, wohl aber ist hiermit für den Beginn des kommenden Jahrhun-

derts zu rechnen.

Nach einer Berechnung von Fearnside (1982) kann bei einer andauernden Abholzung des amazonischen Regenwaldes seine vollständige Vernichtung nicht ausgeschlossen werden. Er prognostiziert bei ungebrochener Fortsetzung des Holzschlags, daß der Regenwald schon 1991 nicht mehr (regional) existieren wird. In Rondônia, Goiás und Mato Grosso wäre der Feuchtwald schon 1988 oder 1989 zerstört, im Staat Amazonas im Jahre 2003, in Para 1991. Wenn es auch anderslautende Stimmen gibt, so läßt sich eine massive Bedrohung nicht leugnen.

Die u.a. vom BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit; d. Red.) so gelobten Wiederaufforstungsprogramme halten weder quantitativ mit der Holzeinschlagsrate mit noch ersetzen sie das komplexe, vielfältige System des Regenwaldes. Mit ihnen werden lediglich monokulturelle „Holzfabriken“ geschaffen. Während nach einer Studie aus dem Jahre 1980 die Wald- und Holzreserven der Industrieländer auch im Jahre 2000 noch ungefähr erhalten sein werden, schrumpfen die Bestände in der Dritten Welt rapide: allein in Amazonien stieg die abgeholzte Fläche zwischen

1975 und 1980 von 2,8 auf 12,4 Mio ha. Beate von Devivière (1984) bemängelt, daß Teile des östlichen und des südlichen Amazonasgebietes (Pará, Mato Grosso und Rondônia) bis 1990 durch Viehzucht, Siedler und Waldwirtschaft weitgehend und mit großer Geschwindigkeit umgewandelt werden, daß Teile der brasilianischen Amazonaswälder (Tieflandregenwälder) hauptsächlich in Amapá, Acre (entlang der Transamazonica) durch Siedler, Waldwirtschaft, Rinderzucht und Holzbau bis 1990 in mäßiger Geschwindigkeit umgewandelt werden.

Wenn auch das Bundeswirtschaftsministerium betont, Brasilien spiele derzeit als Holzlieferant eine untergeordnete Rolle, so ist nicht zu verkennen, daß zum Beispiel auch der „Verein Deutscher Holzeinfuhrhäuser e.V.“ in seinem Jahresbericht 1986 in Brasilien einen kommenden Markt sieht. In Verbindung mit den bereits erwähnten Gründen für eine Ausbeutung Amazoniens (Rohstoffe/Viehwirtschaft) dürfte die mehr und mehr einsetzende Holzausbeutung der Region (soweit möglich) ein weiterer Störfaktor sein. Letztlich ist auch die Anlage sog. Baumplantagen (Regenwaldgebiete werden für die Pflanzungen

Protest gegen die Abholzung des Regenwaldes.



schnellwüchsiger Baumarten geopfert...) ein ernstzunehmender Faktor, denn Plantagenwirtschaften unterliegen den gleichen Naturgesetzen wie alle anderen Monokulturen: sie ziehen Krankheiten, Schädlinge an; der nährstoffarme Urwald wird durch die setzlinge noch ärmer, riesige Mengen von Dünger sind erforderlich, um die gewünschte Produktivität zu erzielen (z.B. Baumplantagen zur Gewinnung von Zellulose zur Papierherstellung).

Das Fazit ist niederschmetternd. Auf vielfältige Art und Weise tragen die Vertreter der Industrienationen zur Zerstörung der Regenwälder bei: Europa ist mit 40% des Weltverbrauchs an tropischem Holz der zweitgrößte Verbraucher, gleich nach Japan mit 48%; mit jedem Biß in einen Hamburger zerstören wir ein Stück Regenwald, denn schließlich machen „fast-food“-Ketten wie McDonald's u.a., die von großen Rinderfarmen in Lateinamerika und andernorts ihr Fleisch beziehen, auch bei uns immer größere Gewinne, wenn auch hiesige Fleischklöpfe aus deutschem Fleisch hergestellt werden, wobei die EG-Rindvieher fleißig mit brasilianischem Sojashrot gefüttert werden.

Die Abholzung des Feuchtwaldes bedeutet: Zerstörung eines Lebensraumes, eines genetischen Speichers und bedrohliche Veränderungen des globalen Klimas

Und zur Krönung profitiert die EG auch ganz gewaltig von dem Großprojekt Carajás, wo in den Bergen, einige hundert Kilometer südlich des gigantischen Staudamms Tucuruí, die größten Eisenerzvorkommen der Erde lagern. Eine Eisenbahn bringt das Erz über 880 km nach Nordosten in den neuen Tiefseehafen bei São Luis an der Atlantikküste. Von dort erfolgt eine Verschiffung in alle Welt. Das 5-Mrd.-\$-Projekt wurde bzw. wird von Brasilien und einer Anzahl ausländischer Geldgeber mitfinanziert, dabei vier japanische Finanzunternehmen, verschiedene amerikanische Banken, die Weltbank und die Europäische Gemeinschaft, die 7 bzw. 10% der Kosten finanzieren. Als „Entschädigung“ für das EG-Darlehen soll die europäische Stahlindustrie in Zukunft Eisenerzlieferungen zu garantierten Vorzugspreisen bekommen, die von brasilianischen Oppositionspolitikern mit vollem Recht als „Bananenpreise“ bezeichnet werden.

In vielen Bereichen nimmt die Schuldenklaverei Brasiliens beängstigende Ausmaße an, wobei es nicht selten an der Engstirnigkeit der „entwickelten“ Welt liegt, daß Änderungen unmöglich schei-

nen.

Zum großen Carajás-Projekt gehören in Zukunft bis zu 30 andere Bergwerke sowie metallverarbeitende Industrien, Wasserkraftwerke, forst-, vieh- und landwirtschaftliche Projekte; 10 neue Städte müssen für die Arbeiter und Zuwanderer gebaut werden. Einen entscheidenden Faktor in diesen gigantischen Ausbeutungsvorhaben im Großraum Amazonien stellt die **Energiefrage** dar. Einerseits will Brasilien sich langfristig von den hohen und zudem teuren Öleinfuhren unabhängiger machen, andererseits wurden ausländischen Geldgebern zur Unterstützung der internationalen Eisenerz- und Bauxitindustrie hohe Steuervergünstigungen, großzügige Importquoten und **Strom zu verbilligten Preisen** zugesagt, die etwa 30% unter dem Normalpreis liegen.

Wenn auch Brasiliens Stromverbrauch im Jahre 1981 um 10% sank, anstatt – wie prognostiziert – um 14% anzusteigen, ist man bei der Elektrizitätsgesellschaft ELEKTRONORTE zuversichtlich, daß am Amazonas schlechthin jeder Staudamm wirtschaftlich sei, wenn man bedenke, daß das Land „nichts“ koste! **Der einzige Preis ist eben der für die Umwelt!**

Das Amazonas-Flußsystem speichert etwa 40% des hydroelektrischen Gesamtpotentials Brasiliens, nämlich ca. 48.700 MW/Jahr von insgesamt 106.570 MW/Jahr; Schätzungen besagen, daß der neue Reichtum, den Amazonien exportieren kann, nicht zuletzt seine großen hydroelektrischen Energien sind, obwohl der Transport von Strom noch bekanntermaßen große Probleme mit sich führt. Wenn auch Wasserkraft eine Schlüsselrolle in der Ausbeutung des Amazonasraumes einnimmt (Erzeugung von Wärme/die Prozessierung der Rohstoffe,...), so sind die Auswirkungen in ökologischer und sozialer Hinsicht katastrophal. Bei dem Bau des Staudamms TUCURUI wurden diese sehr früh prognostiziert bzw. wenig später auch schon beklagt: Indianer verloren ihr Gebiet, Fäulnis der nicht geräumten Biomasse führte nach der Flutung zu einer Gefahr durch Freisetzung toxischer Gase; die Wasseroberfläche wurde mit Wasserhyazinthen überwuchert, so daß mit der reduzierten Lichtdurchlässigkeit die Bildung von Phytoplankton verringert wurde; die Nahrung für die Fische ging zurück, und die Anwohner verloren eine wichtige Proteinquelle!

Die maximale Ausschöpfung des Energiepotentials ist in Brasilien noch längst nicht erreicht, weitere Wasserkraftwerke mittleren und großen Ausmaßes sind geplant. Es steht zu befürchten, daß mit der Vergabe eines zweiten **Energie-sektorkredits der Weltbank für Brasilien** eine dramatische Zuspitzung des hier



Mit der Erschließung des Amazonasgebietes wird die Abholzung vorbereitet.

grob skizzierten Trends in verschiedenen Bereichen erzielt wird. Nicht zuletzt durch die hohe Auslandsverschuldung und das daraus resultierende rege Interesse der brasilianischen Regierung, das ausländische Kapital zu hofieren, führten dazu, daß auch in Zukunft bei den ohnehin überflüssigen Staudammprojekten (denn sie dienen lediglich der Vernichtung eines der wichtigsten Naturgebiete unserer Erde!) ökologische und soziale Gesichtspunkte wenig beachtet werden. Wenn man auch aufgrund wachsenden Drucks im In- und Ausland mittlerweile zu Minimalbekenntnissen gelangt ist, so bleibt es doch fraglich, ob ein Überleben von Mensch und Natur in Amazonien gesichert wird.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag meldete bereits gegen den ersten Energie-sektorkredit der Weltbank für Brasilien arge Bedenken an, während man im BMZ behauptete, ökologische Notwendigkeiten und der Schutz indianischer Minderheiten wären auch hier schon eine Selbstverständlichkeit gewesen. Am 9.12.1987 beratschlagte der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Uwe Holtz (SPD) über den zweiten Energie-sektorkredit der Weltbank, wobei auf eine telefonische Anfrage der Kampagne schon deutlich wurde, daß die gerühmten Kontakte des BMZ mit Ökologie-Kommissionen in Brasilien wohl eher als Wortgeklänge zu deuten sind. Denn diese sind überaus regierungsfreundlich, also im besten Sinne schlußendlich exportorientiert.

Den Mitgliedern der Kampagne „MANDACARÚ: Widerstand gegen tödliche Hilfe“ geht es in erster Linie um eine breitgefächerte Sensibilisierung an der Basis. Der Schutz und die Erhaltung/Rettung Amazoniens können nur er-

reicht werden, wenn sich über eine dünne Schicht Wissender hinaus eine breite Bewegung formiert, die durch praktisches Handeln im Alltag dokumentiert, daß ihr das Schicksal Amazoniens (und natürlich auch anderer Regenwaldgebiete der Erde) am Herzen liegt.

Einen solchen Umdenkungsprozeß kann man nach Ansicht der Mitglieder von Mandacarú auf verschiedenen Wegen erreichen. Diese seien hier nur grob skizziert:

a) Proklamation des generellen Verzichts auf tropische Hölzer, die bei uns u.a. in der Möbelindustrie und in der Bauzimmerei Verwendung finden.

b) Konsequenter Boykott aller „fast-food“-Ketten, da diese durch ihre internationale Politik zur Vernichtung des Regenwaldes beitragen.

c) Beständige Intervention bei allen politischen Instanzen, um eine sensiblere Vorgehensweise zu fordern, den Verzicht auf tropische Hölzer anzuregen, um das Auftreten in den internationalen Kommissionen langfristig umzugestalten.

d) Briefliche Proteste beim BMZ gegen eine erneute Manifestation des Vernichtungstrends in Amazonien durch die vorschnelle und unreflektierte Zustimmung zu einem zweiten Energiesektorkredit für Brasilien, einhergehend mit der Forderung nach einem generellen Verzicht auf das hydroelektrische Programm.

e) Stetige Hinweise auf den hohen Grad von Handlungsmöglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der Weltbank, wenn auch vom BMZ immer behauptet wird, bei einem Stimmrechtsanteil von 5,49% seien die Handlungsmöglichkeiten gering!

Das erste Ziel muß es sein, gegen die drohenden Tendenzen, die mit einem zweiten Energiesektorkredit der Weltbank verbunden sind, lautstark zu protestieren!

Hierzu bedarf es einer Intervention bei allen Parteien, allen aufgeschlossenen Politikern, bei der Bundesregierung und bei der Weltbank! Wir fordern somit alle Gruppen, Privatpersonen und Verbände auf, diesbezüglich die Initiative zu ergreifen. Erst im März 1988 soll endgültig über den Kredit entschieden werden; es bleibt also noch Zeit! Zudem bitten wir um eine Thematisierung der grundsätzlichen Problematik. Mit dem Wald stirbt der Mensch, verhindern wir den Tod Amazoniens, noch könnte es früh genug sein!

Kontaktadressen: AK 3. Welt St. Peter, c/o Thomas Hax/Georg Haneke, Kirchplatz 4, 4350 Recklinghausen, Tel.: 02361/ 26825; 02421/ 55178; und für den Bereich „fast-food“: Oliver Weilandt, Fast Food Info- und Koordinationsbüro, c/o Dritte-Welt-Haus, Friesengasse 13, 6000 Frankfurt/a.M. 90, Tel.: 069/ 704487

Infos zur Solidarität



Südafrika

U-Boot-Affäre nicht vom Tisch

Per Verfügung vom 11. Januar d.J. stellte die Kieler Oberfinanzdirektion (OFD) ihr Ermittlungsverfahren gegen die staatlichen Howaldtswerke – Deutsche Werft AG (HDW) und das Ingenieurkontor Lübeck (IKL) „wegen des Verdachts der ungenehmigten Lieferung von U-Boot-Blaupausen (Fertigungsunterlagen) in die Republik Südafrika“ ein. Angeblich, so OFD-Präsident Hansen tags darauf, „reichen die gelieferten Blaupausen nicht aus, um damit ein U-Boot oder wesentliche Teile davon zu bauen“.

Ein entsprechendes Verfahren hatte bereits im Juli 1987 die Kieler Staatsanwaltschaft eingestellt (siehe AIB 10/1987, S. 49). Mit dem nunmehrigen Entscheid der OFD, die sinnigerweise als Behörde Bundesfinanzminister Stoltenberg (CDU) untersteht, sprach sich dieser quasi selbst erst einmal vom Verdacht der Mitäterschaft frei. Gegen Stoltenberg und Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) konzentrieren sich nämlich inzwischen die Verdachtsmomente der Mitwisser- bzw. Mitäterschaft. Die Anti-Apartheid-Bewegung hat gegen beide Bonner Minister, gegen HDW, IKL und weitere Firmen am 18.12.1987 bei der Staatsanwaltschaft Bonn Strafantrag wegen Beteiligung an einem illegalen Waffengeschäft gestellt.

Die OFD-Unterlagen wurden mittlerweile dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur U-Boot-Affäre in Bonn übergeben. Dieser brachte Ende Januar d.J. einen neuen Fakt ans Tageslicht, nämlich, daß Ende 1986 über das Drittland Israel ein HDW-U-Boot-Modell (Kostenpunkt 2,6 Mio DM) nach Südafrika verschifft worden ist. Auch verdichten sich Hinweise darauf, daß bundesdeutsche Ingenieure längst an der U-Boot-Fertigung auf südafrikanischem Terrain mitwirken.

Das Ausschußmitglied Uschi Eid (GRÜNE) tippt darauf, daß der Stapellauf des ersten U-Bootes in Durban im Jahr 1990 zu erwarten ist und schlußfolgert: „Alle bisher vorliegenden Fakten deuten darauf hin, daß das U-Boot-Geschäft mit Billigung der Regierung zammheimlich fortgeführt wird. Es sieht so

aus, als würde in Südafrika mit Hilfe deutscher Techniker gegenwärtig an der Fertigstellung von vier U-Booten des Typs 1650 gearbeitet.“

Mosambik

Kampagne gegen Südafrikas Krieg

Die Kampagne „Beendet Südafrikas Krieg gegen die Nachbarstaaten – Apartheid tötet auch in Mosambik“, die u.a. von terre des hommes, den GRÜNEN, dem Koordinierungskreis Mosambik, medico international und der informationsstelle südliches afrika (ISSA) getragen wird, beginnt mit einem Hearing der „GRÜNEN im Bundestag“ am 14./15. März d.J..

An diesem Hearing werden Vertreter der Frelimo-Regierung, Augenzeugen des Krieges in Mosambik und Vertreter von Entwicklungshilfeorganisationen, die in Mosambik arbeiten, teilnehmen. Es soll nicht allein um Informationen über den Krieg gegen Mosambik, sondern auch um mögliche Gegenmaßnahmen gehen. Das Hearing soll von einer großen Kulturveranstaltung mit Künstlern aus Mosambik begleitet werden.

Nach dem Hearing werden die Frelimo-Vertreter im Rahmen einer Rundreise durch die BRD für lokale Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Bis zum Herbst sind Filmprogramme mit mosambikanischen Spiel- und Dokumentarfilmen sowie eventuell ein Solidaritätskonzert einer bundesdeutschen Musikgruppe in Mosambik geplant. Begleitend zur Kampagne werden Broschüren, Infoblätter und Plakate erstellt.

In ihrem Aufruf fordert die Kampagne u.a. die Verhängung umfassender und bindender Sanktionen gegen Südafrika, die „materielle und politische Unterstützung der Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias“, die Unterbindung jeglicher Unterstützung der Contra-Organisationen aus der BRD, eine umfassende wirtschaftliche Unterstützung Mosambiks sowie eine politische und wirtschaftliche Unterstützung der Koordinationskonferenz zur Entwicklung des Südlichen Afrika (SADCC). Kontakt: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228 - 213288

El Salvador

Weihnachtskonvoi für Flüchtlinge

Als Zeichen der Solidarität mit den von Honduras nach El Salvador rückgesiedelten Flüchtlingen und zum Zweck der direkten materiellen Unterstützung besuchten 100 westeuropäische Delegierte über die Weihnachtsfeiertage Wiederansiedlungsprojekte in Guajila/Arcaño, San Jose de las Flores in Chalatenango und in den Provinzen Morazan und Usulután. Trotz der Behinderungsversuche seitens der zuständigen Militärbehörden, die offizielle Durchlaßbescheinigungen verweigerten, gelang es dem von der Christlichen Initiative Romero (Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster) koordinierten „Konvoi für El Salvador“, an dem sich u.a. die Europaparlamentarier Boesmans (Belgien), Gutierrez-Diaz (Spanien) und Sakelariou (BRD) beteiligten, Lebensmittel und Medikamente im Wert von 100.000 DM zu überbringen. Seit Anfang 1986 unterstützen kirchliche In-

stitutionen und private Gruppen verstärkt die Flüchtlinge bei Wiederansiedlungen und dem Aufbau ihrer Dörfer. Diese sind permanent dem Druck des Militärs ausgesetzt, was von der häufigen Blockierung der Lebensmittelhilfe bis zu Verhaftungen der Bewohner und der Militarisierung der Orte reicht. Im Rahmen des mittelamerikanischen Friedensabkommens kehrten im Oktober 1987 4.500 Salvadorianer aus Honduras in ihre Heimat zurück. Sie bedürfen nun der aktiven Hilfe auch aus dem Ausland, um ihr Recht auf selbstbestimmte Rückwanderung gegen den Widerstand des Militärs durchsetzen zu können.

Chile

Bonner Gefälligkeiten

In einem offenen Brief wandte sich das Chile-Komitee Münster an Bundeskanzler Kohl und bat um eine Stellungnahme zu den jüngsten Entscheidungen der Bonner Chilepolitik. Neben der noch immer fehlenden Zusage, den 15 von der Todesstrafe bedrohten politischen Häftlingen in der BRD Asyl zu gewähren (vgl. AIB 9/1987, S. 3f.), prangerte das Komitee Kohls Wirtschaftshilfe für Pinochet an.

Mit Unterstützung der Bundesregierung hatte die Weltbank Mitte Januar d.J. einen dritten Kredit zur Strukturreform der chilenischen Wirtschaft gebilligt. Während sich Italien und die skandinavischen Länder gegen diesen neuen Kredit aussprachen, sich weitere europäische Länder und sogar der US-amerikanische Vertreter der Stimme enthielten, gab Bonn grünes Licht für die 250 Mio \$.

Kohl sprach von einer Kreditvergabe nach „ausschließlich finanziellen und wirtschaftlichen Kriterien“. In einem gleichzeitig an Pinochet gerichteten Schreiben ersuchte er unverbindlich um eine „Verbesserung im Bereich der Menschenrechte“, zumal die Entscheidung in der BRD mit „großem Ernst“ diskutiert worden sei. Weiter wandte sich der CDU-Politiker an den Diktator mit der Bitte, „den in Gang befindlichen Demokratisierungsprozeß voranzutreiben...“

Die Gewährung der dritten Tranche führte bei den GRÜNEN und der SPD zu scharfer Kritik. Uwe Holtz (SPD), Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, sprach von einem „entlarvenden Skandal“.

In den Reihen der Koalition herrschte Uneinigkeit. Genscher und Blüm äußerten ihre Bedenken gegenüber CSU-Entwicklungshelferminister Klein. Geißler befüwortete eine Vertagung des Kredits bis zum Herbst d.J. Doch trotz ihres Votums wagte keiner der vormaligen in Sachen Menschenrechte nach Chile gereisten Koalitionspolitiker, für ein hartes Nein der Bundesregierung massiv einzutreten.

In Schweigen hüllt sich die Bundesregierung auch im Falle der Deutsch-Chilenin Karin Eitel. Die Studentin war Anfang November 1987 im Zusammenhang mit der Entführung des Obersten Carreño in Santiago verhaftet und der Mitgliedschaft in der Patriotischen Befreiungsfront Manuel Rodriguez (FPMR) beschuldigt worden. Mitarbeiter der chilenischen Oppositionszeitung Analisis, die Frau Eitel im Gefängnis besuchten, berichteten von Folterspuren. Unter Folter und mit Isolationshaft erpreßten die Behörden Geständnisse der jungen Frau.

Noch fehlt eine breite Solidaritätsbewegung, die wie im Falle von Beatriz Brinkmann, zur Freilassung Karin Eitels führen könnte.

Kurzinformationen



Wahlsieger Roh Tae Woo muß bei einer Kundgebung vor Wurfgeschossen geschützt werden.

Korea

Wahlerfolg der Diktatur

Der Kandidat der südkoreanischen Diktatur, Roh Tae Woo, konnte am 16. Dezember 1987 mit 35,9% der Wählerstimmen die Präsidentschaftswahlen für sich entscheiden. Auf die beiden Führer der bürgerlichen Opposition, Kim Young Sam und Kim Dae Jung, entfielen 27,5% bzw. 26,5%. Der rechte Kandidat Kim Jong Pil, ein ehemaliger Geheimdienstchef und Premierminister des Diktators Park Chung Hee, erreichte einen Anteil von 7,9%. Diese erstmals direkten Präsidentschaftswahlen, an denen sich 89,2% der Wahlberechtigten beteiligten, waren der Diktatur durch die Massenbewegung im Juni 1987 abgerungen worden. Die beiden Oppositionskandidaten warfen der Regierung Wahlbetrug vor. Neben offenkundigen Fälschungen nutzte der Regierungskandidat den gesamten Staatsapparat für seine Wahlkampagne und ließ die 600.000 Soldaten unter Aufsicht der Offiziere zu seinen Gunsten abstimmen. Proteste gegen diese Manipulationen blieben jedoch schwach, weil die Unfähigkeit der bürgerlichen Opposition, sich auf einen Kandidaten zu einigen, ihre Niederlage mitverursacht hat. Zusammen konnten sie 54% der Stimmen auf sich vereinigen.

Eine neue Chance, die Macht des Präsidenten zumindest einzuschränken, ergibt sich für die Opposition bei den Parlamentswahlen, die spätestens bis Ende April d.J. stattfinden sollen. Um eine Mehrheit zu erringen, wird jedoch eine Einigung der Opposition und eine Veränderung des Wahlsystems notwendig sein. Bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 1985 konnte die Diktatur mit lediglich 32,5% der Stimmen eine satte Mehrheit der Sitze erreichen.

Zum Wahlsieg Roh Tae Woos dürfte auch eine Kampagne beigetragen haben, bei der die Volksdemokratische Republik Korea für den Absturz eines südkoreanischen Flugzeugs am 29.11.1987 über Burma verantwortlich gemacht wurde. Dabei kamen 115 Menschen ums Leben. Eine mutmaßliche Attentäterin war am 15.12.1987 von Bahrain an Südkorea ausgeliefert worden. Am 15. Januar d.J. wurde der Presse in Seoul eine angeblich nordkoreanische Agentin vorgeführt, die erklärte, zusammen mit einem anderen Agenten, der in Bahrain Selbstmord beging, das Attentat auf Anweisung von Kim Jong Il, dem Sohn des nordkoreanischen Staatschefs Kim Il Sung,

durchgeführt zu haben.

Ziel des Anschlags sei es gewesen, so die südkoreanischen Behörden, die Wahlen zu stören und Länder von der Teilnahme an den olympischen Spielen abzubringen. Gegen diese Version sprechen jedoch mehrere Indizien. So sind die Methoden des südkoreanischen Geheimdienstes, Geständnisse zu erpressen, allgemein bekannt. Und die Behauptung, die angebliche Agentin habe nach einer Rundreise in Seoul erkannt, daß die nordkoreanische Propaganda lüge und dann ein Geständnis abgelegt, klingt mehr als unwahrscheinlich. Japanische Presse-meldungen berichten außerdem, daß die auf der Pressekonferenz vorgeführte Frau keine Ähnlichkeit mit der Frau habe, die in Bahrain gefangen genommen wurde.

Gegen die nordkoreanische Täterschaft spricht auch, daß der politische Nutzen allein Südkorea zukommt. Neben der Wahlkampfmunition, die der Flugzeugabsturz lieferte, gelang es zudem, Nordkorea weiter in die politische Isolation zu treiben. So beschloß Japan diplomatische Sanktionen und die USA nahmen Nordkorea in Reagans Hitliste der Terroristenstaaten auf, mangels anderer Sanktionsmöglichkeiten. Die Forderung Nordkoreas, einen größeren Anteil der Olympischen Spiele im Norden stattfinden zu lassen, wurde damit endgültig aufs Abstellgleis geschoben.

Kamputschea

Rücktritt Sihanouks

Prinz Norodom Sihanouk gab am 30. Januar d.J., während eines Besuches in Beijing, seinen Rücktritt vom Vorsitz der antivietnamesischen Koalition des „Demokratischen Kamputschea“ bekannt. Bereits im Mai 1987 hatte sich Sihanouk von diesem Amt beurlaubt, um gegen den Willen seiner Koalitionspartner Kontakte mit der kamputscheanischen Regierung knüpfen zu können. Dieses Bestreben führte Anfang Dezember 1987 zu einem Treffen mit dem kamputscheanischen Ministerpräsidenten Hun Sen in der Nähe von Paris (siehe AIB 1-2/1988, S. 63ff.). Seinen Rücktritt begründete Sihanouk mit der unveränderten Ablehnung der Friedensbemühungen durch die Roten Khmer und die Nationale Befreiungs-



N. Sihanouk (l.) und Hun Sen bei ihrem ersten Treffen.

front des Khmer-Volkes (KPNLF). Die Koalition habe sich zu einem „Monster“ entwickelt, das den Interessen Kamputschas und seiner Bevölkerung nicht gerecht werde. Zudem habe sich Son Sann, der Führer der KPNLF, gegenüber ihm und seiner Fraktion „extrem feindselig“ verhalten.

Sihanouk kündigte an, daß er auch die Friedensgespräche mit Hun Sen abbrechen werde. Die KPNLF äußerte in einem Kommuniqué Bedauern über die Entscheidung Sihanouks und forderte diesen auf, seinen Schritt zu überdenken.

Am 20./21. Januar d.J. hatte in Saint-Germain-en-Laye, westlich von Paris, ein zweites Treffen zwischen Sihanouk und Hun Sen stattgefunden, bei dem es in Einzelfragen zu einer Annäherung der Standpunkte gekommen war. Hun Sen hatte angeboten die vietnamesischen Truppen in drei Phasen bereits innerhalb von 24 Monaten abzuziehen, danach Wahlen abzuhalten sowie eine neue Regierung zu bilden. Sihanouk forderte dagegen die Auflösung der Volksrepublik Kamputschas und die Bildung einer Übergangsregierung noch vor den Wahlen. Diese sollte die Wahlen vorbereiten, welche nach der zweiten Phase des vietnamesischen Truppenabzuges stattfinden und von einer internationalen Friedenstruppe überwacht werden sollten.

Persischer Golf

UN für Sanktionen gegen Iran

In Gesprächen des UN-Sicherheitsrates über zusätzliche Maßnahmen zur Realisierung seiner Friedensresolution 598 vom Juli 1987 (entsprechend Punkt 10, Wortlaut in: AIB 9/1987, S. 23) kam es im Dezember 1987/Januar 1988 zu einer Annäherung der Positionen.

Angeht die Tatsache, daß Teheran auf seiner Ablehnung eines Waffenstillstands beharrte und die Vermittlungsbemühungen von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar als gescheitert anzusehen waren, stimmten nunmehr auch die UdSSR, die VR China und Japan der US-Forderung nach einem einseitigen Waffenembargo gegen den Iran zu. Die Forderung war von ihnen zunächst mit der Begründung abgelehnt worden, daß die diplomatischen Wege einer Konfliktlösung erst auszuschöpfen seien und daß die Einhaltung eines Waffenembargos nur schwer zu überprüfen sei.

Die sowjetische Zustimmung ist allerdings verknüpft mit der Forderung nach dem Abzug aller fremden Kriegsschiffe aus der Golfregion und nach Entsendung von UN-Truppen in das

Krisengebiet. Damit soll einer erneuten Eskalation USA-Iran vorgebeugt und ein Waffenembargo einer wirkungsvollen internationalen Kontrolle unterzogen werden. Während dieser Vorschlag sowohl von den Nichtpaktgebundenen als auch von den arabischen Staaten in wachsendem Maße unterstützt wird, pocht Washington (so Verteidigungsminister Carlucci am 6. Januar d.J.) darauf, daß man die NATO-Präsenz in der Region allenfalls zu reduzieren gedenke.

Der Iran drohte indessen für den Fall der Anwendung des Waffenembargos die Sperrung der Straße von Hormus sowie die Zerstörung aller Häfen der Region an.

Kenia-Uganda

Konflikt um Rebellenaktivitäten

Am 28.12.1987 kamen der kenianische Präsident Daniel Arap Moi und Ugandas Staatschef Yoweri Museveni in Malaba (Kenia) zusammen, um den Konflikt zwischen den beiden ostafrikanischen Staaten, der sich Mitte Dezember zugespitzt hatte, beizulegen.

Die Regierung Museveni, die 1986 durch den Sieg der Nationalen Widerstandarmee die Macht in Kampala übernommen hatte, sah sich im letzten Jahr von einem wachsenden Widerstand bewaffneter Rebellen Gruppen bedroht.

China

Tod des taiwanesischen Staatschefs

Im Alter von 77 Jahren verstarb am 13. Januar d.J. der Präsident Taiwans, Chiang Ching-Kuo. Chiang Ching-Kuo war der Sohn des früheren Präsidenten und Führers der Kuomintang (Nationale Volkspartei; KMT), Chiang Kai-Shek.

Mit seinem Tod ging eine Ära zu Ende: Sein Vater hatte 1928-48 an der Spitze der Republik China gestanden und war 1949 mit etwa 2 Mio Anhängern vor der Volksbefreiungsarmee Mao Zedongs auf die dem chinesischen Festland vorgelagerte Insel geflohen. Sie brachten ihren gesamten Regierungsapparat und das Kriegsrecht mit nach Taiwan.

Danach durften auf der Insel für die „Dauer des kommunistischen Aufstands“, wie es im Sprachgebrauch der alleinregierenden KMT hieß, keine landesweiten Parlamentswahlen mehr ausgerufen werden. Partei-Neugründungen waren verboten und der Kontakt zur VR China stand unter Strafe. Chiang Kai-Shek regierte Taiwan bis zu seinem Tod 1975 im Stile eines Militärdiktators. Chiang Ching-Kuo

Diese operieren vor allem im Norden und Osten des Landes, im Grenzgebiet zu Kenia. Uganda hatte mehrmals erklärt, die Rebellen würden von kenianischem Territorium aus ins Land eindringen. Um dies zu verhindern, hatte Uganda im Oktober 1987 seine Truppen an der gemeinsamen Grenze verstärkt. Daraufhin sprach die kenianische Regierung von Kriegsvorbereitungen gegen ihr Land.

Mitte Dezember kam es schließlich zu Gefechten zwischen Gruppen ugandischer Soldaten, die auf kenianisches Gebiet vorgedrungen waren, und kenianischen Sicherheitskräften, wobei mindestens 15 Personen getötet wurden. Daraufhin wies Kenia den ugandischen Botschafter aus und schloß die libysche Botschaft. Den Libyern wird vorgeworfen, sich in die inneren Angelegenheiten Kenias einzumischen und Uganda zu unterstützen.

Scharfen Protest rief in Kampala die faktische Schließung der Grenze durch Kenia hervor. Dies kam einer Wirtschaftsblockade gleich, denn das Binnenland Uganda ist zur Abwicklung seines Außenhandels auf den kenianischen Hafen Mombasa angewiesen.

Ein von Museveni befürworteter Schlichtungsversuch durch die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) bzw. Tansania wurde von Nairobi nicht für notwendig erachtet. Nach dem Gespräch vom 28. Dezember haben sich die Beziehungen jedoch wieder normalisiert. Uganda zog seine Truppen von der Grenze zurück. Der Grenzverkehr wird nicht mehr behindert.

war sein direkter Nachfolger im Präsidentenamt.

In der Amtszeit Chiang Ching-Kuos mußte die Regierung in Taipeh schwere diplomatische Rückschläge hinnehmen, als die USA und andere westliche Staaten ihre Beziehungen abbrachen und Botschafter nach Beijing entsandten. Andererseits stand der Name Chiang Ching-Kuo gerade in den letzten beiden Jahren für eine schrittweise Liberalisierung des heute 18 Mio Einwohner zählenden Schwellenlandes. So konnte sich 1986 die oppositionelle Demokratische Fortschrittspartei (DFP) gründen. Im Juli 1987 wurde nach 37 Jahren das Kriegsrecht auf Taiwan abgeschafft. Seit November desselben Jahres sind gar Familienbesuche in der VR China erlaubt.

Verhandlungsangebote aus Beijing über eine Wiedervereinigung hatte Chiang Ching-Kuo allerdings zeitweilig abgelehnt. Der von Deng Xiaoping ersonnenen Formel „Ein Land – zwei Systeme“ hatte die KMT-Führung auf Taiwan stets eine Politik des strikten Antikom-

Zeichen der Liberalisierung: Demonstration in Taipeh.



munismus und des Alleinvertretungsanspruchs für ganz China entgegengesetzt.

In einem ungewöhnlich respektvollen Beileidstelegramm würdigte die Kommunistische Partei Chinas das Festhalten des Verstorbenen an einem einheitlichen China und seine „gewissen Anstrengungen, die Spannung zu verringern“. Offensichtlich sieht man in Beijing jetzt größere Möglichkeiten, eine Annäherung mit den Machthabern in Taiwan voranzubringen. Mit dem zwischenzeitlich zum neuen Präsidenten Taiwans nominierten 65jährigen Li Denghui übernimmt erstmals ein gebürtiger Taiwanese dieses Amt. Der bisherige Vizepräsident wird das oberste Staatsamt zunächst bis zu den Präsidentschaftswahlen 1990 ausüben. Allerdings soll er weder über eine eigenständige Machtbasis in der KMT noch im Militär verfügen. Von vielen Taiwanern wird Li Denghui deshalb nur als Übergangspräsident angesehen.



Der verstorbene Chiang Ching-Kuo.

Abrüstung

6-Staaten-Initiative für weitere Abrüstung

Die Repräsentanten der Sechs-Staaten-Initiative für den Frieden haben sich Ende Januar d.J. erneut mit einem Appell an die Weltöffentlichkeit gewandt, alles zu tun, um den Prozeß der atomaren Abrüstung unumkehrbar zu machen.

In ihrer „Stockholmer Deklaration“ werteten Argentinien Präsident Alfonsín, Griechenlands Ministerpräsident Papandreu, Indiens Premierminister Gandhi, Mexikos Präsident de la Madrid, Schwedens Ministerpräsident Carlsson sowie Tansanias Ex-Präsident Nyerere den sowjetisch-amerikanischen Vertrag über die doppelte Null-Lösung als historischen ersten Schritt (siehe auch AIB 1-2/1988; S. 3). Die USA und die UdSSR wurden desweiteren ersucht, noch in der ersten Hälfte d.J. einen Vertrag über die 50prozentige Reduzierung der strategischen Kernwaffenarsenale abzuschließen.

In ihrer Deklaration forderten die Unterzeichner erneut das Verbot von Anti-Satellitenwaffen sowie von Atomwaffentests. Die sechs Staats- und Regierungschefs wiederholten auch ihr Angebot, aktiv an der Kontrolle einer

Teststopp-Vereinbarung mitzuwirken. Zur Überwachung weiterer Abrüstungsmaßnahmen soll zudem ein internationales Kontrollsystem geschaffen werden, zu dessen Realisierung die Sechs-Staaten-Initiative die UNO am 28. Januar d.J. aufgerufen hat.

Haiti

Boykott der Wahlfarce

Nach der gewaltsamen Verhinderung der Präsidentschaftswahlen vom 29.11.1987 durch duvalieristische Tontons Macoutes und Soldaten (siehe AIB 1-2/1988, S. 68f.) ließen die regierenden Militärs einen neuen Urnengang unter ihrer Kontrolle abhalten. Dabei siegte ihr Kandidat, der Politikwissenschaftler Leslie F. Manigat. Er erhielt nach offiziellen Angaben bei einer Wahlbeteiligung von 30% einen Stimmenanteil von 53%.

Nach Beobachtungen der Opposition, die zum Boykott aufgerufen hatte, gingen kaum mehr als 3-10% der Wähler zu den Urnen. Das Ergebnis habe nur durch massive Mehrfachstimmabgaben und das Einwerfen vorbereiteter Bündel von Stimmzetteln erreicht werden können. Eine geheime Abstimmung war nicht vorgesehen. Und die in den Wahllokalen anwesenden Soldaten übten zusätzlich Druck aus.

Die im Komitee der Demokratischen Verständigung zusammengeschlossenen wichtigsten Oppositionsvertreter Sylvio Claude, Marc Bazin, Louis Dejoie und Gerard Gourgue forderten die Annullierung der Wahl. Sie werden dabei von der Mehrheit des katholischen Klerus unterstützt.

Ihre Forderungen werden kaum erfüllt werden, denn die USA haben trotz der „Unregelmäßigkeiten“ erklärt, sie wollten mit Manigat zusammenarbeiten.

Angola

Diplomatie und Kriegseskalation

Am 28./29. Januar d.J. trafen sich hohe angolische und US-Regierungsvertreter nach drei vorangegangenen Gesprächsrunden im letzten Jahr erneut, um über eine regionale Friedensregelung zu beraten. Im Vordergrund der Gespräche, zu denen auch das kubanische Politbüromitglied Jorge Risquet hinzugezogen wurde, standen die Unabhängigkeit Namibias auf Basis der UN-Sicherheitsratsresolution 435/78 und ein Abzug kubanischer Truppen aus Angola.

Laut Aussagen des Sprechers des US-Außenministeriums, Charles Redman, soll Luanda erstmals grundsätzlich einem Rückzug aller kubanischer Truppen aus Angola im Zusammenhang mit einer Lösung zugestimmt haben. „Die Frage des Rückzugs kubanischer Truppen aus Angola ist an den Rückzug der südafrikanischen Streitkräfte vom angolischen Territorium, ein Ende der amerikanischen und südafrikanischen Hilfe für die Terroristenbanden der UNITA sowie die Anwendung der UN-Sicherheitsratsresolution 435/78 über die Unabhängigkeit Namibias geknüpft“, präziserte das angolische Außenministerium in einem Kommuniqué seine Verhandlungsposition.

Als Hindernis für eine derartige Regelung dürfte sich wohl die südafrikanische Haltung erweisen. In einem Interview mit der portugiesischen Nachrichtenagentur Lusa am 18.12.1987 zeigte sich der angolische Vize-Außenminister Venâncio de Moura zwar optimistisch bezüglich eines Kompromisses mit den USA, aber „das Klima um Angola erlaubt

nicht die Durchführung dieser Vorschläge“. Und: „Es gibt keine Empfänglichkeit der anderen Seite, die Angola ermöglichen würde, zur praktischen Aktion überzugehen“, fügte er hinzu.

Tatsächlich hat Südafrika in den letzten Wochen seine Aggression gegen Angola noch eskaliert. Wie der angolische Verteidigungsminister Pedro Maria Tonha „Pedalé“ am 21. Januar d.J. sagte, gab es heftige Kämpfe zwischen angolischen und südafrikanischen Verbänden bei Cuito Cuanavale, 300 km von der namibischen Grenze entfernt in der Provinz Cuando Cubango, und in Munhango, an der Benguela Bahn 590 km von der namibischen Grenze gelegen. Weitere südafrikanische Truppen würden in Nordnamibia zusammengezogen, um die Aggression noch zu verstärken.

Bis zum Redaktionsschluß haben die angolischen Streitkräfte das strategisch wichtige Cuito Cuanavale gegen den Angriff einer etwa 7.000 Mann starken südafrikanischen Streitmacht verteidigen können.

Termine

14./15. März

Mosambik-Hearing im Deutschen Bundestag. Kontakt: Die GRÜNEN im Bundestag, Büro Ursula Eid, Bundeshaus, 5300 Bonn 1, Tel. 0228-165529/7928

18. März

Seminar „Fleisch frißt Menschen“ zum Fleisch- und Futtermittelimport in 4811 Oerlinghausen.

Kontakt: AKE, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel. 05733-6800

19.-20. März

El Salvador-Bundestreffen in Köln. Kontakt: Informationsstelle El Salvador, Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202-4936305

18.-20. März

BUKO-Seminar „Folgen der Islamisierung im Iran“. Aufhebung der Menschenrechte von Frauen in Augustdorf bei Bielefeld.

Kontakt: BUKO, Nernstweg 94, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-393156

8.-10. April

BUKO-Seminar „Sowjetunion und Dritte Welt“ in Mainz.

Kontakt: BUKO (s.o.)

22.-24. April

3. Aktionskonferenz der IWF/Weltbank-Kampagne in West-Berlin.

Kontakt: BUKO (s.o.)

6.-8. Mai

Seminar „Zuerst stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch“. Ursachen der Regenwaldzerstörung und Chancen des Schutzes.

Kontakt: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho

6.-8. Mai

Internationaler Kongreß „Kultur des Friedens“ in Tübingen.

Kontakt: Theodorakis-Chor, Am Lustnauer Tor 4, 7400 Tübingen, Tel. 07071-52200

7./8. Mai

Aktionskonferenz der Friedensbewegung. Wird eventuell in den Kongreß integriert.

Kontakt: KA der Friedensbewegung, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Tel. 0228-692904/05

Wir verschenken

Bücher . . .

. . . an alle, die uns eine/n **neue/n Abonnenten/in** nennen oder das AIB verschenken.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Adrian Geiges
China im Aufbruch
Stationen einer Reise
Weltkreis
272 Seiten, 14,80 DM

Peter Schütt
**... wenn fern hinter der Türkei
die Völker aufeinander schlagen**
Bericht einer Reise in den Iran
Weltkreis
240 Seiten, 14,80 DM

Ernesto Che Guevara
Kubanisches Tagebuch
Weltkreis
302 Seiten, 16,80 DM